



■ Zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung (Bereich Raumordnung)

■ Verfassungsreform verfassungswidrig?

■ COMMUN-Projekttreffen in Riga

■ Demographischer Wandel in Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland

■ Infrastruktur in einer mobilen Gesellschaft

■ Risikoversorge und Raumplanung

■ Regionalplanertagung Baden-Württemberg

■ Kooperation als Erfolgsfaktor für Regionen im Wandel

■ Neuerscheinungen



Qualitätssicherung in der ARL

Bitte unterstützen Sie uns!

Die ARL misst der Sicherung der Qualität ihrer Tätigkeit insgesamt und ihrer spezifischen Produkte höchste Priorität bei. Die wichtigsten Grundsätze und Ziele sind in einem Konzept zur „Qualitätssicherung in der ARL“ dokumentiert, das schrittweise ausgebaut wurde und mit dem Präsidium, den Ordentlichen Mitgliedern, dem Kuratorium und dem Wissenschaftlichen Beirat abgestimmt wurde. Bestandteil des Konzeptes ist die Verpflichtung zur kontinuierlichen Überprüfung der Qualität der einzelnen Bausteine der Akademiearbeit. Und für diese Überprüfung bitten wir heute die Mitwirkenden im Netzwerk der Akademie sowie alle Leserinnen und Leser der „Nachrichten der ARL“ um Unterstützung.

In diesem Jahr möchte die ARL zwei Maßnahmen zur Qualitätssicherung ihrer Produkte umsetzen. Zum einen soll die Zufriedenheit der im Netzwerk Mitwirkenden und weiterer Expertinnen und Experten, die im Bereich der Raumforschung und Raumentwicklung in Wissenschaft und Praxis arbeiten, mit den Produkten und Serviceangeboten der Akademie erfasst werden. Denn für die strategische Planung zukünftiger Aktivitäten und Angebote ist es wichtig zu wissen, welchen Nutzen die ARL-Forschungsergebnisse bei den Akteuren stiften, auf welche Angebote sie gern und mit Gewinn zurückgreifen, aber auch, welche Themen sie vermissen und was sie zur Erhöhung der Effizienz der Akademiearbeit vorschlagen. Aus diesem Grund wurde Prof. Dr. Jörg Bogumil von der Ruhr-Universität Bochum beauftragt, im Rahmen einer **Online-Befragung** die Stärken und Schwächen der ARL, die Akzeptanz und die Wirkung ihrer Arbeitsergebnisse zu ermitteln und Ideen für die Verbesserung von Serviceangeboten zu sammeln. Diese Befragung wird im September dieses Jahres stattfinden. Wir bitten unsere Netzwerkpartner um Mitwirkung bei dieser für uns sehr wichtigen Untersuchung. Sie erfolgt online und ist unbürokratisch und zügig über das Internet durchzuführen. Weitere Informationen erhalten Sie demnächst per E-Mail.

Darüber hinaus liegt uns auch am Herzen, die Qualität der „**Nachrichten der ARL**“, die Sie gerade in den Händen halten, zu verbessern. Auch hier bitten wir Sie herzlich um Unterstützung, indem Sie den beiliegenden **Fragebogen** auf blauem Papier ausfüllen und an uns per Post oder Fax zurücksenden. Bitte nehmen Sie sich wenige Minuten Zeit und teilen Sie uns mit, was Sie an unserer Zeitschrift gut und weniger gut finden und was wir konkret verbessern können.

Selbstverständlich werden bei beiden Befragungen die Anforderungen des Datenschutzes beachtet. Aus Ihren Angaben sind keine Rückschlüsse auf Ihre Person möglich.

Für Ihre Unterstützung bedanken wir uns sehr herzlich!

Dietmar Scholich
Generalsekretär der ARL

Inhalt

Zur Diskussion

- Zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung
(Bereich Raumordnung)
Stellungnahme zu den Verfassungsänderungen
zu Art. 72 Abs. 3 GG 1
- Pressemitteilung:
Verfassungsreform verfassungswidrig? 3

Raumforschung/-entwicklungspolitik

- 4. COMMUN-Projekttreffen in Riga 4
- Integriertes Küstenzonenmanagement
im Ostseeraum
Zweiter thematischer Workshop im Rahmen
von COMMUN 6
- ESPON-Seminar zu Territorialer Kohäsion
und Koordination im Baltikum 7
- Drei Jahre im europäischen Forschungsraum
erfolgreich
SPECTRA: Centre of Excellence der EU
an der STU Bratislava 8
- Regionalplanung im Internet 9
- Jahresgutachten Mobilfunk 2005 erschienen 9
- CULTPLAN – Planning as Culture in Europe 9
- Erstes Online-Raumordnungsverfahren
in Deutschland 10
- Ausschreibungen für Preise und Wettbewerbe 11
- Neue Veröffentlichungen aus anderen Verlagen 12
- Veranstaltungshinweise 14
- Aus den raumwissenschaftlichen Einrichtungen
der WGL
 - Zahlreiche 4R-Projekte auf den Weg gebracht 16
 - Treffen der 9 raumwissenschaftlichen
Einrichtungen 17
 - Kulturlandschaft: Neue Steuerungsformen
in Planung und Politik 17
 - ARL auf Parlamentarischem Abend
der Leibniz-Gemeinschaft Hannover 18
 - IRS unterstützt Museumsverbund
Gerhart Hauptmann 19
 - Neues aus den Wissenschaftlichen
Sammlungen des IRS 19
 - Ländlicher Raum in der landeskundlichen
Inventarisierung 19
 - Forschungsvorhaben „Nachhaltigkeits-
barometer Fläche“ abgeschlossen 20

ARL-Zeitschriftenschau

21

ARL-Forschung

- Arbeitskreis „Infrastruktur“ 27
- Europäische Perspektive:
Magistrale Paris – Bratislava 27
- Mitgliederversammlung
der LAG Baden-Württemberg 28

- LAG Bayern: Neue Lenkungsgruppe 29
- LAG Baden-Württemberg: AG „Infrastruktur
in einer mobilen Gesellschaft“ 29
- Gemeinsame Frühjahrstagung der beiden
ostdeutschen LAGs 30
- Demographischer Wandel in Hessen,
Rheinland-Pfalz und dem Saarland 31
- Arbeitsgruppe „Monitoring“ 33
- LAG Nordrhein-Westfalen:
Thema „Planung und Recht“ 33
- Neuer Arbeitskreis zum Zusammenhang
von Risikoversorgung und Raumplanung 34
- Kooperation ARL – Verband Deutscher
Schulgeographen 35

ARL-Veranstaltungen

- Bundesparlamentarier erneut im Dialog
mit der ARL 36
- Regionalplanertagung
Baden-Württemberg 2006
Leitbilddiskussion und SUP-Anforderungen
konkret 36
- Planerforum Hessen / Rheinland-Pfalz / Saarland
Kooperation als Erfolgsfaktor für Regionen
im Wandel 38
- Technische Infrastruktur in der Raumplanung 41
- Neue Orientierungen nationaler Stadtpolitik 42
- SUP-Workshop: Terminänderung 44

ARL-Neuerscheinungen

45

ARL-Intern

- Wissenschaftlicher Beirat tagt in Hannover 49
- Sitzung des Kuratoriums 49
- Grundsatzkommission diskutiert Forschungs-
perspektiven der ARL 50
- Zweites Audit des Wissenschaftlichen Beirats:
Ergebnisse 52
- ARL 60 Jahre alt 53
- Ausschreibung: Mentoring-Programm 2006/2007 54
- Austausch mit der Landesplanung
in Niedersachsen 55
- Generationswechsel im Sekretariat 56
- Besucher im Sekretariat 57
- Personalien 57

FRU

- Werner-Ernst-Preis 2007 59
- FRU-Infobörse 60

- Impressum 3

Zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung (Bereich Raumordnung)

Stellungnahme zu den Verfassungsänderungen zu Art. 72 Abs. 3 GG (BT-Drs. 16/813)

Ausgangspunkt der Überlegungen ist, dass jede Verfassungsreform, soll sie zweckmäßig und lebensnah sein, von den Eigenheiten und Sachgesetzlichkeiten ihres Regelungsgegenstands auszugehen hat. Die Neujustierung der Gesetzgebungskompetenzen von Bund und Ländern kann sich demgemäß nur an den sachlichen Notwendigkeiten der jeweiligen Regelungsmaterien orientieren. Pauschale Verallgemeinerungen verbieten sich, weil sie zu kontraproduktiven Ergebnissen führen können und damit den Sinn der Verfassungsreform in sein Gegenteil verkehren würden. Infolgedes-

sen ist auch die Regelungsmaterie „Raumordnung“ anhand ihrer Eigenheiten und Sachgesetzlichkeiten zu bewerten.

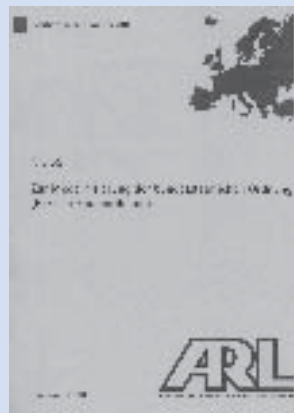
1. Die Besonderheiten der Regelungsmaterie „Raumordnung“

Raumordnung ist nach der klassischen Definition aus dem Baurechts-Gutachten des Bundesverfassungsgerichts die „zusammenfassende, übergeordnete Planung und Ordnung des Raums. Sie ist übergeordnet, weil sie überörtliche Planung ist

Mit den gesetzlichen Grundlagen der räumlichen Planung ist es derzeit wie mit Kuttern auf hoher See: Es ist stürmisch und wo die Flotte hinfährt, ist schwer zu erkennen. Im letzten Heft berichteten wir vom Vorstoß des Landes Hessen zur Abschaffung des Raumordnungsverfahrens (ROV) bzw. von der Expertise, die seitens der ARL hierzu kurzfristig erarbeitet und an die Beteiligten auf der Ebene der Länder versandt worden ist, mit gutem Echo. Die Ergebnisse dürften hinlänglich bekannt sein. Es bleibt auch künftig beim ROV. Allerdings soll es den Ländern im Einzelfall vorbehalten sein, auf ein ROV zu verzichten.

Dieser Vorstoß aus Hessen gehört in den Kontext der anhaltenden Diskussion um zweifelsohne notwendige Verwaltungsvereinfachungen und Föderalismusreformen. Da ist zum einen der Entwurf eines „Gesetzes zur Beschleunigung von Planungsverfahren für Infrastrukturvorhaben“, zum anderen vor allem aber die so genannte Föderalismusreform. Nicht zufällig fand gleichzeitig mit der Abstimmung im Bundesrat (am 10. März 2006) im Bundestag die erste Lesung des umfangreichen Gesetzespakets zur Änderung zahlreicher Artikel des Grundgesetzes statt, mit dem vornehmlich die Beziehungen zwischen Bund und Ländern neu geregelt werden sollen (Föderalismusreform). Während die dort vorgesehenen Regelungen insbesondere für die Bereiche Bildung und Umwelt seit langem öffentlich qualifiziert diskutiert werden (z. B. für Letzteren seien die hervorragenden und in der Wortwahl ungewöhnlich deutlichen Stellungnahmen u. a. vom Sachverständigenrat für Umweltfragen und von der Deutschen Umwelthilfe empfohlen), sind die für die Raumordnung vorgesehenen Änderungen vergleichbar gravierend, finden aber kaum öffentlichen Widerhall. Zu der im Entwurf vorgesehenen verfassungsrechtlichen Stellung der Raumordnung hat der Ad-hoc-Arbeitskreis (AAK) „Planung und Recht“ ebenfalls kurzfristig eine Stellungnahme vorgelegt. Sie wurde wiederum unter der Leitung von Ernst-Hasso Ritter (Meerbusch) von Werner

Buchner (München), Wilfried Erbguth (Rostock), Ulrich Höhnberg (München), Martin Kment (Münster), Frank R. Reitzig (Berlin) und Holger Schmitz (Berlin) erarbeitet. Die Stellungnahme ist mit einem Begleitschreiben des ARL-Präsidenten übermittelt worden an die Bundeskanzlerin und die Minister des Innern, für Verkehr/Raumordnung und für die Justiz, gezielt an weitere Spitzenpolitiker, die sich bislang in besonderer Weise an der Föderalismusdiskussion beteiligt haben, an sämtliche Mitglieder des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages, sämtliche Mitglieder des für Raumordnung zuständigen Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages, die Fraktionsvorsitzenden sämtlicher im Bundestag vertretenen Parteien, die Ministerpräsidenten der Länder und an die für Fragen der Raumordnung zuständigen Fachminister der Länder.



Inhaltlich voll angeschlossen an diese Stellungnahme haben sich die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL) und die Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL). DASL-Präsidentin Christiane Thalgott und der SRL-Vorsitzende Jochen Hanisch haben sich in gesonderten Briefen

ebenfalls an im Wesentlichen den gleichen Kreis von Verantwortungs-trägerinnen und -trägern gewandt und im Hinblick auf die sachlichen Details dabei ausdrücklich auf die ARL-Expertise verwiesen.

Wir drucken die Stellungnahme des AAK im Folgenden ab; sie ist als Positionspapier aus der ARL Nr. 65 veröffentlicht worden.

Burkhard Lange, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 28
E-Mail: Lange@ARL-net.de

und weil sie vielfältige Fachplanungen zusammenfasst und aufeinander abstimmt“. (BVerfGE 3, 407/425)

Die Besonderheit des Bereichs „Raumordnung“ gegenüber anderen in Art. 72 bis 74 GG genannten Regelungsmaterien liegt darin, dass sich die Kompetenzsphären von Bund und Ländern nicht durchgängig klar trennen lassen:

- In einem Bundesstaat bilden Bund und Länder (mit den Kommunen) den Gesamtstaat auf einem Territorium. Der Hoheitsraum eines jeden Landes ist denknotwendig zugleich ein Bestandteil des Hoheitsraums des Bundes – und umgekehrt. Es ist nicht möglich, dass die Raumordnung des Bundes in einem, in mehreren oder in allen Ländern nicht gilt, weil Bund *und* Länder räumlich der Gesamtstaat Bundesrepublik Deutschland sind und die Raumordnung des Bundes folglich in den Räumen der Länder ebenfalls gelten muss.
- Auch eine Trennung nach Fachbereichen ist schwer möglich, da räumliche Planung eine Gesamtplanung ist und die Fachplanungen (in ihren Raumwirkungen) aufeinander abstimmt. So wäre es beispielsweise sinnlos, wenn der Bund nach seinen Kriterien die Fernverbindungen planen würde, die Länder nach ihren eigenen, anderen Kriterien die Siedlungsstandorte ausweisen würden. Beides muss aufeinander bezogen sein.
- Diese Bezogenheit der Planungen aufeinander gilt ebenso horizontal im Verhältnis der Länder zueinander. In einem Bundesstaat kann kein Land seine räumliche Struktur ohne jede Rücksicht auf die anderen Länder planen. Das bedeutet, dass es Abstimmungsregeln und ein Mindestmaß an gleichen inhaltlichen und verfahrensmäßigen Standards geben muss.

Aus alledem ergibt sich, dass die Raumordnungen von Bund und Ländern und der Länder untereinander nicht jeweils isoliert betrachtet werden können, sondern dass es für alle einen sinnvollen Gesamtrahmen und gemeinsame inhaltliche Bezüge geben muss.

2. Zur funktionsgerechten Unterscheidung der Kompetenzsphären

Es kommt nunmehr darauf an, ausgehend von den grundsätzlichen Wertungen der Verfassung die Kompetenzsphären für die Regelung des Raumordnungsrechts der Sache nach zu bestimmen. Dazu bieten sich folgende Unterscheidungen an:

- Dem Bund allein obliegt die Regelung im Kompetenzbereich seiner Aufgaben, die ihm von der Verfassung zugewiesen sind (*Bundesraumordnung*). Als Beispiel genannt sei die Außenvertretung im völkerrechtlichen Rahmen oder (nach Maßgabe des Grundgesetzes) im supranationalen Rahmen der Europäischen Union. Ebenso gehört dazu die Selbstbestimmung über die Organisation seiner Raumordnungseinrichtungen. In diese ausschließliche Kompetenz können die Länder nicht eingreifen.
- Andererseits verfügen die Länder schon aus dem Bundesstaatsprinzip heraus über einen inhaltlichen und organisatorischen Kompetenzkern für ihre Landesplanung, der dem Regelungszugriff des Bundes entzogen ist. Dieser

gehört in die ausschließliche Kompetenzsphäre der Länder (*Landesraumordnung*).

- Da Raumordnung definitionsgemäß eine übergeordnete und fachübergreifende Gesamtplanung ist, muss sie insoweit der Verantwortung des Bundes unterliegen, als sie die räumliche Ordnung und Entwicklung des *Gesamtstaats* zum Inhalt hat. Dazu bedarf es eines Mindestmaßes an gemeinsamen inhaltlichen Standards sowie an vergleichbaren instrumentellen Grundlagen. Dieser Bereich kann von den Ländern nicht zur Disposition gestellt werden.
- Darüber hinaus kennzeichnet es – wie oben dargestellt – die Raumordnung in einem Bundesstaat, dass Bund und Länder sowie die Länder unter sich in einem besonderem Maß zusammenwirken und gegenseitig Rücksicht nehmen müssen. Es bedarf daher eines normativen Mindestmaßes solcher Zusammenarbeits- und Abstimmungsregeln, um die Funktionsfähigkeit der Raumordnung im Bundesstaat zu sichern. Diese Regeln müssen bundeseinheitlich gelten und stehen sonach in der Kompetenz des *Gesamtstaats*.

Legt man diese aus den Sachgesetzmlichkeiten der Regelungsmaterie „Raumordnung“ folgenden Erkenntnisse zu Grunde, wird erkennbar, dass es einen Kompetenzbereich des Bundes gibt, der neben der Bundesraumordnung auch eine Vollkompetenz zur „Raumplanung für den Gesamtstaat ... in ihren über die Länder hinausgreifenden Zusammenhängen“ erfasst (BVerfGE 15, 1/16). Vor diesem Hintergrund ist ein uneingeschränktes Recht der Länder, von den in Ausfüllung der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz des Bundes getroffenen (Bundes)Regelungen abzuweichen, höchst problematisch. Das heißt, die bisher in Art. 72 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GG-Änderungsentwurf vorgesehene *uneingeschränkte Abweichungsklausel* sollte dringend überprüft werden; denn sie bedeutet nach dem bisherigen Wortlaut, dass die Länder im Extremfall bis zur Negierung jeglicher bundesweiter Regeln „abweichen“ könnten. Dies freilich würde die Funktionsfähigkeit der Raumordnung in einem Bundesstaat aus den Angeln heben.

3. Eingrenzung der Abweichungsklausel

Wenn der Verfassungsgesetzgeber bei der Regelungsmaterie „Raumordnung“ die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern vornimmt, muss auch er den Sachgesetzmlichkeiten dieser Materie Rechnung tragen. Das gilt durchaus im verfassungsrechtlichen Sinn, soweit nämlich die Funktionsbedingungen von Raumordnung in Deutschland durch das Bundesstaatsprinzip geprägt werden. Insofern steht jede Abweichungsgesetzgebung der Länder unter dem verfassungsrechtlichen Vorbehalt, dass sie das Bundesstaatsprinzip nicht verletzt. Das Bundesstaatsprinzip hat, wie Art. 79 Abs. 3 GG zeigt, verfassungsrechtlich einen besonderen Stellenwert.

Dies legt es nahe, die bisher uneingeschränkte Abweichungsklausel von vornherein durch den Verfassungsgeber einzugrenzen und damit dem Prinzip der „Verfassungsklarheit“ Rechnung zu tragen. Geschieht dies nicht, wären Verfassungsstreitigkeiten zwischen Bund und Ländern geradezu programmiert; die Absicht der „Föderalismusreform“, die Kon-

fliktzone zwischen Bund und Ländern zu minimieren, wäre hier in ihr Gegenteil verkehrt. Deshalb sollte der Verfassungsgeber den (einfachen) Gesetzgeber des Bundes und der Länder nicht im Stich lassen und es nicht darauf ankommen lassen, dass die Reichweite der Abweichungsgesetzgebung nur durch einen Verfassungsgerichtsstreit über die Umwegkonstruktionen des kollidierenden Verfassungsrechts oder gar des verfassungswidrigen Verfassungsrechts geklärt werden kann.

Die Eingrenzungen der Abweichungsklausel betreffen:

- den ausschließlichen Kompetenzkern des Bundes (Bundesraumordnung) zur Gänze;
- den breiten Bereich der gesamtstaatlichen Regelungen zwischen dem Kompetenzkern des Bundes und dem Kompetenzkern der Länder insoweit, als bestimmte, für die Funktionsfähigkeit der Raumordnung in einem Bundesstaat gebotene Grundlagen eines gemeinsamen Aufgabenverständnisses und gemeinsamer Zielvorstellungen erhalten bleiben müssen sowie ein Mindestmaß an kompatiblen Organisationsstrukturen, Verfahrens- und Abstimmungsregeln (raumordnerische Instrumente im weiteren Sinne) nicht unterschritten werden darf.

In Anlehnung an die bereits bei anderen Regelungsmaterien vorgesehenen Einschränkungen der Abweichungsklausel – so bei Art. 72 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 GG-Änderungsentwurf (Naturschutz und Landschaftspflege) und bei Art. 72 Abs. 3 Satz 1 Nr. 5 GG-Änderungsentwurf (Wasserhaushalt) – wird folgende Formulierung für Art. 72 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GG-Änderungsentwurf empfohlen:

„Raumordnung, soweit es sich nicht um die Raumordnung des Bundes oder um die Grundlagen der Raumordnung und die Grundzüge ihrer Instrumente im Bundesstaat handelt.“

Hannover, März 2006

Impressum

Technische Redaktion:

Maria Hein, Oliver Rose
Tel.: 05 11 / 3 48 42 - 26
E-Mail: Rose@ARL-net.de

Druck:

popppdruck, 30851 Langenhagen

Die NACHRICHTEN der ARL erscheinen viermal im Jahr.

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Juni 2006

AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG

Hohenzollernstraße 11
30161 Hannover
Tel.: 05 11 / 3 48 42 - 0
Fax: 05 11 / 3 48 42 - 41
E-Mail: ARL@ARL-net.de
Website: www.ARL-net.de

Pressemitteilung

Verfassungsreform verfassungswidrig?

Die Akademie für Raumforschung und Landesplanung hat erhebliche Bedenken gegen die ins Auge gefasste Neuverteilung der Gesetzgebungskompetenzen im Bereich Raumordnung. Der jetzige Entwurf überführt die Raumordnung von der Rahmengesetzgebung in die konkurrierende Gesetzgebung des Bundes. Dabei wird jedoch jedem Land ein unbegrenztes Recht eingeräumt, vom Bundesgesetz durch eigene Gesetze abzuweichen. „Diese unbegrenzte Abweichungsklausel“, so der Akademiepräsident Prof. Dr. Klaus Borchard, „kann die Grundlagen einer geordneten Raumentwicklung in Deutschland zerstören“. Denn die Länder hätten nun die Möglichkeit, untereinander und gegenüber dem Bund völlig gegensätzliche Konzepte durchzusetzen. Damit wäre eine harmonische räumliche Entwicklung im Gesamtstaat Bundesrepublik Deutschland aus den Angeln gehoben.

In einem Bundesstaat, so Borchard weiter, bildeten Bund und Länder den gemeinsamen Gesamtstaat auf einem Territorium. Der Hoheitsraum eines jeden Landes sei untrennbar zugleich Hoheitsraum des Bundes und umgekehrt. Die Raumordnungen von Bund und Ländern könnten daher nicht jeweils isoliert voneinander betrachtet werden. Für alle müsse es einen sinnvollen Gesamtrahmen und inhaltliche Mindestbezüge geben. Unbestritten hätten auch die Länder eigene Kompetenzen in der räumlichen Planung. Aber es könne nicht sein, dass sie einschränkungslos in den Bereich des Bundes einbrechen könnten. Denn dann werde eine gesamtstaatliche Raumordnung unmöglich.

Die Akademie fordert deshalb, die Abweichungsklausel zugunsten der Länder unbedingt mit einer sinnvollen Begrenzung zu versehen. Borchard: „Wir halten an dem gefundenen Kompromiss, durch den die Rahmengesetzgebung abgeschafft wird, fest. Aber wir weisen darauf hin, dass eine einschränkungslose Abweichungsmöglichkeit der Länder die funktionsgerechte Raumordnung im Bundesstaat Deutschland gefährdet. Entgegen den erklärten Absichten der Verfassungsgeber wäre damit nicht nur neuer Bund-Länder-Streit geradezu programmiert. Darüber hinaus wäre für den Bereich der Raumordnung das Bundesstaatsprinzip in Frage gestellt. Das kann nach dem geltenden Grundgesetz selbst der Verfassungsgeber nicht tun (Art. 79 Abs. 3 GG).“

Hannover, 15. März 2006



4. COMMIN-Projekttreffen in Riga

Zum vierten Mal fand vom 26. – 28. April 2006 ein Treffen des von der ARL geleiteten BSR INTERREG III B-Projektes „COMMIN – Promoting Spatial Development by Creating COMmon MINdscapes“ statt. Gastgeber war diesmal der Fachbereich Geographie und Geowissenschaften der Universität Lettland in Riga. Insgesamt nahmen 24 Teilnehmer aus 10 der am Projekt beteiligten Nationen am kombinierten SteuerungsTEAM- und Arbeitspaket-1-Treffen teil. Der Dekan der Fakultät, Prof. Māris Kļaviņš, begrüßte die Teilnehmer und bezeichnete das Ziel des Projektes, die Erarbeitung einer gemeinsamen transnationalen Wissens- und Kommunikationsbasis in der Raumplanung und -entwicklung („COMmon MINdscapes“), als eine „hervorragende Idee“, die nicht nur Planern und Geographen zugute käme. Kļaviņš bezog sich dabei auch auf die Rolle Lettlands als EU-Neuling und auf dessen Bemühen, sich auf wirtschaftlich-strukturellem Gebiet dem Status der alten EU-Länder anzunähern. Die Idee von COMMIN liefere hierzu einen wichtigen Beitrag. Das Projekttreffen wurde von Dr.-Ing. Evelyn Gustedt vom Sekretariat der ARL moderiert.

Internetportal zur Raumentwicklung im Ostseeraum

Projektkoordinator Dipl.-Ing. Dennis Ehm berichtete von den laufenden Aktivitäten im Arbeitspaket 1. Sowohl die Erstellung der nationalen Texte für das geplante Webportal als

auch die der nationalen Glossare ist vorangeschritten und liegt recht gut im Projektfahrplan. Besonders hervorzuheben aus dem vergangenen Projekthalbjahr sei ein internes Treffen nordischer Projektpartner („Nordic Subgroup“), bei dem fünf Staaten vertreten waren (Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden und Estland). Die Ergebnisse dieses Treffens stellen einen ersten wichtigen Schritt in Richtung Harmonisierung zentraler Raumplanungsbegriffe und deren Definitionen im Englischen dar.

Während der Vorstellung der gelaufenen und geplanten Aktivitäten durch die einzelnen Partner sowie in den anschließenden Diskussionen richtete sich das Augenmerk der Teilnehmer u. a. auf ein vom Projektpartner Institut für Stadt- und Regionalplanung (ISR) der TU Berlin entwickeltes Arbeitsmodell („Fact Sheet“) für die Darstellung von Praxisbeispielen. Das „Fact Sheet“ wurde von OM Prof. Dr. Dietrich Henckel und Prof. Dipl.-Ing. Elke Pahl-Weber im Einzelnen erläutert und in einer anschließenden Diskussion unter den Projektteilnehmern als eine Grundlage für die weitere Arbeit beschlossen.

Weitere Ergebnisse der Diskussionen im Rahmen des Arbeitspaketes 1 waren der Beschluss zur weiteren Bearbeitung eines von Cand.-Ing. Katrin Meyer (ARL) im Entwurf vorgestellten Textes über die „Europäische Raumentwicklung“, der nach Fertigstellung ebenfalls über die Website veröffentlicht werden soll. Zudem wurden für das gemeinsame englische Glossar – neben den jeweils relevantesten



Projektpartner beim Stadtrundgang in Riga

nationalen Begriffen – auch „europäische Kernbegriffe“ (Arbeitstitel) in Englisch zusammengestellt. Sowohl der Text zur „Europäischen Raumentwicklung“ als auch die Definitionen für die „europäischen Kernbegriffe“ werden im weiteren Projektverlauf in enger Kooperation mit den Projektpartnern und externen Experten weiter qualifiziert. Beim nächsten Projekttreffen, das im November 2006 voraussichtlich in Kopenhagen stattfindet, steht ein Tag unter dem Motto „Editorial Team“ und wird sich einzig mit der Erstellung des gemeinsamen englischsprachigen Glossars befassen.

Die Website befindet sich derzeit in der Programmierung und wird im Laufe des Frühjahrs mit allgemeinen Projektinformationen sowie ersten Arbeitsergebnissen online gestellt.

Weiterbildungsnetzwerk Raumplanung und Raumentwicklung

Laura Ahonen vertrat in Personalunion auf diesem Treffen sowohl den Projektpartner Nordregio/Schweden als auch mehrere finnische Projektpartner aus der Region Jyväskylä. Ahonen berichtete über abgeschlossene und kommende Weiterbildungsmaßnahmen der beteiligten Projektpartner im Arbeitspaket 2.

Die Partner in Jyväskylä haben seit dem letzten Projekttreffen zwei dreitägige Seminare durchgeführt. Vom 30.11. – 2.12.2005 fand das Seminar „National, Regional and Interregional Programmes for Developing Excellence – Initiatives, Experiences and Good Practices“ statt. Eine weitere Veranstaltung zum Thema „Spatial Planning and Regional Development in Europe – Past, Present and Future“ wurde vom 6. – 8. April 2006 ebenfalls in Jyväskylä durchgeführt. Beide Seminare wurden von insgesamt 53 Teilnehmern aus 7 Nationen besucht. Finanzielle Unterstützung zu den Reisekosten erhielten dabei 31 Teilnehmer über COMMIN sowie weitere 22 (russische) Teilnehmer über das kooperierende Tacis-Projekt DEX. Gelobt wurde insbesondere der rege Erfahrungsaustausch unter den Teilnehmern sowie die Partnerschaft mit Russland als einem für COMMIN wichtigen und auszubauenden Faktor.

Die nächste durch die Projektpartner aus Jyväskylä in Vorbereitung befindliche Veranstaltung ist die Summer School „Urban Scales – Adapting Architecture“ vom 7. – 19. August 2006 in Kooperation mit einem weiteren finnischen Projektpartner, der Helsinki University of Technology (HUT).

Vom 10. – 12. Mai 2006 führt Nordregio ein Seminar zur Thematik „Policy Development & Institutional Reforms for Good Governance“ in Helsinki/ Finnland durch. Inhalt der Veranstaltung sind aktuelle Konzepte in der Diskussion über „Good Governance“ sowie konkrete Erfahrungen mit institutionellen Reformen in Finnland, Schweden und Norwegen.

Ahonen unterstrich das Bemühen des Veranstalters Nordregio, bei der Auswahl der Stipendiaten hinsichtlich Nationalität, Beruf, Alter und Geschlecht eine gute Balance zu erzielen. Insgesamt gab es 33 Bewerber aus 6 Staaten; 13 konnten für Stipendien berücksichtigt werden, darunter mindestens ein Bewerber aus den jeweiligen 6 Staaten sowie Mitglieder des Jungen Forums der ARL.

Eine weitere Veranstaltung von Nordregio ist für November 2006 im Großraum Oslo geplant und trägt den Arbeitstitel

„Urban Management: Between the Lisbon & Gothenburg Strategy“.

Transnationaler Wissenstransfer in der Raumentwicklung

Im Rahmen des Arbeitspaketes 3 berichteten Angelika Pauli und Dr. Michael Arndt vom Projektpartner Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) über zwei Workshops. Aus dem ersten Workshop zum Thema „Trans-europäische Netzwerke“ (TEN-T) im Juni 2005 in Helsinki liegen seit Anfang dieses Jahres Politikempfehlungen vor. Der zweite Workshop wurde am 25. April 2006 unmittelbar vor dem SteuerungsTEAM- und Arbeitspaket-1-Treffen in Riga durchgeführt und befasste sich mit „Integriertem Küstenzonen-Management“ (IKZM) (s. a. nachfolgender Artikel). Auch hierzu werden Politikempfehlungen erarbeitet und an Multiplikatoren gezielt verteilt bzw. über die Website veröffentlicht.

Ehm berichtete, dass im Rahmen der „Good Practices“-Analyse vom hierfür beauftragten VASAB-Sekretariat in Danzig/Polen insgesamt 55 Fragebögen an INTERREG III B- sowie II C-Projekte versandt worden sind, von denen bereits erste Rückmeldungen eingetroffen sind. Ebenso wurden Abschlussberichte einzelner Projekte durchgesehen. Die Auswertung der Fragebögen und Projektberichte kann voraussichtlich im Herbst 2006 abgeschlossen werden. Kernthemen sind u. a. der Transportsektor, Transnationale Entwicklungszonen sowie die Stärkung polyzentrischer städtischer Systeme.

Ein erster vom Designbüro Pool72 entwickelter Projektflyer wurde fertig gestellt und in einem breiten Umfeld verteilt. Weitere Marketing-Aktivitäten, wie z. B. eine einheitliche Präsentationsvorlage für alle Projektpartner, sind ebenfalls umgesetzt worden bzw. sind, wie Mailinglisten, weitere thematische Flyer sowie eine Konzeption zur Bewerbung der Website nach Onlineschaltung, bereits vorbereitet.

Für die Abschlusskonferenz des Projektes wird der Zeitraum April/Mai 2007 anvisiert. Eine Konzeption für diese Konferenz wurde vom IRS vorgestellt und mit den Projektpartnern diskutiert. Hieraus hervorgehende Anregungen werden in einer überarbeiteten Konzeption für die Abschlusskonferenz berücksichtigt.

Das Rahmenprogramm dieses Projekttreffens, u. a. mit einer Stadtführung, hat weiter zur Teambildung unter den einzelnen Projektpartnern beigetragen und ist neben den inhaltlichen Elementen stets ein wichtiger Faktor zum Gelingen der mehrtägigen Treffen.

Katrin Meyer und Dennis Ehm (+49-511) 3 48 42 – 49
E-Mail: Meyer@ARL-net.de u. Ehm@ARL-net.de

Integriertes Küstenzonenmanagement im Ostseeraum

Zweiter thematischer Workshop im Rahmen von COMMIN

Wie kann ein Integriertes Küstenzonenmanagement (IKZM) im Ostseeraum aus regionaler Perspektive organisiert und umgesetzt werden? Diese Frage stand im Mittelpunkt eines thematischen Expertenworkshops, der am 25. April 2006 in Riga stattfand und vom Projektpartner Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in Erkner konzipiert und organisiert wurde. Der Workshop bildet einen Baustein des INTERREG III B-Projekts „COMMIN – Promoting Spatial Development by Creating COMmon MINDscapes“. Eingeladen waren 16 Experten aus sieben Ostseestaaten, die sich vor unterschiedlichen fachlichen Hintergründen mit IKZM beschäftigen. Dabei dienten die thematischen Präsentationen der Teilnehmer sowie ausgiebige Diskussionsphasen dazu, im Sinne der COMMIN-Projektphilosophie einen gemeinsamen Bezugsrahmen – oder „common mindscapes“ – herzustellen. Erkenntnisse sollten insbesondere zu den folgenden drei Punkten gewonnen werden:

oder administrativer Art. Hierzu lieferten die Präsentationen von Ramūnas Povilanskas (EUCC Baltic Office) und Andrzej Cieślak (Meeresbehörde in Gdynia) wichtige Impulse. Am Nachmittag stand zunächst die Frage zur Diskussion, wie ein holistischer Ansatz in Küstenzonen erreicht werden kann. Dabei bot die Präsentation von Hannu Vartiainen (Yrjö Jahns-son Foundation) einen theoretischen Zugang aus spieltheoretischer Sicht, während Kitty Sommer (Storstrøm County) einen praktischen Zugang darlegte. Im vierten Teil des Workshops wurden existierende Projekte anhand von Projektzielen, auftretenden Konflikten, verwendeten Instrumenten und beteiligten Akteuren diskutiert. Als Beispielprojekte wurden PlanCoast (Angela Schultz-Zehden, Baltic 21 Consultant), Natura 2000 am Beispiel von Lettland (Ieva Rove, Latvian Fund for Nature) sowie COASTMAN (Ronald Wennersten, KTH) vorgestellt.



Workshop-Teilnehmer

- Welche Interaktionen bestehen zwischen den beteiligten räumlichen Ebenen (EU, national, regional, lokal)?
- Welche Ansätze für integrierte Planungen existieren bereits bzw. sind notwendig?
- Welche Kriterien für erfolgreiche Projekte lassen sich identifizieren (rechtlich, organisatorisch, kognitiv etc.)

Moderiert wurde die Veranstaltung von der Journalistin Jody Yurkowski („Baltic News“). Der inhaltliche Input in Form von Kurzpräsentationen und die Diskussion erfolgten nach vier thematischen Schwerpunkten. Der erste Teil diente dazu, eine transnationale und makroregionale Perspektive für IKZM im Ostseeraum zu entwickeln. Daher präsentierten OM Dr.-Ing. Bernhard Heinrichs (Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern) und Kaj Granholm (Baltic Sea Regional Project) entsprechende Ansätze aus der Sicht von VASAB bzw. von HELCOM. Der zweite Teil des Workshops fokussierte mit IKZM verbundene Konflikte und Probleme, insbesondere in Bezug auf das Überschreiten von verschiedenen Grenzen, seien sie sektoraler, mentaler

Die Schlussdiskussion diente der integrierten Betrachtung der vier vorangegangenen Workshopteile sowie der Formulierung von ersten Erkenntnissen und Ergebnissen. Dabei können drei Erkenntnisse als besonders wichtig für die künftige Entwicklung von IKZM im Ostseeraum festgehalten werden:

- 1) Die Sprach- und Kommunikationsfähigkeiten müssen verbessert werden, vor allem in transnationaler Hinsicht. Dies umfasst eine eindeutige Verwendung und Definition von Schlüsselbegriffen.
- 2) Integrierte Visionen in Form von Leitbildern sind notwendig, um eine holistische Perspektive zu entwickeln und verschiedenartige Trennlinien zu überwinden (Land-See-Grenze, sektorale Grenzen oder territoriale Grenzen). Dabei müssen neben der ökologischen Betrachtung von IKZM auch wirtschaftliche und soziale Aspekte integriert werden.
- 3) Eine regulierende Stelle ist notwendig, um eine regionalisierte und transnationale Perspektive auf IKZM im Ostseeraum zu erzielen und umzusetzen.

Die Erkenntnisse des Workshops dienen als Ausgangspunkt für Politikempfehlungen, ähnlich wie sie bereits nach dem ersten COMMIN-Workshop zu Transeuropäischen Verkehrsnetzen (TEN-T) erarbeitet wurden. Doch während im Zentrum der Empfehlungen zu TEN-T die Mehrebenenproblematik sowie innovative Governance-Arrangements standen, konzentrieren sich die Empfehlungen zu IKZM auf Kriterien für die Ausarbeitung und Implementierung transnationaler Pro-

jekte. Diese Empfehlungen werden an ausgewählte Multiplikatoren versendet und auch über die COMMIN-Webseite zugänglich gemacht. Nicht zuletzt liefern beide Workshops und die hieraus resultierenden Empfehlungen einen wichtigen Input für die COMMIN-Abschlusskonferenz, die im Frühjahr 2007 stattfindet.

Angelika Pauli, IRS
E-Mail: paulia@irs-net.de

ESPON-Seminar zu Territorialer Kohäsion und Koordination im Baltikum

Am 24. und 25. April fand in Pärnu/Estland ein Seminar zur Territorialen Kohäsion mit dem Ziel statt, für die künftige Ausrichtung von ESPON – oder einer Nachfolgeinstitution – Hinweise zu deren Ausgestaltung zu erhalten. Einige ESPON-Projekte stellten in kurzen Skizzen ihre jeweiligen Resultate vor und regten damit die Gesamtdiskussion an.

Um es vorwegzunehmen: ESPON muss in der einen oder anderen Form weitergeführt werden. Nach der ersten Phase, in der man sich stark auf Agglomerationsräume, Stadtsysteme und Metropolen/Metropolregionen konzentriert habe, sei es nun an der Zeit, sich insbesondere angesichts des Ziels der territorialen Kohäsion den Zwischenräumen, der Peripherie oder den so genannten ländlichen Räumen zuzuwenden. Die soziale Dimension der Regionalentwicklung dürfe nicht vernachlässigt werden und die einmal aufgebaute Datenbasis müsse fortgeschrieben werden, bedürfe allerdings der Verfeinerung im Sinne der Vergleichbarkeit statistischen Datenmaterials – insbesondere auf regionaler Ebene.

Über 100 Personen aus der Wissenschaft und aus unterschiedlichen administrativen Ebenen, transnationalen Institutionen wie auch Beratungsinstitutionen diskutierten, teils in parallelen Arbeitsgruppen, über Konvergenz- und Divergenzprozesse im Baltikum, über die Bedeutung der territorialen Kohäsion, grenzüberschreitende Belange, die Rolle des Baltikums in Europa und weltweit sowie über Vermittlungs- und Implementierungsstrategien für die umfangreichen Ergebnisse der ESPON-Forschungsprojekte.

Humankapital versus FDI

Zu Beginn wurde deutlich, dass vielzitierte Zahlenwerke über ausländische Direktinvestitionen (FDI) oftmals Augenwischerei sind. Schon heute sei in den baltischen Staaten zu beobachten, dass die Kostenvorteile – insbesondere der Lohnkosten – abnehmen, Verschuldungen hingegen zunehmen. Eine allzu liberale Politik würde nicht automatisch die Produktivität erhöhen und FDI würde nicht automatisch den Technologietransfer nach sich ziehen. Unabdingbar sei daher, das Humankapital zu stärken und Wissen zu generieren.

Polyzentralität – der Stein der Weisen?

Unter Rückgriff auf die Resultate der ESPON-Projekte 1.1.1 und 1.1.3 wurden die konfligierenden Zielsetzungen, die die Implementierung der Polyzentralität in sich birgt, verdeutlicht.

Folgt man dem Ziel der Lissabon-Strategie, müssten die „global cities“ gestärkt werden. Damit allerdings riefte man eine Polarisierung zwischen alten und neuen EU-Mitgliedstaaten hervor. Folgt man dem Ziel der Kohäsion innerhalb der EU, so müssten die Primatstädte der neuen Mitgliedstaaten gefördert werden. Eine Polarisierung innerhalb der neuen Mitgliedstaaten wäre zu erwarten. Eine Phasenstrategie scheint die Lösung des Dilemmas zu sein: Stärkung der Wachstumspole im Frühstadium der gemeinsamen Entwicklung und ein späteres Umschwenken zu einer ausgewogenen Polyzentralität. Dabei müssen Raum und Zeit ebenso berücksichtigt werden wie ein Mehr-Ebenen-Steuerungsansatz, der vertikale wie horizontale Koordination einschließt.

Diesem Ansatz, wie überhaupt der Polyzentralität, standen aber auch Skeptiker gegenüber, die in der gewünschten Polyzentralität eher ein Teil des Problems als die Lösung sehen. Mindestens müsse man sich bewusst machen, dass Polyzentralität in der Peripherie – also auch bezogen auf kleine Staaten – eher auf Spezialisierung denn auf räumlicher Nähe begründet sein müsse, da andernfalls ein neuer Konflikt zwischen Kohäsion und Kompetitivität erzeugt würde.

Territoriale Kohäsion – eine Frage der Definition?

Die Wissenschaft hat zurzeit ein grundlegendes Problem im Zusammenhang mit dem Stichwortpaar „territoriale Kohäsion“ zu bewältigen: Die Idee eines von der EU allenfalls mäßig operationalisierten Ziels wird bereits durch die Realität überrollt. Mögliche Referenzrahmen für die Zielerfüllung sind entweder räumlich veraltet (EUREK) oder befassen sich in keiner Weise mit räumlichen Aspekten (Lissabon/Göteborg-Strategie). Letztere enthalten keine spezifisch räumlichen Zielsetzungen, vor allem die Lissabon-Strategie beeinflusst hingegen beinahe alle Politikfelder als das Maß aller Dinge.

Der größte Teil politischer Entscheidungen manifestiert sich über kurz oder lang aber auch im Raum (siehe z. B. Eigenheimförderung, Pendlerpauschale, Investitionsanreize etc.). Es sind daher mindestens Visionen von der künftigen Raumgestalt notwendig, denn, wie ein Teilnehmer des Seminars einleuchtend darlegte, territoriale Kohäsion hat auch mit der Identität der Bürger mit ihrem Lebensraum (Territorium) zu tun. Als Grundstein der EU-Politik, so ein weiterer Teilnehmer, muss die übergeordnete Zielaussage zur territorialen Kohäsion durch ein Umsetzungskonzept ergänzt werden, ohne sofort

Konflikte mit anderen Zielsetzungen zu erzeugen. Gegebenenfalls bedarf es diesbezüglich auch einer klareren Prioritätensetzung der Ziele.

Abschließend sei darauf verwiesen, dass die Website von ESPON in Kürze unter der neuen Adresse www.espon.eu zu erreichen sein wird. Ein Bericht über das Seminar wird dort abrufbar sein.

Evelyn Gustedt, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 29
E-Mail: Gustedt@ARL-net.de

Drei Jahre im europäischen Forschungsraum erfolgreich

SPECTRA: Centre of Excellence der EU an der STU in Bratislava

Das SPECTRA Centre (Central European Research and Training Centre in Spatial Planning) wurde 1998 als gemeinsame Arbeitsplattform der Architekturfakultät der Slowakisch Technischen Universität (STU) in Bratislava, der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) in Hannover, der Université Pierre Mendès France in Grenoble und der University of Newcastle upon Tyne gegründet und erhielt 2002 die Anerkennung als Centre of Excellence der EU im Rahmen des 5. Rahmenprogramms - Key Action „City of Tomorrow and Cultural Heritage“. Am 31. Dezember 2005 beendete das Centre das dreijährige Projekt der Netzwerkaktivitäten mit dem vorrangigen Ziel, die Integration des Centre in den interdisziplinären europäischen Forschungsraum unter dem Titel „Permanent Research in Spatial Development in the context of EU Enlargement and Information Society Advancement“ (EVK4-2002-80006 SPECTRA-PERSEUS) voranzutreiben. Neben der Integration und Einbindung in die europäischen Excellence-Netzwerke verfolgte das Projekt die Ziele der Erhöhung der wissenschaftlichen und fachlichen Kompetenz des Centre und die Stärkung der raumbedeutsamen Aspekte in den raumentwicklungspolitischen Entscheidungsprozessen.

Das Centre hat im Rahmen des Projektes ein Netzwerk von regionalen, miteinander kooperierenden Arbeitsstellen in den Staaten Mittel- und Südosteuropas geschaffen, in dem Partnerinstitutionen zusammenarbeiten. Dabei geht es beispielsweise um die Bereitstellung von Know-how für die Planungspraxis mit Blick auf die soziale, kulturelle, ökonomische und ökologische Entwicklung.

Die Forschungsaktivitäten des SPECTRA Centre, die im Kontext des PERSEUS-Projektes durchgeführt wurden, haben die Erhöhung der Effizienz beim Management der Nutzung der natürlichen und humanen Ressourcen und vor allem auch die Optimierung der drei Grundpfeiler einer nachhaltigen Raumentwicklung (soziale, ökonomische und ökologische Entwicklung) verfolgt. Wichtigste Voraussetzung für die Erfüllung dieser Aufgaben war die enge internationale und interdisziplinäre Zusammenarbeit mit Repräsentanten aus dem Kreis der technischen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Wissenschaftsdisziplinen.

Zu den Hauptzielen des SPECTRA/PERSEUS-Projektes gehörten:

- Stärkung der Integration des SPECTRA Centre in den europäischen Forschungsraum auf der Basis der qualitativen Entwicklung der Kooperationsbeziehungen zu anderen wichtigen Forschungszentren in der EU und in assoziierten Staaten der EU
- Integration des SPECTRA Centre in die existierenden raumwissenschaftlichen Netzwerke in Europa
- Stärkung der Nachhaltigkeit der Aktivitäten des SPECTRA Centre durch Erhöhung der Attraktivität für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler
- Nutzung der Netzwerkaktivitäten des SPECTRA Centre für die Erhöhung der räumlichen Einwirkungsmöglichkeiten seiner Aktivitäten und damit Verbesserung des Wissenstransfers aus dem Centre in die Raumentwicklungspraxis der EU-Mitgliedstaaten und assoziierten EU-Staaten
- Stärkung der Kapazitäten des SPECTRA Centre bei der Lösung aktueller Aufgaben der europäischen Raumentwicklung
- Vertiefung der Zusammenarbeit mit den Partnern und Nutzung der Synergieeffekte von Twinning-Aktivitäten mit den Forschungszentren in Europa, um die Konkurrenzfähigkeit im europäischen Forschungsraum gemeinsam zu erhöhen.

Auf dieser Basis wurden drei Forschungsschwerpunkte in Zusammenarbeit mit den Partnern ARL, IÖR, CVUT und TU Wien bearbeitet. Im Rahmen von Arbeitsgruppen konnten unter der Leitung von hochrangigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Untersuchungen erfolgreich abgeschlossen und wertvolle Forschungsergebnisse vorgelegt werden:

1. Zusammenarbeit und Wettbewerb der Städte (Kooperation von ARL und TU Wien, Leitung: Prof. Rudolf Giffinger, Wien)
2. Integriertes Management von Flussgebieten (Kooperation von ARL und IÖR, Leitung: Prof. Isolde Roch, Dresden)

3. Metadaten in der Raumplanung (Kooperation von CVUT Prag und STU Bratislava, Leitung: Prof. Karel Maier, Prag)

Alle drei Forschungsaktivitäten wurden durch internationale Workshops und wissenschaftliche Tagungen unterstützt, die nicht nur zur wissenschaftlichen Diskussion und zum Transfer der Erkenntnisse, sondern auch zur Qualitätssicherung der Untersuchungsergebnisse beigetragen haben. Die Ergebnisse wurden von der STU in zwei englischsprachigen Büchern veröffentlicht.

Als eine querschnittsorientierte Thematik bei allen Forschungsaktivitäten wurden Probleme bei den Instrumenten und Methoden der sozialen Partizipation bearbeitet.

Die Ziele des Centre wurden durch eine Vielfalt von weiteren wissenschaftlichen und Ausbildungsaktivitäten umgesetzt. Zu den wichtigsten querschnittsorientierten Aktivitäten gehörten vor allem die Eröffnung neuer Forschungsfelder durch Zusammenarbeit mit hochrangigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus der EU, eine Sommerschule für raumwissenschaftliche Nachwuchskräfte und ein internationaler Wettbewerb zum Thema „Einfluss der Wissensgesellschaft auf die Raumentwicklung“ (Kooperation von STU und ARL, Leitung: Prof. Maroš Finka, Bratislava), zwei internationale Wettbewerbe zur spezifischen Problematik der Raumentwicklung in der Slowakischen Republik, fünf internationale Tagungen und drei wissenschaftliche Kolloquien. Diese und zahlreiche andere Aktivitäten wurden jährlich in Annual Reports des SPECTRA Centre dargestellt.

Im Projekt PERSEUS beteiligte sich das SPECTRA Centre in den letzten drei Jahren an weiteren Projekten des 5. und 6. Rahmenprogramms der EU. Es wirkt zurzeit auch am Programm TEMPUS 3 durch Teilnahme am Projekt Landschaftsplanung – Ausbildung für die neuen Staaten in der EU – LENNE (zusammen mit der TU Wien und der Universität in Belgrad) und am Programm Socrates, Erasmus I (Intensive Projects) mit den Projekten IP-SOIL und IP-VITANOVA (zusammen mit der BOKU Wien) mit. Am 1. März 2006 hat das SPECTRA Centre ein neues Projekt gestartet, das vom Europäischen Sozialfond für die Jahre 2006 – 2008 PROMETEUS gefördert wird – Unterstützung des internationalen Innovationstransfers zur Stärkung der europäischen Integration durch Nutzung der Forschungskapazitäten des SPECTRA Centre. Das Projekt stützt sich auf Einsatz eines Qualitätssicherungssystems (QAS), das durch Zusammenarbeit von STU und ARL im Rahmen eines PERSEUS-Projekts entwickelt wurde.

Das SPECTRA Centre organisiert darüber hinaus zusammen mit dem IÖR in Dresden das Netzwerk der mittel- und südosteuropäischen Raumforschungs- und Raumplanungsinstitute (SPACE-NET) mit zahlreichen Kooperationsaktivitäten.

Alle diese Projekte tragen zur Fundierung des SPECTRA Centre als Exzellenz-Zentrum und als gemeinsame Arbeitsplattform von ARL, University New Castle upon Tyne, IUG Grenoble und STU Bratislava im gesamteuropäischen Forschungsraum bei.

Prof. Dr. Maroš Finka, STU Bratislava
Tel. (004 21) 2 - 57 27 62 77
E-Mail: finka@fa.stuba.sk

Regionalplanung im Internet

Die erste Ausgabe des „Zukunftsplaner-newsletter Regionalplanung in der Bezirksregierung Düsseldorf“ liegt vor. Die Regionalplanung möchte neugierig machen und darüber informieren, was „am Rhein so läuft“. Welche Planungen und Vorhaben sind aktuell im Regierungsbezirk? Gibt es Entwicklungen und Fakten in der Region, die man nicht verpassen sollte? Welche Weichen werden gestellt? Wer gibt für welche Planungen das Startzeichen? Regionalplanung ist vielfältig und spannend – es wird zu einer schnellen Informationstour eingeladen.

Sollte Interesse geweckt sein und man den newsletter künftig beziehen wollen, kann man sich unter www.zukunftsplaner@brd.nrw.de anmelden.

Jahresgutachten Mobilfunk 2005 erschienen

Mobilfunk gehört heute zur unverzichtbaren Infrastruktur. Nicht nur die UMTS-Technologie, auch die von Nutzern gewünschte flächendeckende Versorgung erfordern einen weiteren Ausbau der Sendeanlagen. Dieser sollte jedoch möglichst weitgehend im Einklang zwischen Mobilfunkbetreibern, Städten und Gemeinden sowie Bürgern geschehen.

Die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Netzbetreibern hat sich in den meisten Bereichen von Jahr zu Jahr verbessert. Noch vorhandene Defizite könnten vor allem durch eine bessere Kommunikation zwischen Netzbetreibern, Städten und Gemeinden sowie Bürgern behoben werden. Dies ist die zentrale Erkenntnis des „Jahresgutachtens Mobilfunk 2005“, das im Auftrag des Informationszentrums Mobilfunk (IZMF) durch das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) in Kooperation mit Prof. Dr. Dietrich Henckel von der Technischen Universität Berlin, der Verbraucherzentrale NRW und dem Wissenschaftlichen Institut für Kommunikationsdienste (WIK) erstellt wurde.

Weitere Informationen: Dr. Busso Grabow, Difu, Tel. 030/39001-248, E-Mail: grabow@difu.de

Link zum Gutachten auf der Difu-Homepage: <http://edoc.difu.de/orlis/DF10292.pdf>

CULTPLAN – Planning as Culture in Europe

Das von der EU durch das Programm INTERACT geförderte Projekt „CULTPLAN – Planning as Culture in Europe“ verfolgt das Ziel, zu einem besseren Verständnis der Unterschiede in der Planungskultur und darüber zum Erfolg der europäischen Raumentwicklung beizutragen.

Erfahrungen zeigen, dass den kulturellen bzw. gesellschaftlichen Besonderheiten in internationalen Programmen und

Projekten der internationalen Raumentwicklung, beispielsweise im Rahmen von INTERREG, eine große Bedeutung zukommt: Unterschiedliche gesellschaftliche Normen, Regeln und Werte, Planungstraditionen und -philosophien, Planungssysteme und -prozesse sowie unterschiedliche Entscheidungs-, Management- und Arbeitsstrukturen erschweren die Realisierung grenzüberschreitender, transnationaler und interregionaler Kooperation.

Neben einem eher theoretischen Zugang zu kultureller Diversität und Planungskulturen ist vorgesehen, dass 25 INTERREG-Projekte in einem „cross-cultural approach“ analysiert werden. Von besonderem Interesse sind dabei Projekte, die aufgrund ihrer thematischen Ausrichtung unterschiedliche Planungskulturen, -traditionen und -philosophien erwarten lassen. Suchfelder sind z. B. regionale Entwicklungskonzepte, nachhaltige Siedlungsentwicklung, Infrastrukturplanung, Wirtschaftsförderung, Tourismusentwicklung und Küstenschutz.

Weitere Informationen: Prof. Dr.-Ing. Jörg Knieling und Dipl.-Ing. Frank Othengrafen, HafenCity Universität Hamburg, Institut für Stadt-, Regional- und Umweltplanung, Tel. 040/42878 - 3298, E-Mail: othengrafen@tu-harburg.de

Erstes Online-Raumordnungsverfahren in Deutschland

Am 25. April 2006 wurde zum ersten Mal in Deutschland die gesetzlich vorgeschriebene Beteiligung für ein Raumordnungsverfahren im Internet gestartet. Es handelt sich dabei um eines der größten aktuellen Autobahn-Neubauprojekte in Deutschland: die A 39 von Lüneburg nach Wolfsburg.

Mit Hilfe einer speziellen Software können die Beteiligten ihre Stellungnahmen zu einem Raumordnungsverfahren vollständig internetgestützt erstellen und der Genehmigungsbehörde übermitteln. Die sehr umfangreichen Planungsunterlagen (ca. 3.500 Seiten Text und etwa 350 großformatige Karten, in analoger Form 33 Aktenordner füllend) können alle direkt im Internet mit Hilfe eines MapServers eingesehen werden. Durch die komfortable Internetpräsentation konnte rund ein Drittel der sonst üblichen Vervielfältigungskosten eingespart werden.

Im Gegensatz zu anderen internetbasierten Verfahren können in diesem Fall Stellungnahmen direkt in die Original-Karten und -Texte eingezeichnet bzw. geschrieben werden. Sie werden in einer Internet-Datenbank abgespeichert. So kann auch die Weiterverarbeitung im Rahmen der Abwägung zeitsparend direkt in der Datenbank erfolgen. Dies vereinfacht das Raumordnungsverfahren für die Genehmigungsbehörde und den Vorhabenträger erheblich.

Weitere Informationen gibt es unter <http://www.entera.de/beteiligung.phtml>.

RAUMFORSCHUNG UND RAUMORDNUNG

1/2006

Wissenschaftliche Beiträge

■ Stefan Greiving

Das raumordnerische Konzept der Städteverbünde und seine Umsetzung in der landesplanerischen Praxis

■ Hans Kramar

Economic convergence on different spatial levels: the conflict between cohesion and growth

■ Kenji Yamamoto

The Industrial Cluster Plan of the Japanese government and the realities of regional economies in Japan

Berichte aus Forschung und Praxis

■ Harald Rosenbaum

Das DART-Projekt. Eine Initiative zur Zusammenarbeit europäischer, ländlich geprägter Regionen mit Regionalflughäfen

■ Jürgen Gödecke-Stellmann

European Urban Knowledge Network – EUKN

■ Hans-Peter Gatzweiler und Klaus Mensing

Innovative Projekte zur Regionalentwicklung. Ein MORO-Projekt trägt erste Früchte

ISSN 0034-0111

Bestellungen an

Carl Heymanns Verlag KG

Luxemburger Str. 449, 50939 Köln

Tel.: (02 21) 94 37 30, Fax: (02 21) 94 37 39 01

E-Mail: vertrieb@heymanns.com

Internet: www.heymanns.com

Ausschreibungen für Preise und Wettbewerbe

Welcome Centres

Die Alexander-von-Humboldt-Stiftung, die Deutsche Telekom Stiftung und der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft starten einen Wettbewerb für weltoffene Universitäten in Deutschland. Gesucht werden Hochschulen, die mit neuen und originellen Ideen dafür sorgen, dass sich internationale Forscherinnen und Forscher in Deutschland willkommen fühlen und sich unter besten äußeren Bedingungen ganz auf ihre Arbeit konzentrieren können. Das Programm „Welcome Centres“ fördert den Aufbau von Strukturen für die Unterstützung international mobiler Forscher und ihrer Familien an Universitäten. Es soll die Gewinner in die Lage versetzen, neue Ideen kreativ zu verwirklichen, bestehende Konzepte zu optimieren und nachhaltige Strukturen an den Universitäten aufzubauen.

Die drei Universitäten mit den besten Konzepten werden als „Welcome Centre für international mobile Forscher“ ausgezeichnet und erhalten jeweils bis zu 125.000 Euro zur Verwirklichung ihrer Ideen. Bewerbungen sind bis zum 21. Juli 2006 möglich. Weitere Informationen sind auf der Website www.welcome-centres.de erhältlich.

Zukunftsfähige Raum- und Regionalentwicklung in Niedersachsen

Zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses im Bereich der Raumentwicklung lobt die Niedersächsische Akademie Ländlicher Raum e.V. (ALR) den ALR-Hochschulpreis 2006 aus. Der Wettbewerb fordert dazu auf, sich innovativ mit der Situation der Raum- und Regionalentwicklung in Niedersachsen auseinander zu setzen und Vorschläge für eine zukunftsfähige Planung zu entwickeln. Die Wettbewerbsbeiträge sollen sich mit Bezug auf das Leitbild der Nachhaltigkeit mit einer der folgenden Themenstellungen beschäftigen: Kommunal- und Regionalentwicklung, Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft, Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien, regenerative Energien, technische Infrastruktur, soziale Infrastruktur, Kultur, demographischer Wandel, Umweltschutz, Natur und Landschaft.

Der Preis ist mit insgesamt 2.500 Euro dotiert. Vorgesehen ist die Vergabe eines ersten Preises (1.200 Euro), eines zweiten Preises (800 Euro) und eines dritten Preises (500 Euro). Die Preise werden im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung der ALR überreicht.

Teilnehmen können Studierende sowie Absolventinnen und Absolventen der Raumwissenschaften, Stadt-, Regional- und Landesplanung, Landschaftsplanung, Umweltwis-

senschaften, Verkehrswissenschaft, Geographie, Sozialwissenschaften sowie verwandter Studiengänge. Das Höchstalter beträgt 35 Jahre zum Zeitpunkt der Abgabe. Die Wettbewerbsbeiträge müssen bis zum 31. August 2006 an die Geschäftsstelle der ALR, c/o KoRiS, Vahrenwalder Straße 7, 30165 Hannover abgeschickt werden (Datum des Poststempels). Die Teilnahmebedingungen sind in der Geschäftsstelle der ALR erhältlich (Tel. 0511/9357-150, E-Mail: alr@koris-hannover.de).

Stadt der Wissenschaft 2008

Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft sucht im Jahr 2008 zum vierten Mal Deutschlands „Stadt der Wissenschaft“. Mit seinem Wettbewerb möchte der Stifterverband Städte dazu ermutigen, ihre Potenziale in Wissenschaft, Forschung und Technologie optimal auszuschöpfen, die regionale Öffentlichkeit für Wissenschaft zu begeistern und vielfältige fruchtbare Kontakte zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Kommunalverwaltung zu stärken oder neu zu schaffen. Die Städte sollen erkennen, dass sich Wissenschaft als Motor für die Stadtentwicklung nutzen lässt und daher eine aktive Rolle in ihrem ureigenen Interesse liegt. Die bisherigen Siegerstädte (Bremen/Bremerhaven 2005, Dresden 2006 und Braunschweig 2007) wussten im Bewerbungsverfahren durch neue Verbindungen zwischen den städtischen Kreisen, kreative Ideen, Begeisterung und nachhaltige Kontakte zwischen den Projektpartnern zu überzeugen.

Der Stifterverband zeichnet den Sieger des Wettbewerbs mit einem Preisgeld in Höhe von 125.000 Euro aus. Als Anreiz für weitere Förderer kann ein Zuschuss in Höhe von 25 % (maximal 125.000 Euro) auf eingeworbene Spenden oder Sponsorengelder zugesagt werden.

Wettbewerbsbeiträge werden bis zum 31. Oktober 2006 erbeten. Informationen zum Wettbewerb und zur Ausschreibung findet man unter www.stadt-der-wissenschaft.de.

Werner-Ernst-Preis 2007

Der Werner-Ernst-Preis des Förderkreises für Raum- und Umweltforschung e.V. (FRU) wird in Kürze für das Jahr 2007 ausgeschrieben. Das vorläufige Arbeitsthema lautet „Metropolregionen und territoriale Kohäsion“. Nähere Information siehe unter der Rubrik FRU in diesem Heft.

Neue Veröffentlichungen aus anderen Verlagen

In der Reihe „**Schriften zur Raumordnung und Landesplanung**“ sind vier neue Bände herausgegeben worden:

Möglichkeiten einer Stadtentwicklungsmesse im Rahmen der Leipziger Messe

Auslöser der 2005 als Band 18 veröffentlichten Arbeit von Katharina Franke war die durch Besucher und Anbieter von Baufachmessen angeregte Idee der Messe Leipzig zur Kreation einer Stadtentwicklungsmesse. Vor dem Hintergrund der aktuellen Situation im Bereich Stadtentwicklung und der in diesen Segmenten aktuell angebotenen Messeveranstaltungen erschien eine wissenschaftliche Betrachtung zu den Möglichkeiten einer Stadtentwicklungsmesse sinnvoll.

Grundlage der Untersuchung sind Expertenmeinungen aus dem Messewesen sowie aus unterschiedlichen Bereichen der Stadtentwicklung in Deutschland zum Bedarf einer solchen Messe sowie die Erfassung potenzieller Zielgruppen auf Anbieter- und Nachfragerseite. Darauf aufbauend wird eine mögliche inhaltliche Konzeption entwickelt. Sie enthält insbesondere vorstellbare Ziele, Exponate, Präsentationsmöglichkeiten, Inhalte und Themenfelder einer Messeveranstaltung für Stadtentwicklung. Daneben werden weitere Veranstaltungsmerkmale wie Marktreichweite, Messecharakter und Kooperationspartner erörtert. Der letzte Schritt der Untersuchung hinterfragt eine Realisierung im Rahmen der Leipziger Messe (ISBN 3-933103-96-7).

Der ländliche Grenzraum als Verflechtungsraum?

Perspektiven einer grenzüberschreitenden, nachhaltigen Entwicklung in den Gemeinden Philippsreut (D) und Strá•ný (CZ)

Im Rahmen der 2005 als Band 19 veröffentlichten Arbeit von Melanie Hoffarth wird der Frage nachgegangen, inwieweit der ländliche Grenzraum heute als Verflechtungsraum zu verstehen ist, von dem Impulse für eine Überbrückung von Unterschieden und eine größere Annäherung zwischen Nachbarn ausgehen. Es werden Herausforderungen bei der Gestaltung einer grenzüberschreitenden, nachhaltigen Raumentwicklung auf der lokalen Ebene bzw. im individuellen Bereich aufgegriffen und Möglichkeiten zur besseren Ausnutzung von Stärken dargestellt.

Philippsreut und Strá•ný sind zwei kleine Gemeinden im ländlich geprägten Raum, die unmittelbar an der bayerisch-tschechischen Grenze liegen. An diesen Gemeinden ist erarbeitet worden, welche sozialen und wirtschaftlich-infrastrukturellen Faktoren Einfluss auf eine mögliche interkommunale-

Zusammenarbeit haben und wie hoch die Akzeptanz einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Bevölkerung ist. Abschließend beschreiben zwei Szenarien, wie die Situation der Gemeinden im Jahr 2025 aussehen könnte und welche Faktoren eine vertiefte Zusammenarbeit der Gemeinden beeinflussen (ISBN 3-933103-97-5).

Raumordnerische Aspekte des teilräumlichen Wettbewerbs in Bayern

Die angespannte Haushaltslage, zunehmende Deregulierung, die Wirkungen des fortschreitenden demographischen Wandels und der Wandel des Staatsverständnisses führen zu einer zunehmenden Verschärfung des Wettbewerbs zwischen Räumen. Die positiven Aspekte des Wettbewerbsprinzips sind gewollt, unbestreitbar kommt ihm jedoch insbesondere aus sozialer Sicht auch eine gewisse Ambivalenz zu. Was aus wettbewerbstheoretischer Sicht marktwirtschaftlich sinnvoll ist, kann unter sozialen und räumlichen Gesichtspunkten nicht erwünscht sein. Diese Problematik fordert naheliegenderweise besonders die Raumordnung heraus, die sich jedenfalls im Sinne der wertgleichen Lebensbedingungen jeden Teilraum des Landes zum Anliegen macht und für die es unter den ihr anvertrauten Räumen keine Gewinner und Verlierer geben darf.

In der Regional- und Raumordnungspolitik zeigt sich zunehmend eine Tendenz zur Infragestellung des vorherrschenden Grundsatzes der gleichwertigen Lebensbedingungen, der einen Ausgleich zwischen wohlhabenderen und schwächeren Regionen fordert. Dieses Ausgleichsprinzip läuft Gefahr, von Konzentrationsstrategien in den Hintergrund gedrängt zu werden und führt dazu, dass mit Blick auf das Wachstumsziel nicht die weniger entwickelten Regionen gefördert werden, sondern die Regionen, deren Wachstumschancen am größten erscheinen. Damit wird die Förderung auf Wachstumspole und Wirtschaftskluster konzentriert, die als maßgebliche Träger von Innovation und wirtschaftlicher Entwicklung gelten. Schwache Räume würden demnach als Verlierer des teilräumlichen Wettbewerbs gleichsam aufgegeben werden. Bayern steht exemplarisch für die generelle Situation von Teilräumen.

Diese Zusammenhänge greift die 2006 als Band 21 veröffentlichte Arbeit von Christiane A. Schmidt auf (ISBN 3-933103-99-1).

Versuch einer raumplanerischen Leitphilosophie für die mittel- und osteuropäischen Staaten

Die politische Wende in den mittel- und osteuropäischen Staaten führte neben grundlegenden Umgestaltungen im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben auch zu um-

fassenden Veränderungen der Raumstruktur. Neue Muster regionaler Disparitäten bildeten sich heraus und verstärkten sich aufgrund einer Neueinteilung der Siedlungshierarchie unter Aspekten der Chancenwahrnehmung im internationalen Wettbewerb und der ökonomischen Nutzbarmachung der Dienstleistungsgesellschaft. Diese Prozesse warfen in den betroffenen Staaten in jüngster Zeit verstärkt die Frage nach geeigneten Vorgehensweisen zur Bewältigung der strukturellen Situation auf.

Raumentwicklung und Regionalpolitik gehören deshalb zu den politischen Handlungsfeldern in diesen Staaten, die derzeit in besonderem Maße durch Umstrukturierung und Aufbruch geprägt erscheinen. Einen wesentlichen Aspekt dabei betrifft die Diskussion nationaler Raumentwicklungsphilosophien und -strategien, die zahlreichen endogenen und exogenen Einflüssen unterliegt. Maßgeblich wirkt dabei der starke Einfluss der sektoralen Strukturförderpolitik der Europäischen Union, die häufig als einzig akzeptiertes und damit auch praktiziertes Entwicklungsprinzip zum Einsatz kommt.

Die 2006 als Band 22 herausgegebene Arbeit von Antonia Leitz untersucht die Möglichkeiten, wie mit der momentanen strukturellen Situation vor dem Hintergrund der speziellen Gegebenheiten und Bedürfnisse der mittel- und osteuropäischen Staaten konstruktiv, zukünftig ordnend und entwickelnd umzugehen ist. Maßgebliches Instrument hierfür stellt die Diskussion einer geeigneten übergeordneten raumplanerischen Leitphilosophie dar, ohne die der Abbau der zum Teil erheblichen regionalen Disparitäten nicht möglich erscheint (ISBN 3-937006-00-1).



Zur politischen Soziologie der Stadt

Stadt- und Stadtteilanalysen in Hannover

Mit diesem von Michael Vester, Heiko Geiling und Andrea Lange-Vester 2006 herausgegebenen Buch werden Fragestellungen, Methoden und Ergebnisse der seit Ende der 1990er Jahre durchgeführten Analysen hannoverscher Stadtteile zusammengefasst. Die Analysen schließen an das in Hannover entwickelte Konzept der sozialstrukturellen Milieuforschung an. Es ist darauf ausgerichtet, auf Probleme sozialer Integration aufmerksam zu machen, wachsende soziale Ungleichheiten in den Blick zu nehmen und akteursorientiert aus den jeweiligen Ressourcen der beteiligten Menschen heraus zu Problemlösungen beizutragen (ISBN 3-8258-6254-2).

Stadtmanagement

Strategien zur Modernisierung der Stadt(-Region)

Stadtmanagement – ein Modewort oder neue Qualitäten für die Stadtentwicklung? Auf der Suche nach Lösungen für aktuelle Herausforderungen in der Stadt(-Region) haben

zuletzt verschiedene Aspekte an Bedeutung gewonnen: Lebensqualität als qualitativer Anspruch, strategische Steuerung, ressortübergreifendes Handeln, Umsetzungs- und Prozessorientierung, Akteurs-Kooperation, Kommunikation, Planung durch Projekte sowie die stadtregionale Handlungsebene. Finden sich hier die Kennzeichen für ein Stadtmanagement? Was sind neue Qualitäten, die mit Stadtmanagement verbunden sein können? Wo liegen Unterschiede zu Stadtplanung und Stadtentwicklung? Auf welchen Handlungsebenen und in welchen Handlungsfeldern lassen sich Veränderungen erkennen?

Diesen Fragen nähert sich der von Heidi Sinning 2005 herausgegebene Sammelband. Über 40 Autorinnen und Autoren setzen sich auseinander mit veränderten Anforderungen an Stadt, mit ausgewählten Handlungsfeldern, mit verschiedenen Handlungsebenen und mit Instrumenten eines Stadtmanagements. Sie diskutieren Perspektiven von Berufspraxis und Ausbildung in Bezug auf Stadtmanagement (ISBN 3-929797-96-8).

Virtuelle Planungskommunikation

Perspektiven für zielgruppen-gerechte Ansprache

Viele Kommunen verfügen mittlerweile über Erfahrungen im Einsatz online-gestützter Informations- und Beteiligungsangebote in der Stadt-, Regional- und Verkehrsplanung. Zahlreiche Studien belegen aber: Die Internetangebote sind in der Regel nicht ausreichend auf die Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer abgestimmt. Welche Anforderungen stellt eine zielgruppengerechte Ansprache via Internet in der Planung? Welche Perspektiven eröffnen sich in diesem Feld? Der von Heidi Sinning 2005 herausgegebene Band bietet aktuelle Antworten und Lösungsansätze aus der Sicht von Wissenschaft und Praxis (ISBN 3-8811-908-X).

Philosophy of Agricultural Science

A Japanese Perspective

A leading philosopher of agricultural science in Japan, Professor Osamu Soda, is currently President of Fukui Prefectural University. For many years, he taught at his alma mater, Kyoto University, where he is now Emeritus Professor. Soda has been heavily involved in the policy-making process of Japanese agriculture, particularly in the formulation of the Basic Law of Food, Agriculture and Rural Communities. His publications include the Combination of City and Country and Deliberating on Rice (both in Japanese).

This book is based on philosophical thinking about the experiences of Japanese agriculture and small-farming areas in Asia. Soda has detailed his thoughts in the hope that those who inhabit the large-farming areas in other parts of the world might better understand and empathize with the differences. It's the modest hope of the author that this book contributes to the proper and fair development of contemporary agriculture in the world and to the future of agricultural science (ISBN 1-876843-30-6).

Stadtumbau West

Im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung haben das BBR und die Forschungsagentur Stadtumbau West in Oldenburg eine aktuelle Studie zum Thema „16 Pilotstädte gestalten den Stadtumbau – Zwischenstand im ExWoSt-Forschungsfeld Stadtumbau West“ herausgegeben. In dieser dritten Broschüre zu den Pilotstädten im ExWoSt-Forschungsfeld wird eine Auswertung der Stadtumbau-Praxis der Pilotstädte bezüglich ihres konzeptionellen und prozessualen Vorgehens sowie ihrer ersten impulsgebenden Umsetzungsmaßnahmen vorgestellt. Zudem wird der Frage nachgegangen, wie die Öffentlichkeit in den Prozess des Stadtumbaus einbezogen werden kann und welche Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten für den Stadtumbau bestehen. Die Broschüre ist digital unter www.stadtumbauwest.de verfügbar.

Kommunale Einzelhandelskonzepte

Die Erarbeitung kommunaler Einzelhandels- und Zentrenkonzepte hat unter den Städten und Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. In Kombination mit baurechtlichen Maßnahmen können solche Konzepte die Grundlage für eine aktive, transparente und erfolgreiche Einzelhandelspolitik bieten. Das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS NRW) hat eine schriftliche Umfrage zu kommunalen Einzelhandels- und Zentrenkonzepten durchgeführt. Ziel der Studie ist es, einen Überblick über die vielfältigen Konzepte zur Lenkung der Einzelhandelsentwicklung zu gewinnen, bewährte Lösungen sowie innovative Ideen zu identifizieren und „gute Beispiele“ aus der Praxis zu recherchieren. Die Studie „Kommunale Einzelhandelskonzepte / Zentrale Versorgungsbereiche“ kann vom ILS NRW bezogen werden, in deren Online-Shop ist sie als pdf-Datei auch entgeltfrei erhältlich.

Sozialraumanalyse

Die Zukunft der Städte wird durch wesentliche Veränderungen der demographischen und sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen bestimmt sein. Aktuelle Szenarien der Bevölkerungsentwicklung prognostizieren für Deutschland einen Rückgang der Bevölkerung vor allem in Städten, eine rasche Zunahme des Anteils der alten Menschen sowie eine zunehmende Polarisierung von Lebensbedingungen und Lebensformen der Bevölkerung, ablesbar an einem Anwachsen der sozialen, ethnischen und demographischen Segregation. Das Gutachten „Sozialraumanalyse“, herausgegeben vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS NRW) und zwei Partnern, enthält neben Ergebnissen zum Ausmaß und zur Dynamik von Segregation anhand von Daten auch Informationen zur Wahrnehmung von Segregation in den Städten Nordrhein-Westfalens. Darüber hinaus wurden Handlungsansätze und Programme des Landes Nordrhein-Westfalen, der dortigen Kommunen und aus den Niederlanden analysiert (ISBN 3-8176-6201-7).

Veranstaltungshinweise

11. – 15. September 2006 in Überlingen

Tatort Region. Sommerakademie für Regionalmanagement, Wirtschaftsförderung und Standortmarketing

Veranstalter: Institut für Öffentliche Dienstleistungen und Tourismus (IDT) der Universität St. Gallen in Zusammenarbeit mit dem Regionalverband Bodensee-Oberschwaben, Ravensburg

Anmeldung: Universität St. Gallen, Institut für Öffentliche Dienstleistungen und Tourismus

Nicole Denk-Weder, Dufourstraße 40a, 9000 St. Gallen Schweiz

Tel. 0041-71-224-2525, Fax 0041-71-224-2536

E-Mail: nicole.denk-weder@unisg.ch

Weitere Informationen: www.idt.unisg.ch



14. September 2006 in Kassel

Regiopolen – Zwischen Metropolregionen und Peripherien. Neue Lesarten, Knoten und Raumpartnerschaften im veränderten Städtensystem

Veranstalter: Fachgebiet Stadt- und Regionalplanung (SRP) der Universität Kassel, Zweckverband Raum Kassel (ZRK) und Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)

Kontakt: Universität Kassel, Fachbereich 6 Architektur Stadtplanung Landschaftsplanung, Fachgebiet Stadt- und Regionalplanung

Dipl.-Ing. Doreen Köhler, Henschelstraße 2, 34127 Kassel

Tel. 0561-804-2401, Fax 0561-804-2390

E-Mail: dkoehler@asl.uni-kassel.de



21. – 22. September 2006 in Kassel

ExWoSt – Fachöffentliches Forum 2006 – Stadtumbau West: Die Zusammenarbeit mit Eigentümern im Städtebau

Veranstalter: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), Berlin, und Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn

Anmeldung: Forschungsagentur Stadtumbau West FORUM GmbH

Antje Rohlf, Donnerschweer Straße 4 26123 Oldenburg

Tel. 0441-98059-22, Fax 0441-98059-18

E-Mail: info@forum-oldenburg.de

Weitere Informationen: www.stadtumbauwest.de



21. – 23. September 2006 in Lüneburg

Meeting the Future – Nachwuchsforschung zum nachhaltigen Wirtschaften

Veranstalter: Centre for Sustainable Management (CSM) der Universität Lüneburg und Doktoranden-Netzwerk Nachhaltiges Wirtschaften e. V. (DNW)

Kontakt: Universität Lüneburg, Centre for Sustainable Management
Heiner Tschochohei, Scharnhorststraße 1 // Geb. 6
21335 Lüneburg
Tel. 04131-677-2522, Fax 04131-677-2186
E-Mail: dialog@meeting-the-future.de
Weitere Informationen: www.meeting-the-future.de



28. September – 1. Oktober 2006 in Hamburg

Mediation Kongress: Frischer Wind für Mediation

Veranstalter: Bundesverband Mediation e. V. (BM), Kassel
Anmeldung: Dr. Detlev Berning, Hohenzollernstraße 34,
30161 Hannover, Tel. 0177-8123926
E-Mail: anmeldung@bmkongress-2006.de
Weitere Informationen: www.bmkongress-2006.de



1. – 5. Oktober 2006 in Monte Verità, Ascona (Schweiz)

Soil Protection for Natural Resource Protection. An international and interdisciplinary Workshop

Veranstalter / Kontakt: Institut für terrestrische Ökologie (ITÖ) der ETH Zürich
Dr. Erwin Hepperle, Universitätsstraße 16, ETH Zentrum
CHN F 50.3, 8092 Zürich, Schweiz
Tel. 0041-44-632-5812, Fax 0041-44-632-1108
E-Mail: erwin.hepperle@env.ethz.ch
Weitere Informationen: www.ito.ethz.ch



4. Oktober 2006 in Berlin

Kongress zum MORO-Wettbewerb: kommKOOP – Erfolgreiche Beispiele interkommunaler Kooperationen

Veranstalter: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn, und Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), Berlin
Kontakt: adrian.mehlin.prozessnavigation
Dipl.-Ing. Uwe Krüger, Naumannstraße 4, 10829 Berlin
Tel. 030-7889-6520, Fax 030-7800-1311
E-Mail: krueger@prozessnavigation.de
Weitere Informationen: www.bbr.bund.de



10. Oktober 2006 in Hildesheim

4. Hildesheimer Forum zum anlagenbezogenen Gewässerschutz

Veranstalter / Anmeldung: Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN), Betriebsstelle Hannover-Hildesheim
Karl-Hermann Falkenberg, An der Scharlake 39
31135 Hildesheim
Tel. 05121-509-144, Fax 05121-509-198
E-Mail: karl-hermann.falkenberg@nlwkn-hi.niedersachsen.de
Weitere Informationen: www.nlwkn.niedersachsen.de

11. Oktober 2006 in Hildesheim

11. Grundwasserworkshop der niedersächsischen Wasserwirtschaftsverwaltung

Veranstalter / Anmeldung: Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN)
Betriebsstelle Hannover-Hildesheim
Gerhard Voges, An der Scharlake 39, 31135 Hildesheim
Tel. 05121-509-159, Fax 05121-509-198
E-Mail: gerhard.voges@nlwkn-hi.niedersachsen.de
Weitere Informationen: www.nlwkn.niedersachsen.de



23. – 25. Oktober 2006 in Leipzig

euregia 2006 – Fachmesse und Kongress: Standort- und Regionalentwicklung in Europa

Veranstalter / Kontakt: Leipziger Messe GmbH, Messe-Team
Projektleiterin Ulrike Lange, Messe-Allee 1, 04356 Leipzig
Tel. 0341-678-8263, Fax 0341-678-8064
E-Mail: u.lange@leipziger-messe.de
Weitere Informationen: www.euregia-leipzig.de



13. – 14. November 2006 in Dresden

NatureProtection: GIS. International Symposium on Geoinformatics in European Nature Protection Regions

Veranstalter: Institut für Photogrammetrie und Fernerkundung der Technischen Universität Dresden und Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e. V. (IÖR), Dresden

Kontakt: Technische Universität Dresden, Institut für Photogrammetrie und Fernerkundung
Professur für Fernerkundung, Prof. Dr. Elmar Csaplovics,
Helmholtzstraße 10, 01069 Dresden
Tel. 0351-463-33372, Fax 0351-463-37266
E-Mail: NatureProtection-GIS@gmx.de
Weitere Informationen: www.natureprotection-gis.de



23. November 2006 in Halle / Saale

Halle Forum on Urban Economic Growth

Veranstalter / Kontakt: Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Abt. Stadtökonomik
Prof. Dr. Martin T. W. Rosenfeld / Dr. Kerstin Wagner,
Kleine Märkerstraße 8, 06108 Halle / Saale
Tel. 0345-7753-781, Fax 0345-7753-820
E-Mail: kerstin.wagner@iwh-halle.de
Weitere Informationen: www.iwh-halle.de



23. – 25. November 2006 in Tangermünde

Strategies and Instruments for Improving Flood Prevention

Veranstalter / Kontakt: Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), Institut für Wasserwirtschaft und Ökotechnologie(IWO)
Andreas Koch (M. Eng.), Breitscheidstraße 2
39114 Magdeburg
Tel. 0391-886-4654, Fax 0391-886-4415
E-Mail: conference2006@iwo.hs-magdeburg.de
Weitere Informationen: www.iwo.hs-magdeburg.de



Zusammenarbeit der vier raumwissenschaftlichen Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft

ARL - IfL - IÖR - IRS

Zahlreiche 4R-Projekte auf den Weg gebracht

Die Leiter der vier raumwissenschaftlichen Einrichtungen (4R) der Leibniz-Gemeinschaft sowie die jeweils für Öffentlichkeitsarbeit Zuständigen trafen sich am 7. April 2006 in Leipzig zum ersten Mal in diesem Jahr. Dass diese mittlerweile zur guten Tradition gewordenen Treffen über einen Erfahrungsaustausch hinausgehen, wurde in Leipzig besonders deutlich, denn auf der Tagesordnung standen mehrere gemeinsame Projekte, die sich die vier Einrichtungen vorgenommen haben.

Demographischer Wandel

Im Mittelpunkt der Beratungen stand das im Rahmen des Paktes für Forschung und Innovation der Leibniz-Gemeinschaft geförderte Vorhaben „Demographischer Wandel – Komplexität als Herausforderung für die Stadt- und Regionalentwicklung“, an dem alle vier Häuser sowie die Technische Universität Dresden beteiligt sind. Ein wichtiger Bestandteil des Projektes sind sieben Promotionsstipendien, die im März zur öffentlichen Ausschreibung gelangten. Sieben junge Absolventinnen und Absolventen, die zwischenzeitlich ausgewählt wurden, untersuchen in interdisziplinärer Weise unterschiedliche räumliche Facetten des demographischen Wandels, so beispielsweise Fragen der Anpassung sozialer Infrastruktur oder Strategien von Wohnungsanbietern bei veränderter und rückläufiger Nachfrage nach Wohnraum. Das Projekt unter der Federführung des Leibniz-Instituts für ökologische Raumentwicklung (IÖR) ist durchaus ambitioniert und beinhaltet eine Reihe von Workshops, Sommerschulen für die Stipendiaten und größere Veranstaltungen zum Thema des demographischen Wandels. So wird im ersten Quartal des kommenden Jahres die ARL einen internationalen Fachkongress im Rahmen des Paktprojektes ausrichten, für den die Vorbereitungen angelaufen sind. Mit der gebündelten Kompetenz der fünf Projektpartner im Bereich der räumlichen Konsequenzen des demographischen Wandels sind somit günstige Voraussetzungen für eine umfassende und effiziente Bearbeitung des gesellschaftspolitisch und planerisch hoch relevanten Themas gegeben. Die beteiligten Einrichtungen können auf wertvollen Erkenntnissen, insbesondere im Rahmen von Vorhaben der ARL, aufbauen.

4R-Kolloquium 2007 und Kulturlandschaften

Am 1. Februar 2007 wird zum zweiten Mal das 4R-Kolloquium in Berlin stattfinden. Das erste befasste sich im Februar 2005 mit den bisherigen Aufbauleistungen in Ostdeutschland seit der Wiedervereinigung und beleuchtete die weiteren Perspektiven der neuen Länder. Im kommenden Jahr wird es um die Frage der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ gehen – ein Thema, das ebenfalls eine hohe politische Aktualität und Brisanz besitzt und insbesondere auch im politischen Umfeld auf großes Interesse stoßen dürfte. Auch hier zeigt sich, dass die 4R-Einrichtungen viel Kompetenz zu diesem Thema vorweisen können, die im Rahmen einer Kooperationsveranstaltung besonders zur Geltung kommt. Wie bereits 2005, soll wiederum ein prominenter Politiker als Key-Note-Speaker gewonnen werden. Nachdem der 4R-Arbeitskreis zum Thema Kulturlandschaften vor kurzem seine Arbeiten erfolgreich beendet hat, ist ein neuer gemeinsamer Arbeitskreis hierzu ins Leben gerufen worden, denn das Thema konnte im Rahmen des ersten Gremiums nicht erschöpfend behandelt werden. Zahlreiche offene Forschungsfragen, vor allem im Schnittpunkt der Kulturlandschaftsentwicklung und -bewahrung und der Raumplanung bedürfen einer weiteren vertiefenden Bearbeitung – eine Herausforderung, der sich die ARL gern stellt, da in ihrem Netzwerk hervorragende Expertinnen und Experten hinzugezogen werden können.

Gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit

Schließlich wurde bei diesem Treffen eine Reihe von Vorhaben der gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit auf den Weg gebracht. Die 4R-Einrichtungen beteiligten sich beispielsweise beim Parlamentarischen Abend der Leibniz-Gemeinschaft in Berlin, der Ende Mai unter dem Thema „Wasser – ein Meer von Forschungsthemen“ stattfand. Die Teilnahme an der Messe „Euregia 2006“ in Leipzig wurde ebenso beschlossen wie die Anschaffung einer großen modernen Stellwand für gemeinsame Präsentationen. Die im Sekretariat der ARL erarbeitete 4R-Website stößt auf großen Anklang und soll weiter ausgebaut werden. Kurzum – die 4R-Einrichtungen sind auf dem besten Weg, durch Bündelung ihrer Kompetenzen, arbeitsteiliges effizientes Vorgehen und strategisches Planen Gemeinsames und Verbindendes auszubauen, um damit die raumwissenschaftliche Forschung in Deutschland weiter zu profilieren.

Andreas Klee, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 39
E-Mail: Klee@ARL-net.de

Treffen der 9 raumwissenschaftlichen Einrichtungen

Es gehört mittlerweile zur guten Tradition: das jährliche Treffen der Leiter von neun raumwissenschaftlichen Einrichtungen in Deutschland, neben den 4R-Einrichtungen das Deutsche Institut für Urbanistik in Berlin, das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes NRW in Dortmund, das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung in Bonn, das Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa Halle sowie das Umweltforschungs-

zentrum Leipzig. In diesem Jahr kam man in Leipzig zusammen, um Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Vorhaben zu besprechen.

stern Maße relevant. Hinsichtlich der effizienten Vorbereitung und des Ablaufs der Evaluierung können die Häuser voneinander lernen. Darüber hinaus stellt sich bei vielen die Frage, wie das vorhandene Wissen nach dem Ausscheiden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gehalten und nachfolgenden Kolleginnen und Kollegen zugänglich gemacht werden kann. Dies schließt auch die Frage ein, wie eine strategische Personalentwicklung aussehen kann angesichts der Tat-



Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Treffen der neun raumwissenschaftlichen Einrichtungen

Lag der Fokus der Diskussionen in den vergangenen Jahren stets bei fachlichen Themen, die in allen Häusern diskutiert werden – so beispielsweise 2005 die räumlichen Konsequenzen des demographischen Wandels –, so stellte sich beim Treffen in Leipzig heraus, dass eine Kooperation auch bei Fragen der internen Organisation und der praktischen Verwaltungsarbeit sinnvoll sein könnte. So ist das Thema der internen und externen Evaluierung für alle Einrichtungen in höch-

sache, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Rufe an Hochschulen erhalten und damit häufig Forschungsschwerpunkte nur mit zeitlichen Verzögerungen aufrecht erhalten werden können.

Die Anwesenden beschlossen die Durchführung eines Workshops, bei dem diese strategischen Fragen eingehend besprochen werden sollen. Er wird voraussichtlich im Dezember dieses Jahres stattfinden.

Andreas Klee, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 39
E-Mail: Klee@ARL-net.de

Kulturlandschaft

Neue Steuerungsformen in Planung und Politik

Am 17. März 2006 führten das Institut für Umweltplanung der Universität Hannover (IUP) und das Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS), Erkner, mit finanzieller Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) eine Tagung zum Thema „Kulturlandschaft – Neue Steuerungsformen in Planung und Politik“ im Leibnizhaus in Hannover durch.

Der ständig sich vollziehende Kulturlandschaftswandel hat europaweit ein wachsendes Interesse an dem Phänomen der Kulturlandschaft und ihrer Veränderung geweckt. Aspekte

zur Kulturlandschaftsentwicklung enthält auf europäischer Ebene das Europäische Raumentwicklungskonzept (EUREK) und die Landschaftskonvention des Europarates.

Das Bundesraumordnungsgesetz von 1998 hat mit dem Begriff „gewachsene Kulturlandschaften“ diesem Aspekt erstmals Rechnung getragen. Ein Arbeitskreis der vier raumwissenschaftlichen Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft wird in Kürze das Ergebnis zum Thema „Kulturlandschaften als Herausforderung für die Raumplanung. Verständnisse – Erfahrungen – Perspektiven“ vorlegen.

Die Tagung umfasste drei Abschnitte:

1. Annäherung an Kulturlandschaft aus drei grundlegenden Perspektiven
2. Institutionen und Governance der Kulturlandschaftsentwicklung – theoretische Zugänge und empirische Befunde
3. Praxisbeispiele regionaler Kulturlandschaftspolitik

Die rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zeigten, wie groß das Interesse an diesem aktuellen Thema ist und dass Regional Governance in Zeiten, wo die Mittel immer knapper werden, eine Unterstützung für räumliche Entwicklungen darstellen kann, wenn es gelingt, in der heimischen Bevölkerung Verständnis für kulturlandschaftliche Belange zu wecken. Je mehr die verschiedenen Ebenen zusammenarbeiten und die unterschiedlichen Akteure zusammenfinden, desto eher kann Kulturlandschaftsentwicklung und -gestaltung Erfolg haben.

ARL auf Parlamentarischem Abend der Leibniz-Gemeinschaft in Hannover

Erstmals organisierte die Leibniz-Gemeinschaft einen Parlamentarischen Abend in Niedersachsen – und die ARL war mit von der Partie. Die sechs gemeinsam von Bund und Ländern geförderten niedersächsischen Leibniz-Einrichtungen

präsentierten ausgewählte Forschungsergebnisse am 22. März 2006 in Hannover im unmittelbar an den Landtag angrenzenden Restaurant Leineschloss. Rund 120 Personen waren der Einladung der Leibniz-Gemeinschaft gefolgt, darunter 50 Landtagsabgeordnete.

Landtagspräsident Jürgen Gansäuer eröffnete die Veranstaltung und wies mit den Worten „Leibniz-

Gemeinschaft, herzlich willkommen zu Hause!“ auf die vielfältigen Beziehungen Hannovers zu Gottfried Wilhelm Leibniz hin. Ein Grußwort an die Anwesenden sprach auch der niedersächsische Wissenschaftsminister Lutz Stratmann, der sich von der Vielfalt der Forschungen und wissenschaftlichen Serviceangebote im Norden beeindruckt zeigte. Seitens der Leibniz-Gemeinschaft gab schließlich Vizepräsident Eckhard George wichtige Informationen über die niedersächsischen Leibniz-Einrichtungen. Sie haben zusammen übrigens rund 700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – das Sekretariat der ARL ist jedoch mit Abstand das kleinste Haus.

Gleichwohl konnte die ARL mit ihren aktuellen Forschungsergebnissen aus Arbeitsgruppen der Landesarbeitsgemein-

schaft für die nordwestdeutschen Länder große Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Bei ihrem Rundgang machten alle Politiker und Abgeordnete vor dem Stand der Akademie Halt und ließen sich über die räumlichen Konsequenzen des demographischen Wandels im Nordwesten sowie über das noch relativ neue Konzept der Metropolregionen informieren. Diese Themen forderten geradezu intensive Diskussionen mit den Abgeordneten heraus, die unter anderem wissen wollten, wie man denn die mit demographischen Problemen konfrontierten Landkreise und Städte unterstützen und das unumkehrbare „Schrumpfen“ offensiv angehen könne. Die Gespräche zeigten zudem, dass für die Metropolregionen in Niedersachsen noch viel Marketing betrieben werden muss, um vor allem auch Politikerinnen und Politiker abseits der großen



Stand der ARL



v.l.: Dietmar Scholich, Lutz Stratmann, Jürgen Gansäuer, Eckhard George

Städte dafür zu begeistern. In diesem Sinn war der Parlamentarische Abend in Hannover eine ausgezeichnete Gelegenheit, die raumwissenschaftliche Forschung und Beratung der ARL zu demonstrieren und viele Abgeordnete von der Wichtigkeit räumlicher und raumentwicklungspolitischer Fragestellungen zu überzeugen.

Andreas Klee, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 39
E-Mail: Klee@ARL-net.de

IRS unterstützt Museumsverbund Gerhart Hauptmann

Der in Erkner ansässige Verein zur Förderung der Gerhart-Hauptmann-Häuser wählte im April 2006 einen neuen Vorstand. Als Vorsitzender wurde Gerhard Mahnken vom Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) von der Mitgliederversammlung gewählt. Damit unterstützt das IRS den Museumsverbund Gerhart Hauptmann in Zukunft noch intensiver als bisher. Der Museumsverbund vereinigt und koordiniert die Aktivitäten von insgesamt vier Hauptmann-Museen aus Deutschland und Polen: das Gerhart-Hauptmann-Museum in Erkner (Brandenburg), das Gerhart-Hauptmann-Haus in Kloster auf Hiddensee (Mecklenburg-Vorpommern) und in Polen das Städtische Museum Gerhart-Hauptmann-Haus in Agnetendorf bei Hirschberg (Jelenia Góra – Jagniątków) sowie das Carl und Gerhart Hauptmann Haus in Schreiberhau (Szklarska Poręba). Der Museumsverbund wird von einem deutschen und einem polnischen Verein getragen. Leben und Werk Gerhart Hauptmanns werden somit durch eine interkulturelle Netzwerkarbeit neu entdeckt und in einen weiteren Kontext gestellt. Langfristiges Ziel ist es, auf der Basis literaturgeschichtlicher Entwicklungspfade die kulturtouristischen Vermarktungspotenziale dieser Häuser und Museen überregional zu befördern. Grundlage hierfür ist zunächst ein Interreg-III-A-Projekt, in dessen Laufzeit bis Mitte 2007 ein gemeinsamer Internetauftritt, ein Tourismuskonzept, eine Veröffentlichung mit dem Titel „Literarische Orte“ unter Federführung von Wolfgang de Bruyn, eine internationale Hauptmann-Konferenz und eine Dauerausstellung in Erkner realisiert werden. Weitere Informationen unter: www.gerhart-hauptmann.org

In der Villa Lassen in Erkner befindet sich seit 1987 das Gerhart-Hauptmann-Museum (Foto: Marcus Bredt).



Neues aus den Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS

Die Wissenschaftlichen Sammlungen des Leibniz-Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) konnten im Januar 2006 ihre schon recht umfangreichen Bestände zur Garten- und Landschaftsarchitektur der DDR mit den persönlichen Arbeitsmaterialien des Gartenarchitekten Hugo Namslauer (1922–1999) ergänzen. Hugo Namslauer war einer der wichtigsten und profiliertesten Vertreter der Land-

schaftsarchitektur in der DDR, hervorgegangen aus der Funcke/Lingner Schule.

Nach einem Fachstudium als Gartenbautechniker fand Namslauer 1950 eine Anstellung beim Magistrat für Groß-Berlin und wechselte kurz darauf an die Vereinigung Volkseigener Betriebe Industrieentwurf in Berlin. 1954 wurde er Mitglied des Kollektivs Buchenwald, dem außerdem Ludwig Deiters, Hans Grotewohl, Horst Kutzat, Hubert Matthes und Kurt Tausendschön angehörten. Sie entwarfen und projektierten die drei großen Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR in Buchenwald, Ravensbrück und Sachsenhausen. Unterbrochen wurde diese Tätigkeit durch einen Auslandsaufenthalt in der Volksrepublik Korea (1956/57), wo Namslauer im Arbeitsstab mehrere Sportstadien und Kulturparks realisierte. 1961 wurde er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Denkmalpflege in Berlin.

Die persönliche Sammlung ist bereits erschlossen und liegt als Findbuch vor. Sie enthält neben Archivalien und Büchern auch Planmaterial.

Kontakt im IRS: Alexander Obeth, Tel. 03362/793-124

Ländlicher Raum in der landeskundlichen Inventarisierung

Mehr als 60 Experten aus unterschiedlichen Fachdisziplinen kamen am 24. März 2006 im Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) in Leipzig zusammen, um aktuelle Kulturlandschaftsentwicklungen in Deutschland und damit verbundene Herausforderungen für die landeskundliche Bestandsaufnahme zu diskutieren. Im Mittelpunkt des zweiten Werkstattgesprächs der „Landschaften in Deutschland“ stand die Darstellung des ländlichen Raumes mit seiner Siedlungslandschaft. Veranstalter war der Wissenschaftliche Beirat der landeskundlichen Buchreihe, der im Auftrag der Reihenherausgeber, IfL und Sächsische Akademie der Wissenschaften (SAW), die Redaktion begleitet.

Der erste Themenblock war der Präsentation von Veränderungsprozessen ländlich-peripherer Kulturräume gewidmet. Ein weiterer Komplex thematisierte die Probleme bei der landeskundlichen Darstellung von archäologischen und Baudenkmälern als Teil landschaftlicher Ensembles. Referate über die Relevanz des Schutzes von naturnahen Bereichen für die Entwicklung ländlicher Räume waren Gegenstand eines abschließenden Forums.

Im Ergebnis der Veranstaltung wurde deutlich, dass die große Bandbreite genetischer und perspektivischer Ansätze bei der Erfassung und Darstellung der agraren Kulturlandschaft das bisherige Schema landeskundlicher Bestandsaufnahme vor neue Herausforderungen stellt. Zentrales Anliegen bleibt der zielgerichtete Wissenstransfer. Eine neue Aufgabe besteht in einer verstärkten Darstellung von räumlichen Prozessen. Dazu könnten andere Kriterien bei der Abgrenzung zukünftiger Bände der Reihe „Landschaften in Deutschland“ erforderlich sein. Hierüber wollen die Fachleute sich in einem der nächsten Werkstattgespräche ausführlich austauschen.

Kontakt am IfL: Lars Büttner, Tel. 0341/255-6518

Forschungsvorhaben „Nachhaltigkeitsbarometer Fläche“ abgeschlossen

Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie zielt auf eine Verminderung der Inanspruchnahme neuer Siedlungs- und Verkehrsflächen auf 30 ha pro Tag in 2020. Für die nationale Siedlungspolitik wird in diesem Zusammenhang eine Doppelstrategie quantitativ und qualitativ ausgerichteter Steuerung empfohlen. Die bisherige Diskussion mit nur einem quantitativen Indikator „Flächenverbrauch“ ist jedoch sehr pauschal und nicht ausreichend. Bundesweite Indikatoren für die Bewertung der qualitativen Veränderungen der Flächeninanspruchnahme fehlen zudem ganz.

Vor diesem Hintergrund war es Ziel des vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung geförderten Forschungsvorhabens „Nachhaltigkeitsbarometer Fläche – Regionale Schlüsselindikatoren nachhaltiger Flächennutzung für die Flächenziele im Rahmen der Fortschrittsberichte der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie“, aufbauend auf den Qualitäts- und Handlungszielen einer nachhaltigen Siedlungsflächenentwicklung regionale Schlüsselindikatoren zu entwickeln und in ausgewählten Räumen zu testen. Das Vorhaben wurde vom Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR), Dresden, in Zusammenarbeit mit dem Büro Regio GIS+Planung, Duisburg, durchgeführt.

Die Ergebnisse des Projekts liegen nunmehr vor. Vorge schlagen wird ein Set von etwa 40 Indikatoren, von denen 18 als für die nationale Nachhaltigkeitsberichterstattung besonders bedeutsame „Kernindikatoren“ kategorisiert sind. Das Indikatorensystem gliedert sich dabei in vier Bereiche – unterschieden werden Indikatoren zu Reduktionszielen, zu Schutz- und Erhaltungszielen, zu Standort- und Strukturzielen sowie zu Nutzungseffizienzzielen. Entwickelt wurde ferner ein Bilanzierungsinstrument, mit dem die Indikatoren zu einem „Nachhaltigkeitsindex“ aggregiert werden können. Unterstützt wird sowohl eine Indexbildung, die sich auf politisch gesetzte Ziele bezieht, als auch eine relationale Bewertung, die sich an einem zeitlichen Referenzzustand oder einem übergeordneten Referenzraum orientiert.

Kontakt am IÖR: Stefan Siedentop, Tel. 0351/4679-268

Handwörterbuch der Raumordnung 2005

Das vollständig neu bearbeitete „Handwörterbuch der Raumordnung“ (4. Auflage 2005) bietet auf 1364 Seiten einen umfassenden Überblick über alle wesentlichen Bereiche von Raumordnung, Raumforschung und Raumentwicklung.

Das Handwörterbuch kann über den Online-Shop der ARL (www.arl-net.de/shop) oder im Buchhandel (ISBN 3-88838-555-5) bestellt werden.



Umfangreiche Linksammlung auf der ARL-Website

Die ARL bietet in der Rubrik „Links“ ihrer Website (www.ARL-net.de) eine umfangreiche Linksammlung an. Die Themenbereiche richten sich vor allem an Personen, die sich für raumwissenschaftliche Fragen und für die Praxis räumlicher Planung interessieren.

Das Erscheinungsbild und die Inhalte der Linksammlung sind umfassend überarbeitet worden. Damit konnte die Benutzerfreundlichkeit der Seiten noch weiter verbessert werden.

Sie finden Links zu folgenden Themenbereichen:

- **Raumwissenschaftliche Einrichtungen in Deutschland und Europa**

Institutionen mit Arbeitsschwerpunkten im raumwissenschaftlichen Bereich sowie in weiteren Forschungsgebieten des ARL-Netzwerks

- **Hochschul institute in Deutschland und Europa**

Institute, Fakultäten und Fachbereiche mit raumwissenschaftlicher Orientierung an Universitäten und anderen Hochschulen

- **Behörden in Deutschland und Europa**

Behörden mit Zuständigkeit für Raumordnung und Landesplanung sowie für weitere Interessengebiete des ARL-Netzwerks (z. B. Wirtschaft, Landwirtschaft, Umwelt und Verkehr)

- **Regionalplanungsstellen in Deutschland und Europa**

Angebot des Regionalen Planungsverbandes Oberlausitz-Niederschlesien in Zusammenarbeit mit der ARL

- **Bibliotheken, Kataloge, Datenbanken, Fachverlage**

Ausgewählte Links zur Unterstützung bei der Literaturrecherche im raumwissenschaftlichen Bereich und in verwandten Fachgebieten

- **Raumwissenschaftliche Foren und Portale**

Informationssysteme und Diskussionsplattformen im raumwissenschaftlichen Bereich und in verwandten Forschungsgebieten

Fragen, Hinweise und Anregungen zur Linksammlung der ARL richten Sie bitte an:

Manja Hangebruch, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 12
E-Mail: Hangebruch@ARL-net.de

ARL Zeitschriftenschau

Als Informationsservice für die Forschung und zur Förderung des Transfers raumwissenschaftlicher Forschungsergebnisse in die Praxis wird in den ARL-Nachrichten in jedem Heft auf raumrelevante Beiträge aus national und international bedeutsamen Zeitschriften hingewiesen. Vollständigkeit wird nicht angestrebt. Autoren und Leser werden gebeten, die Redaktion auf erwähnenswerte Arbeiten aufmerksam zu machen.

Die Zeitschriftenschau ist wie folgt gegliedert:

- 1. Theoretische und methodische Grundlagen**
(Theorie der Raumentwicklung, Konzeptionen der Raumpolitik, Methodenfragen)
- 2. Raum- und Siedlungsentwicklung in Deutschland**
(alle räumlichen Ebenen einschl. der Kommunen, Raumtypenbetrachtung: Agglomerationsräume, ländliche Räume; Wohnen)
- 3. Raum- und Siedlungsentwicklung in Europa und dem sonstigen Ausland**
(alle räumlichen Ebenen einschl. der Kommunen, Raumtypenbetrachtung: Agglomerationsräume, ländliche Räume; Wohnen)
- 4. Nachhaltige Raumentwicklung**
- 5. Umwelt**
- 6. Wirtschaft**
(Öffentliche Finanzen, Arbeitsmarkt, regionale Wirtschaftspolitik, Agrarpolitik, Tourismus)
- 7. Soziales**
(Bevölkerung, Bildungspolitik, Sozialpolitik, Lebensstile etc.)
- 8. Infrastruktur**
(Verkehr, Kommunikation, Ver- und Entsorgung, Bildung etc.)
- 9. Raumbezogene Planung**
(Planung auf allen Ebenen: Raumordnung, Landes- und Regionalplanung, Stadt- und Regionalplanung, Kommunalplanung; Planungsrecht; neue Planungsformen; Arbeitsmittel der räumlichen Planung)
- 10. Grenzüberschreitende Kooperation und Planung**

Die Aufsätze werden nur einmal – nach ihrem inhaltlichen Schwerpunkt – einer dieser Rubriken zugeordnet.

1. Theoretische und methodische Grundlagen

- Bachtler, John / Wren, Colin: Evaluation of European Union Cohesion policy: Research questions and policy challenges. *Regional Studies*, vol. 40 (2006), no. 2, pp. 143-153.
- Bakker, Karen / Bridge, Gavin: Material worlds? Resource geographies and the 'matter of nature'. *Progress in Human Geography*, vol. 30 (2006), no. 1, pp. 5-27.
- Campbell, Heather / Marshall, Robert: Towards justice in planning: A reappraisal. *European Planning Studies*, vol. 14 (2006), no. 2, pp. 239-252.
- Dühr, Stefanie: Spatial policies for regional sustainable development: A comparison of graphic and textual representations in regional plans in England and Germany. *Regional Studies*, vol. 39 (2005), no. 9, pp. 1167-1182.
- Grabher, Gernot: Trading routes, bypasses, and risky intersections: mapping the travels of 'networks' between economic sociology and economic geography. *Progress in Human Geography*, vol. 30 (2006), no. 2, pp. 163-189.
- Hahne, Ulf / Glatthaar, Michael: Die großräumige Verantwortungsgemeinschaft. Eine neue Formel für den regionalen Verteilungskampf? *RaumPlanung*, H. 124 (2006), S. 5-10.
- Healey, Patsy: Relational complexity and the imaginative power of strategic spatial planning. *European Planning Studies*, vol. 14 (2006), no. 4, pp. 525-546.
- Jarass, Hans D.: Das Umweltgesetzbuch in Deutschland. *Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht*, Bd. 29 (2006), H. 1, S. 1-24.
- Mcfarlane, Colin: Transnational development networks: bringing development and postcolonial approaches into dialogue. *The Geographical Journal*, vol. 172 (2006), no. 1, pp. 35-49.
- Newman, David: The lines that continue to separate us: borders in our 'borderless' world. *Progress in Human Geography*, vol. 30 (2006), no. 2, pp. 143-161.
- Rodríguez-Pose, Andrés / Storper, Michael: Better Rules or Stronger Communities? On the Social Foundations of Institutional Change and Its Economic Effects. *Economic Geography*, vol. 82 (2006), no. 1, pp. 1-26.
- Rösler-Goy, Michael: Datenbankschutz gilt auch für Landkarten. *Kartographische Nachrichten*, Bd. 56 (2006), H. 2, S. 66-74.
- Sarzynski, Andrea / Wolmann, Harold L. / Galster, George / Hanson, Royce: Testing the conventional wisdom about land use and traffic congestion: The more we sprawl, the less we move? *Urban Studies*, vol. 43 (2006), no. 3, pp. 601-626.

Scherhorn, Gerhard: Markt und Wettbewerb unter dem Nachhaltigkeitsziel. *Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht*, Bd. 28 (2005), H. 2, S. 135-154.

Schmidt, Volker H.: Soziologische Theorie – Die Systeme der Systemtheorie. Stärken, Schwächen und ein Lösungsvorschlag. *Zeitschrift für Soziologie*, Bd. 34 (2005), H. 6, S. 406-424.

Schroeder, Richard A. / Martin, Kevin St. / Albert, Katherine E.: Political ecology in North America: Discovering the Third World within? *Geoforum*, vol. 37 (2006), no. 2, pp. 163-168.

Zimmerer, Karl S.: Cultural ecology: at the interface with political ecology – the new geographies of environmental conservation and globalization. *Progress in Human Geography*, vol. 30 (2006), no. 1, pp. 63-78.

2. Raum- und Siedlungsentwicklung in Deutschland

Breuer, Thomas / Müller-Holm, Karin: Entwicklungschancen für den ländlichen Raum: Standortfaktoren der Produktion biogener Kraftstoffe in Deutschland. *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 1-2 (2006), S. 55-65.

Deubel, Ingolf: Reform des Gemeindesteuersystems – Zurück zur kommunalen Selbstverwaltung. *Wirtschaftsdienst*, Bd. 86 (2006), H. 1, S. 37-46.

Gatzweiler, Hans-Peter / Mensing, Klaus: Innovative Projekte zur Regionalentwicklung. Ein MORO-Forschungsfeld trägt erste Früchte. *Raumforschung und Raumordnung*, Bd. 64 (2006), H. 1, S. 49-55.

Goldschmidt, Jürgen: Umdenken für den Umbau. Die neuen Stadtumbauvorschriften nach dem BauGB. *Stadt und Gemeinde Interaktiv*, Bd. 61 (2006), H. 1-2, S. 6-8.

Gruhler, Karin / Böhm, Ruth / Deilmann, Clemens: Stadtgebietsentwicklungen – Entwicklungsszenarien für Kommunen. *BundesBauBlatt*, Bd. 55 (2006), H. 2, S. 11-13.

Haaren, Christina von / Reichl, Michael: The German way to greenways and habitat networks. *Landscape and Urban Planning*, vol. 76 (2006), no. 1-4, pp. 7-22.

Haber, Wolfgang: Den ländlichen Raum neu denken. *Zukunftslandschaft. politische ökologie*, Bd. 23 (2005), H. 96, S. 55-57.

Heinemann, André W.: Notwendigkeit einer bundesstaatlichen Strategie für Haushaltsnotlagen. *Wirtschaftsdienst*, Bd. 86 (2006), H. 2, S. 112-119.

Heinz, Werner: Europa und die deutschen Städte. *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften*, Bd. 44 (2005), H. 2, S. 5-19.

Hendricks, Andreas: Einflüsse der Grundsteuer, Grunderwerbssteuer, Entfernungspauschale und Eigenheimzulage auf den Wohnbausektorsmarkt. *Flächenmanagement und Bodenordnung*, Bd. 68 (2006), H. 2, S. 82-89.

Henneke, Hans-Günter: Kreisgebietsreform und ihre verfassungsrechtlichen Grenzen. *Der Landkreis*, Bd. 76 (2006), H. 2, S. 59-62.

Konold, Werner: Den Mythos des Ursprünglichen entlarven. *Historische Kulturlandschaften. politische ökologie*, Bd. 24 (2006), H. 99, S. 25-28.

Krautzberger, Michael: Zum Stellenwert von städtebaulichen Verträgen im heutigen Städtebau. *Umwelt- und Planungsrecht*, Bd. 26 (2006), H. 1, S. 1-4.

Leindecker, Jürgen: Stadtumbau am Scheideweg. Schrumpfende Innenstädte in Ostdeutschland. *Stadt und Gemeinde Interaktiv*, Bd. 61 (2006), H. 1-2, S. 3-5.

Müller-Zick, Klaus: Mehr Stadt für weniger Menschen. Demografischer Wandel und Stadtumbau im Saarland. *Stadt und Gemeinde Interaktiv*, Bd. 61 (2006), H. 1-2, S. 9-11.

Ribbe, Lutz: Stiefkind der europäischen Landwirtschaftspolitik. *Ländliche Entwicklung. politische ökologie*, Bd. 23 (2005), H. 97-98, S. 51-53.

Rosenbaum, Harald: Das DART-Projekt. Eine Initiative zur Zusammenarbeit ländlich geprägter Regionen mit Regionalflughäfen auf europäischer Ebene. *Raumforschung und Raumordnung*, Bd. 64 (2006), H. 1, S. 41-45.

Schultz, Hans-Dietrich: Gefährliche Wahlverwandtschaften. *Volk und Raum. politische ökologie*, Bd. 23 (2005), H. 96, S. 22-24.

Strubelt, Wendelin: Großsiedlungen in Deutschland zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen Akzeptanz und Widerspruch. Ein eher persönlicher Rückblick. *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 3-4 (2006), S. 139-154.

Westphal, Uwe: Das Mühlenberger Loch ist überall. *Lokalpolitik im Standortwettbewerb. politische ökologie*, Bd. 23 (2005), H. 96, S. 72-74.

3. Raum- und Siedlungsentwicklung in Europa und dem sonstigen Ausland

Cheshire, Paul C. / Magrini, Stefano: Population growth in European cities: Weather matters – but only nationally. *Regional Studies*, vol. 40 (2006), no. 1, pp. 23-37.

Coe, Neil M. / Lee, Yong-Sook: The Strategic Localization of Transnational Retailers: The Case of Samsung-Tesco in South Korea. *Economic Geography*, vol. 82 (2006), no. 1, pp. 61-88.

Esser, Josef: Kommunen und Länder im Sog der europäischen Mehrebenenverflechtung. *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften*, Bd. 44 (2005), H. 2, S. 20-37.

Göddecke-Stellmann, Jürgen: European Urban Knowledge Network – EUKN. *Raumforschung und Raumordnung*, Bd. 64 (2006), H. 1, S. 46-48.

Hardinghaus, Matthias: Spatial Planning im Wandel – Ein Bericht aus England. *PLANERIN*, H. 1 (2006), S. 37-38.

Hobe, Stephan: Zur Stellung der Kommunen in der Europäischen Union. *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften*, Bd. 44 (2005), H. 2, S. 38-49.

Hohn, Uta / Neuer, Birgit: New urban governance: Institutional change and consequences for urban development. *European Planning Studies*, vol. 14 (2006), no. 3, pp. 291-298.

- Koch, Hannes: Luxusgut Umwelt. StadtBauwelt, Bd. 97 (2006), H. 169, S. 36-39.
- Kriszan, Michael / Iliev, Ilja / Ilieva, Margarita: Bulgarien – ein Land in der demographischen Krise. Europa Regional, Bd. 13 (2005), H. 2, S. 46-57.
- Küchler, Johannes: Chinas Stauseen: Wessen Siege, wessen Niederlagen? StadtBauwelt, Bd. 97 (2006), H. 169, S. 40-43.
- Laaser, Claus-Friedrich / Schrader, Klaus: Aufstrebende Standorte im Zentrum Europas: Die Rolle der Slowakei und der Tschechischen Republik auf dem Europäischen Binnenmarkt. Die Weltwirtschaft, H. 4 (2005), S. 449-483.
- Liebmann, Heike: Genese, Stand und Perspektiven der Großsiedlungen in Ostmitteleuropa. Informationen zur Raumentwicklung, H. 3-4 (2006), S. 215-224.
- Pincetl, Stephanie: Conservation planning in the west, problems, new strategies and entrenched obstacles. Geoforum, vol. 37 (2006), no. 2, pp. 246-255.
- Revilla Diez, Javier / Schätzl, Ludwig: Regionale Innovationspotenziale und innovative Netzwerke in Ost- und Südostasien – theoretische und methodische Anmerkungen. Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, Bd. 50 (2006), H. 1, S. 3-16.
- Stracke, Simeon: Innovationsverflechtungen zwischen lokaler Einbettung und globalen Wertschöpfungsketten. Das Beispiel des regionalen Innovationssystems Penang, Malaysia. Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, Bd. 50 (2006), H. 1, S. 44-57.
- Trapp, Christian / Baum, Sabine: Analyse der raumwirtschaftlichen Differenzierung ländlicher Räume in Bulgarien als Folge der Systemtransformation. Europa Regional, Bd. 13 (2005), H. 2, S. 58-66.
- Zapp, Kerstin: Einige gute Geschäfte auf der Ostsee. Internationales Verkehrswesen, Bd. 58 (2006), H. 4, S. 170.
- Kriese, Ulrich: Für ein Ende der Discount-Kommunen. Bodenpolitik und Siedlungsentwicklung. politische ökologie, Bd. 23 (2005), H. 97-98, S. 54-56.
- Kuhlicke, Christian / Drünkler, Daniel: Wenn Deiche weichen. Umsiedlung im Hochwasserschutz. politische ökologie, Bd. 23 (2005), H. 97-98, S. 89-92.
- Löhr, Dirk: Auf das System der Verteilung kommt es an. Handelbare Flächennutzungsrechte. politische ökologie, Bd. 23 (2005), H. 93, S. 74-76.
- Nijkamp, Peter / Oltmer, Katrin: The Regional Self-organizing Potential in Sustainable Agriculture: An Analysis of Cooperative Agreements on Nitrate Pollution in Bavaria by Means of Rough Set Methods. Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht, Bd. 28 (2005), H. 4, S. 441-468.
- Osten, Wolf U. von: Win-win-Situation am Feldesrand. Naturschützen durch Nutzung. politische ökologie, Bd. 24 (2006), H. 99, S. 42-45.
- Röchert, Ralf / Hertwig, Carsten / Kutsch, Matthias / Munro, Patricia / Sommer, Stefanie: Emotionalität als Leitbild strategischer Kommunikation – das Nationalparkzentrum Königstuhl. Natur und Landschaft, Bd. 81 (2006), H. 3, S. 138-145.
- Rode, Michael / Brink, Antje / Haaren, Christina von / Tessin, Wulf: Naturschutzorientierte Entwicklung im suburbanen Bereich am Beispiel Hannover-Kronsberg. Natur und Landschaft, Bd. 81 (2006), H. 3, S. 146-151.
- Röhr, Ulrike / Becker, Anja: Mehr als ein Feigenblatt. Geschlechtergerechte Nachhaltigkeitspolitik. politische ökologie, Bd. 23 (2005), H. 97-98, S. 61-64.
- Schaltegger, Stefan: Standortvorteil Nachhaltigkeit. Hochschulreform aus wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive. politische ökologie, Bd. 23 (2005), H. 93, S. 37-39.
- Troge, Andreas: Naturalistischer Fehlschluss. Naturwissen und nachhaltige Entwicklung. politische ökologie, Bd. 23 (2005), H. 95, S. 14-16.
- Wiersbinski, Norbert: Landschaft, die vertraute Natur. Die vierte Dimension der Nachhaltigkeit. politische ökologie, Bd. 23 (2005), H. 96, S. 10-12.

4. Nachhaltige Raumentwicklung

- Becker, Egon: Einheit in der Differenz. Von der klassischen Idee der Universität zur nachhaltigen Wissenschaft. politische ökologie, Bd. 23 (2005), H. 93, S. 18-20.
- Bizer, Kilian / Thöne, Michael: Der Weg zur grünen Konsolidierung. politische ökologie, Bd. 23 (2005), H. 97-98, S. 72-74.
- Bizer, Kilian: Ökonomische Instrumente zur Flächensteuerung. UVP-report, Bd. 19 (2005), H. 5, S. 249-252.
- Driessen, Nadja / Albrecht, Joachim / Bonn, Susanne / Bylebyl, Kathrin / Poschlod, Peter / Sander, Ulrich / Sound, Peter / Veith, Michael: Nachhaltige Entwicklung xerothermer Hanglagen am Beispiel des Mittelrheintals. Natur und Landschaft, Bd. 81 (2006), H. 3, S. 130-137.
- Frenz, Walter: Umweltschutz und EG-Wettbewerbsfreiheit vor dem Hintergrund nachhaltiger Entwicklung. Natur und Recht, Bd. 28 (2006), H. 3, S. 138-145.
- Kötter, Theo / Weigt, Dietmar: Flächen intelligent nutzen – ein marktwirtschaftlicher Ansatz für ein nachhaltiges Flächenmanagement. Flächenmanagement und Bodenordnung, Bd. 68 (2006), H. 2, S. 49-55.

5. Umwelt

- Bode, Sven: Klimaschutzziele in Deutschland – eine arithmetische Betrachtung. Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht, Bd. 28 (2005), H. 3, S. 371-382.
- Emwein, Volker / Höchtl, Franz: Wenn „Wildnis“ wahr wird ...: Einstellungen zu ungelenkter Naturentwicklung im saarländischen „Urwald vor den Toren der Stadt“. Naturschutz und Landschaftsplanung, Bd. 38 (2006), H. 1, S. 13-19.
- Illmann, Jutta / Reiter, Karin / Schäfer, Hans-Jürgen: Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben: Innovative Naturschutzideen im Praxistest. Natur und Landschaft, Bd. 81 (2006), H. 3, S. 114-121.
- Leibundgut, Christian / Kern, Franz-Josef: Wasser in Deutschland – Mangel oder Überfluss? Geographische Rundschau, Bd. 58 (2006), H. 2, S. 12-19.

Raths, Ulrike / Balzer, Sandra / Ersfeld, Marion / Euler, Uschi: Deutsche Natura-2000-Gebiete in Zahlen. *Natur und Landschaft*, Bd. 81 (2006), H. 2, S. 68-80.

Sanden, Joachim: Deutsches Umweltrecht fit für Europa machen. *Föderalismusreform. politische ökologie*, Bd. 23 (2005), H. 97-98, S. 20-22.

Shirvani, Foroud: Die Richtlinie der EG über den Handel mit Emissionszertifikaten: Rechtliche Umsetzung eines umweltökonomischen Modells. *Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht*, Bd. 28 (2005), H. 2, S. 155-192.

Ssymank, Axel / Balzer, Sandra / Ullrich, Karin: Biotopverbund und Kohärenz nach Artikel 10 der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie: Ergebnisse eines internationalen Workshops auf der Insel Vilm. *Naturschutz und Landschaftsplanung*, Bd. 38 (2006), H. 2, S. 45-49.

6. Wirtschaft

Ankele, Kathrin: Verantwortung als harter Wirtschaftsfaktor. *Corporate Social Responsibility. politische ökologie*, Bd. 23 (2005), H. 94, S. 50-52.

Arestis, Philip / Mosler, Warren: Makroökonomische Politik im Euroraum: Eine kritische Betrachtung. *WSI Mitteilungen*, Bd. 58 (2005), H. 12, S. 675-681.

Beckmann, Gisela: Regionale Potenziale ausgewählter biogener Reststoffe. *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 1-2 (2006), S. 23-33.

Brunow, Stephan / Hirte, Georg: Age structure and regional economic growth. *Jahrbuch für Regionalwissenschaft*, Bd. 26 (2006), H. 1, S. 3-23.

Cabus, Peter / Vanhaverbeke, Wim: The territoriality of the network economy and urban networks: Evidence from Flanders. *Entrepreneurship & Regional Development*, vol. 18 (2006), no. 1, pp. 25-53.

Che, Deborah: Developing ecotourism in First World, resource-dependent areas. *Geoforum*, vol. 37 (2006), no. 2, pp. 212-226.

Cvetkova, Irina: Dienstleistungen im ländlichen Raum am Beispiel der Region Pernik. *Europa Regional*, Bd. 13 (2005), H. 2, S. 67-75.

Engel, Dirk / Heneric, Oliver: Stimuliert der BioRegio-Wettbewerb die Ansiedlung neuer Biotechnologieunternehmen? Ergebnisse einer ökonometrischen Analyse. *Jahrbuch für Regionalwissenschaft*, Bd. 26 (2006), H. 1, S. 75-102.

Erling, Uwe M.: Die Einbeziehung des Luftverkehrs in den EU-Emissionshandel. *Umwelt- und Planungsrecht*, Bd. 26 (2006), H. 1, S. 5-7.

Filc, Wolfgang: Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion: Ein unvollendetes Kooperationsprojekt. *WSI Mitteilungen*, Bd. 58 (2005), H. 12, S. 667-674.

Friesecke, Frank: Business Improvement Districts – ein neuer Ansatz zur Revitalisierung innerstädtischer Geschäftszentren. *Flächenmanagement und Bodenordnung*, Bd. 68 (2006), H. 2, S. 56-65.

Glauben, Thomas / Tietje, Hendrik / Weiss, Christoph: Agriculture on the move: Exploring regional differences in farm exit

rates in Western Germany. *Jahrbuch für Regionalwissenschaft*, Bd. 26 (2006), H. 1, S. 103-118.

Gornig, Martin: Polarisierung der wirtschaftlichen Potenziale – Folgen von Tertiärisierung und Europäisierung für die Städte. *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften*, Bd. 44 (2005), H. 2, S. 50-63.

Henneke, Hans-Günter: Neuordnung der bundesstaatlichen Finanzverantwortung durch die Föderalismusreform. *Der Landkreis*, Bd. 76 (2006), H. 3, S. 124-125.

James, Al: Demystifying the role of culture in innovative regional economies. *Regional Studies*, vol. 39 (2005), no. 9, pp. 1197-1216.

Klobes, Frank: Clustermobilität: Flexibilität trotz lokaler Bindungen. *WSI Mitteilungen*, Bd. 59 (2006), H. 1, S. 35-40.

Kramar, Hans: Economic convergence on different spatial levels: the conflict between cohesion and growth. *Raumforschung und Raumordnung*, Bd. 64 (2006), H. 1, S. 18-27.

Krautkremer, Bernd / Hoffstede, Uwe: Systemtechnische Überlegungen zur Entwicklung der Biogastechnologie im ländlichen Raum. *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 1-2 (2006), S. 35-41.

Kromphardt, Jürgen: Die Reform des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts – Aufweichung oder sinnvollere Ausgestaltung? *WSI Mitteilungen*, Bd. 58 (2005), H. 12, S. 688-693.

Lübke, Volkmar: Wenn das Echo ausbleibt. Kampagnen für nachhaltigen Konsum. *politische ökologie*, Bd. 23 (2005), H. 94, S. 47-49.

Mähring, Matthias: Externe Finanzkontrolle im europäischen Mehrebenensystem: Betrachtungen zu den föderativen Rahmenbedingungen im EU-Mitgliedstaat Deutschland. *Die öffentliche Verwaltung*, Bd. 59 (2006), H. 5, S. 195-204.

Meliciani, Valentina: Income and employment disparities across European regions: The role of national and spatial factors. *Regional Studies*, vol. 40 (2006), no. 1, pp. 75-91.

Michalkó, Gábor: Zusammenhang zwischen Kriminalität und Tourismus in Ungarn. *Europa Regional*, Bd. 13 (2005), H. 2, S. 76-82.

Möller, Joachim / Aldashev, Alisher: Interregional differences in labor market participation. *Jahrbuch für Regionalwissenschaft*, Bd. 26 (2006), H. 1, S. 25-50.

Müller, Edda: Die Macht der Nachfrage. Verbraucherlobby als zivile Kraft. *politische ökologie*, Bd. 23 (2005), H. 94, S. 20-22.

Rave, Tilmann: Zur Reform der Subventionspolitik unter Umweltgesichtspunkten. *Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht*, Bd. 28 (2005), H. 4, S. 409-440.

Rizov, Marian: Rural development perspectives in enlarging Europe: The implications of CAP reforms and agricultural transition in accession countries. *European Planning Studies*, vol. 14 (2006), no. 2, pp. 219-238.

Schwarzbach, Sirko / Schneier, Carola / Kühnau, Christina: Die zukünftige Förderung des ländlichen Raums. *Naturschutz im Rahmen der ELER-Verordnung für den Zeitraum 2007 bis 2013. Naturschutz und Landschaftsplanung*, Bd. 37 (2005), H. 12, S. 383.

Strotmann, Harald: Zur Gründungs- und Schließungsdynamik im verarbeitenden Gewerbe: Erkenntnisse aus Betriebspanel-daten der Industriestatistik in Baden-Württemberg. *Schmollers Jahrbuch*, Bd. 125 (2005), H. 4, S. 451-474.

Suedekum, Jens / Blien, Uwe / Ludsteck, Johannes: What has caused regional employment growth differences in Eastern Germany? *Jahrbuch für Regionalwissenschaft*, Bd. 26 (2006), H. 1, S. 51-73.

Terberger, Eva: Die Struktur des Finanzsystems und der Finanzierungszugang für kleine Unternehmen. *DIW Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung*, Bd. 74 (2005), H. 4, S. 75-91.

Winkel, Rainer: Finanzplanung zur Steuerung von Stadtentwicklung. *PLANERIN*, H. 1 (2006), S. 46-47.

Yamamoto, Kenji: The Industrial Cluster Plan of the Japanese government and the realities of regional economies in Japan. *Raumforschung und Raumordnung*, Bd. 64 (2006), H. 1, S. 28-40.

Zibell, Barbara: Expo 2000+5 – Blick zurück nach vorn. *PLANERIN*, H. 1 (2006), S. 8-11.

7. Soziales

Benton-Short, Lisa / Price, Marie D. / Friedman, Samantha: Globalization from below: the ranking of global immigrant cities. *International Journal of Urban and Regional Research*, vol. 29 (2005), no. 4, pp. 945-959.

Best, Ulrich / Strüver, Anke: Stadtviertel in Bewegung: Diskurs und Alltagsmacht in Hamburg-St. Pauli und Berlin-Kreuzberg. *Berichte zur deutschen Landeskunde*, Bd. 79 (2005), H. 4, S. 457-482.

Bock, Marco: Neues Wohnen in der Platte. *BundesBauBlatt*, Bd. 55 (2006), H. 2, S. 22-23.

Brühl, Hasso: Wohnen in der Innenstadt – ein neuer Trend? Ändern sich die Wünsche oder ändern sich die Notwendigkeiten? *Stadtforschung und Statistik*, H. 1 (2006), S. 58-61.

Heining, Jörg / Lings, Jörg: Determinanten der Verweildauer in Arbeitslosigkeit in Deutschland. *Wirtschaftsdienst*, Bd. 86 (2006), H. 3, S. 168-174.

Iwanow, Irene: Prognose der Wohnungsnachfrage. Nicht nur die Bevölkerung schrumpft, auch die Wohnungsnachfrage. *Stadtforschung und Statistik*, H. 1 (2006), S. 53-57.

Otte, Gunnar: Lebensstilforschung – Entwicklung und Test einer integrativen Typologie der Lebensführung für die Bundesrepublik Deutschland. *Zeitschrift für Soziologie*, Bd. 34 (2005), H. 6, S. 442-467.

Peter, Waltraut: Sozialreform im Vereinigten Königreich. *IW-Trends*, Bd. 32 (2005), H. 4, S. 47-59.

Phillips, Deborah: Parallel lives? Challenging discourses of British Muslim self-segregation. *Environment and Planning D: Society and Space*, vol. 24 (2006), no. 1, pp. 25-40.

Schmähl, Winfried: Knackpunkt Verteilungsgerechtigkeit. Fiskalische und politische Nachhaltigkeit in der sozialen Sicherung. *politische ökologie*, Bd. 23 (2005), H. 97-98, S. 45-47.

Sellach, Brigitte / Enders-Dräger, Uta / Libuda-Köster, Astrid: Besonderheiten der Zeitverwendung von Frauen und Männern. *Wirtschaft und Statistik*, H. 1 (2006), S. 83-95.

Young, Douglas: Still divided? Considering the future of Berlin-Marzahn. *Berichte zur deutschen Landeskunde*, Bd. 79 (2005), H. 4, S. 437-456.

8. Infrastruktur

Beckmann, Klaus J. / Chlond, Bastian / Kuhnimhof, Sebastian / Ruhren, Stefan von der / Zumkeller, Dirk: Multimodale Verkehrsmittelnutzer im Alltagsverkehr. Zukunftsperspektive für den ÖV? *Internationales Verkehrswesen*, Bd. 58 (2006), H. 4, S. 138-145.

Dose, Carsten / Wagner, Gert G.: Der Ausbau der Hochschulen muss zügig kommen. *Wirtschaftsdienst*, Bd. 86 (2006), H. 3, S. 156-162.

Gather, Matthias: Fernstraßeninfrastruktur und regionalwirtschaftliche Entwicklung – Ergebnisse aus Thüringen und ihre Übertragbarkeit. *Zeitschrift für Verkehrswissenschaft*, Bd. 76 (2005), H. 3, S. 230-248.

Hentrich, Steffen: Umwelt- und marktorientierte Fernstraßenentwicklung in Deutschland. Strategien für eine konzeptionelle Neuordnung der Bundesverkehrswegebereitstellung. *Internationales Verkehrswesen*, Bd. 58 (2006), H. 4, S. 146-150.

Kaumanns, Sven C.: Unternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs in der Konjunkturberichterstattung. *Wirtschaft und Statistik*, H. 12 (2005), S. 1283-1291.

Kemfert, Claudia: Der Strommarkt in Europa zwischen Liberalisierung und Klimaschutz – Herausforderungen für die zukünftige deutsche Energieversorgung. *Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht*, Bd. 28 (2005), H. 2, S. 243-258.

Kesselring, Sven: Pioneering mobilities: New patterns of movement and motility in a mobile world. *Environment and Planning A*, vol. 38 (2006), no. 2, pp 269-280.

Korbun, Thomas: Wissensproduktion in Zeiten der Nachhaltigkeit. *Zukunftsfähige Forschungspolitik. politische ökologie*, Bd. 23 (2005), H. 97-98, S. 26-28.

Kreutzmann, Hermann: Wasser und Entwicklung – Rohstoffverknappung, Marktinteressen und Privatisierung der Versorgung. *Geographische Rundschau*, Bd. 58 (2006), H. 2, S. 4-11.

Pullmann, Nora / Scherz, Susanne / Schuster, Bernd / Sturm, Peter: Verkehrsmanagement für Großveranstaltungen. Fußball WM 2006: Leistungskatalog in Frankfurt a. M. *Internationales Verkehrswesen*, Bd. 58 (2006), H. 1-2, S. 29-33.

Speck, Georg: Transitverkehr am Oberrhein. *Internationales Verkehrswesen*, Bd. 58 (2006), H. 4, S. 156-158.

Topp, Hartmut H.: Demografischer Wandel und Verkehr: Wirkungen und Konsequenzen. *Internationales Verkehrswesen*, Bd. 58 (2006), H. 3, S. 85-91.

Zapp, Kerstin: Wie geht es weiter mit Güterverkehr und Mobilität in Deutschland? *Internationales Verkehrswesen*, Bd. 58 (2006), H. 1-2, S. 37-42.

9. Raumbezogene Planung

- Balla, Stefan / Hartlik, Joachim / Peters, Heinz-Joachim: Verwaltungsvorschriften zum UVP-Screening: Ergebnisse des F+E-Vorhabens „Kriterien, Grundsätze und Verfahren der Vorprüfung des Einzelfalls bei der Umweltverträglichkeitsprüfung“. Naturschutz und Landschaftsplanung, Bd. 38 (2006), H. 2, S. 57-62.
- Bauer, Eva: Systeme der Wohnbauförderung. RAUM, H. 61 (2006), S. 28-30.
- Brunner, Christiane / Hotwagner, Manfred / Kopitar, Alexandra: Güssing/Südburgenland – erste energieautarke Stadt Österreichs. Informationen zur Raumentwicklung, H. 1-2 (2006), S. 93-101.
- Bunzel, Arno: Was bringt das Monitoring in der Bauleitplanung? UVP-report, Bd. 19 (2005), H. 5, S. 257-261.
- Bußwinkel, Bernhard: § 34 Abs. 3 BauGB – Beispiele aus der Praxis im Kreis Gütersloh. UVP-report, Bd. 19 (2005), H. 5, S. 228-232.
- Ehrlinger, Susanne: Stadterneuerung mit beispielhaftem Wohnungsbau. BundesBauBlatt, Bd. 55 (2006), H. 3, S. 26-28.
- Erbguth, Wilfried / Schubert, Mathias: Gesamtplanerische Steuerung von Bauvorhaben auf dem Wasser. Umwelt- und Planungsrecht, Bd. 26 (2006), H. 2, S. 51-56.
- Eschwege, Arndt von / Heidrich-Riske, Holger: Nutzung des Raumbezuges in der amtlichen Statistik. Wirtschaft und Statistik, H. 2 (2006), S. 118-135.
- Finke, Lothar: Die Integration des UVP-Gedankens in die Bauleitplanung. UVP-report, Bd. 19 (2005), H. 5, S. 221-227.
- Grandjot, René: Die Neuregelung der Umweltkompetenzen nach dem Koalitionsvertrag. Umwelt- und Planungsrecht, Bd. 26 (2006), H. 3, S. 97-100.
- Greiving, Stefan: Das raumordnerische Konzept der Städteverbünde und seine Umsetzung in der landesplanerischen Praxis. Raumforschung und Raumordnung, Bd. 64 (2006), H. 1, S. 5-17.
- Haaren, Christina von / Ott, Stefan: Die Koordination von Landschaftsplanung, Eingriffsregelung sowie Vorgaben des Biotop- und Artenschutzrechts in der Umweltprüfung von Bauleitplänen. Natur und Landschaft, Bd. 81 (2006), H. 2, S. 61-67.
- Hanisch, Jochen / Scholles, Frank: Die BauGB-Novelle – neue Herausforderungen und erste Erfahrungen. UVP-report, Bd. 19 (2005), H. 5, S. 219-220.
- Hartlik, Joachim: Umweltprüfung nach BauGB und Qualitätsmanagement. UVP-report, Bd. 19 (2005), H. 5, S. 233-236.
- Heiland, Stefan: Der Planer als Moderator: Betrachtungen über Möglichkeiten und Grenzen einer populären Forderung. Naturschutz und Landschaftsplanung, Bd. 37 (2005), H. 12, S. 357-362.
- Hemmers, Rosa: Energetische Nutzung der Biomasse – lokale und regionale Beispiele. Informationen zur Raumentwicklung, H. 1-2 (2006), S. 81-92.
- Janning, Heinz: Das neue Städtebaurecht aus kommunaler Sicht. UVP-report, Bd. 19 (2005), H. 5, S. 253-256.
- Kaspar, Michael: Vielschichtigkeit der Umweltprüfung in der Bauleitplanung – verfahrensmäßige und inhaltliche Absichtung. UVP-report, Bd. 19 (2005), H. 5, S. 242-248.
- Kist, Luca: Stadtentwicklungsplanung und Festivalisierung. PLANERIN, H. 1 (2006), S. 22-24.
- Knieling, Jörg: Metropolregion Hamburg: Auf dem Weg zu einer Metropolitan Governance? vhw Forum Wohneigentum, Bd. 7 (2006), H. 1, S. 101-106.
- Kötter, Theo: PPP-Modelle in der Baulanderschließung. Flächenmanagement und Bodenordnung, Bd. 68 (2006), H. 1, S. 17-23.
- Linke, Hans-Joachim: Public Private Partnership (PPP) bei Bauleitplanung und Bodenordnung. Flächenmanagement und Bodenordnung, Bd. 68 (2006), H. 1, S. 1-8.
- Newig, Jens: Die Öffentlichkeitsbeteiligung nach der EG-Wasserrahmenrichtlinie – Hintergründe, Anforderungen und die Umsetzung in Deutschland. Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht, Bd. 28 (2005), H. 4, S. 469-512.
- Pallagst, Karina M.: European spatial planning reloaded: Considering EU enlargement in theory and practice. European Planning Studies, vol. 14 (2006), no. 2, pp. 253-272.
- Rode, Michael / Kanning, Helga: Beiträge der räumlichen Planung zur Förderung eines natur- und raumverträglichen Ausbaus des energetischen Biomassepfades. Informationen zur Raumentwicklung, H. 1-2 (2006), S. 103-110.
- Ruland, Ricarda: Welche Zukunft hat die Platte? Rahmenbedingungen und Strategien für den Umgang mit den ostdeutschen Großsiedlungen. Informationen zur Raumentwicklung, H. 3-4 (2006), S. 169-177.
- Schiewe, Jochen: Mehrfachdarstellung raumbezogener Phänomene: Generierung aus Fernerkundungsszenen und Visualisierung. Kartographische Nachrichten, Bd. 56 (2006), H. 2, S. 82-90.
- Schültke, Norbert / Stottele, Tillmann / Schmidt, Bertrand: Die Bedeutung des Umweltberichts und seiner Untersuchungstiefe am Beispiel der Bauleitplanung der Stadt Friedrichshafen. UVP-report, Bd. 19 (2005), H. 5, S. 237-241.
- Wieser, Jörg: Windenergie und Flächennutzungsplanung: Die Ausgestaltung der restriktiven Planvorbehaltsregelung zur Standortsteuerung gemäß § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB. Naturschutz und Landschaftsplanung, Bd. 37 (2005), H. 12, S. 364-368.
- Wingenfeld, Werner: Monitoring in der Bauleitplanung – Möglichkeiten und Grenzen aus Stadtplanungssicht. UVP-report, Bd. 19 (2005), H. 5, S. 262-264.
- Wübbe, Irmela / Szaramowicz, Martin / Rößling, Holger: Digitale Eingriffs- und Kompensationskataster. Entwicklungsstand und Potenziale. Natur und Landschaft, Bd. 81 (2006), H. 2, S. 88-95.

10. Grenzüberschreitende Kooperation und Planung

- Micheel, Monika / Meyer zu Schwabedissen, Friederike: Sprache und Raum – Zu Mechanismen sprachlich-rhetorischer Raumstrukturen. Die Beispiele Leipzig und Erzgebirge. Berichte zur deutschen Landeskunde, Bd. 79 (2005), H. 4, S. 411-435.

Arbeitskreis „Infrastruktur“

Nach ersten Vorüberlegungen hat der AK „Infrastruktur“ unter der Leitung von Prof. Dr. Hans-Peter Tietz, Universität Dortmund, nunmehr seine Arbeit aufgenommen. Der Arbeitskreis hatte sich von vornherein darauf verständigt, sich auf leitungsgebundene Infrastrukturen zu konzentrieren, und hat sich in programmatischer Hinsicht auf den Titel „Zukunftsfähige Infrastruktur und Raumentwicklung – Handlungserfordernisse für Ver- und Entsorgungssysteme“ geeinigt.

In praktisch allen Bereichen der Infrastruktur ist seit langem eine erhebliche Veränderungsdynamik zu beobachten, durch die zahlreiche Fragen für die wissenschaftliche Forschung aufgeworfen werden. Erste grundlegende Erkenntnisse aus räumlicher Sicht hat für einen Sektor der Arbeitskreis „Räumliche Aspekte neuer Entwicklungen der Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland“ zusammengetragen. Daran kann angeknüpft werden (die Ergebnisse befinden sich zzt. in der Veröffentlichung). Soweit der erhebliche Veränderungs- und Anpassungsdruck durch technischen Wandel hervorgerufen wird, ist er nicht neu und in seinen Auswirkungen überschaubar. Entscheidend sind vielmehr die Auswirkungen durch teilweise massive Veränderungen in den ökonomischen Rahmenbedingungen (einschließlich der daraus seit langem resultierenden zeitlichen Verschiebungen von Anpassungs- und Erhaltungsinvestitionen), in soziokulturellen Bestimmungsgrößen im Hinblick auf gesellschaftliches Verhalten und gesellschaftliche Leitvorstellungen (von Haushaltsgrößen bis hin zu Fragen von Deregulierung, Privatisierung etc.) und nicht zuletzt in den demografischen Rahmenbedingungen, d. h. der zunehmenden individuellen und kollektiven Alterung, der „Kinderlosigkeit“ sowie der nationalen und internationalen Migration. Daraus folgt ein erheblicher Handlungsbedarf, für den es allerdings vielfach keine validen Orientierungsgrößen gibt. Entsprechend groß ist der Forschungsbedarf. Insofern ist der Arbeitskreis angesichts der begrenzten Kapazitäten gut beraten, inhaltlich und strukturell nach möglichen Synergien Ausschau zu halten.

Ausgewählte und zentrale planerische Grundsätze stellen für den Arbeitskreis eine Art Leitlinie seiner Überlegungen dar. Dazu gehört das Gemeinwohl, aus dem sich auch das nach wie vor gültige Ziel eines Abbaus von räumlichen Disparitäten ableiten lässt. Es ist selbstverständlich, dass grundlegende Aspekte der regionalen Wirtschaftsentwicklung ebenso wenig außer Acht gelassen werden können wie es gelten

muss, sozial-ökologische Aspekte in den Arbeiten zu berücksichtigen (Schonung der Ressourcen, Ressourceneffizienz, Versorgung aller privaten Haushalte und Wirtschaftsunternehmen zu vergleichbaren Bedingungen u. ä.). Das gilt besonders auch dann, wenn diese widersprüchliche Ausprägungen aufweisen und/oder gegenläufige Bewegungen daraus resultieren. Ähnliches gilt im Hinblick auf schleichende Veränderungsprozesse. Im Ergebnis lässt sich dieser Ansatz in räumlicher Hinsicht durchaus als nachhaltigkeitsorientiert bezeichnen, und er führt dann auch zu praktisch-planerischen Fragen des Abwägens. Gerade Letzteres ist im Bereich der leitungsgebundenen Infrastruktur angesichts des Fehlens einer sektoralen Fachplanung nicht ohne Brisanz.

Der Arbeitskreis hat sich bislang grob auf vier Themenblöcke für seine Untersuchungen verständigt. Dazu gehören zunächst die veränderten Rahmenbedingungen der Ver- und Entsorgung und ihre Raumbedeutsamkeit. Diese umfassen die zahlreichen technisch-organisatorischen Änderungen ebenso wie das Verbraucherverhalten, die Wirkungen des räumlichen Strukturwandels und in gravierender Weise die veränderten Steuerungsmöglichkeiten durch Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung. Der zweite Themenblock betrifft das Verhältnis der Infrastrukturplanung zur Raumplanung. Er umfasst die formalen und instrumentellen Bestimmungsgrößen und zielt in Richtung der Frage: Wie kann Infrastrukturplanung (überhaupt noch) erfolgen? Der dritte Block betrifft die Rolle, die die Infrastruktur in der Regionalentwicklung spielt. Welchen Beitrag leistet sie zur Regionalentwicklung und wie soll eine regional angepasste Infrastrukturplanung aussehen? Der vierte Themenblock schließlich soll das Verhältnis zur Umwelt beleuchten und den Beitrag erfassen, der aus infrastruktureller Sicht zur Umweltplanung bzw. Umweltpolitik geleistet werden kann. Das betrifft die Bedeutung der Ver- und Entsorgung für regionale Stoffkreisläufe und Ökosysteme sowie regionale Steuerungsansätze zur Erhöhung der Effizienz, das heißt für eine ressourcenschonende Ver- und Entsorgung.

Im Anschluss sollen die sektoralen Einzelergebnisse konsistent zusammengefügt und verdichtet werden mit dem Ziel, Schlussfolgerungen und Handlungserfordernisse für eine zukunftsfähige regionale Infrastrukturgestaltung zu erarbeiten.

Burkhard Lange, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 28
E-Mail: Lange@ARL-net.de

Europäische Perspektive: Magistrale Paris – Bratislava

Die Landesarbeitsgemeinschaften Baden-Württemberg und Bayern trafen sich am 9. und 10. März 2006 zum vierten Mal seit ihrem Bestehen zu einer gemeinsamen Sitzung, davon das dritte Mal in Ulm. Am ersten Tag befasste man sich unter der Moderation von Verbandsdirektor Dr. Stefan Köhler (BW) mit europäischen Verkehrsprojekten. Ge-

genstand des zweiten Tages, von Verbandsdirektor Christian Breu (Bayern) moderiert, waren Märktekonzepte. Mit einem dritten Block in jeweils getrennten Mitgliederversammlungen wurde die Tagung abgeschlossen.

Nach der Eröffnung durch die beiden LAG-Leiter Breu und Köhler sprachen Grußworte: Otto Sälzle, Hauptgeschäftsfüh-

rer der gastgebenden Industrie- und Handelskammer Ulm, Ivo Gönner, Oberbürgermeister der Stadt Ulm, und Julian Osswald, Verbandsdirektor der Region Donau-Iller.

Der erste Vortrag befasste sich mit der „Künftigen Entwicklung der EU-Verkehrspolitik unter besonderer Beleuchtung der Magistrale Paris – Bratislava“ und wurde von Prof. Dr. Péter Balázs, dem Koordinator der Europäischen Kommission



Péter Balázs

für die Magistrale Paris – Stuttgart – München – Bratislava, gehalten. Balázs bekleidete zuvor eine Reihe wichtiger Funktionen für Ungarn. Bevor er die Koordinationsaufgabe übernahm, war er unter anderem Botschafter in Deutschland – zunächst noch in Bonn, dann in Berlin – und später Staatssekretär in der ungarischen Regierung.

Eingangs beschrieb Balázs den Prozess der europäischen Schienenverkehrsvorhaben: Aus 14 isolierten Vor-

haben erwuchsen 1994 bis 2004 dreißig vorrangige Vorhaben, die nur ansatzweise eine Netzstruktur darstellten. Mit den seit Juli 2005 festgelegten Prioritätsvorhaben nähert man sich einer Netzstruktur, die noch nicht ganz geschlossen ist. Die fünf Vorhaben umfassen folgende Strecken:

1. Berlin – Verona – Palermo
2. Frankreich – Spanien – Portugal
3. Lyon – Budapest, über Norditalien und Slowenien
4. Paris – durch Deutschland – Bratislava
5. Warschau – Baltische Staaten – Helsinki

Zum Thema Schienenverkehr wurden drei weitere Referate vorgetragen:

- Verlagerung des Gütertransports von der Straße auf die Schiene – Lösungsmöglichkeiten durch das europäische Projekt AlpFRail (Karl Fischer, Geschäftsführer des Logistikkompetenzzentrums, Prien am Chiemsee)
- Bodan-Rail 2020 – ein Schienenverkehrskonzept für den internationalen Bodenseeraum (D-A-CH) (Ing. Christian Rankl, Amt der Vorarlberger Landesregierung – Allgemeine Wirtschaftsangelegenheiten, Bregenz)
- Der Ausbau der Bahnlinie München – Lindau – Zürich: Ist die Isar – Rhône – Schiene machbar? (Rudolf Eschau, Ministerialrat und Referatsleiter im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, München)

Der zweite Tag war mit zwei Vorträgen dem Thema Märktekonzepte gewidmet. Für die Region Donau-Iller sprach Julian Osswald, Verbandsdirektor der Region Donau-Iller, und für die Region Stuttgart Dr.-Ing. Dirk Vallée, Ltd. Techn. Direktor des Verbandes.

Während im länderübergreifenden Konzept der Region Donau-Iller das Märktekonzept gerade erarbeitet wurde und vor der Umsetzung steht, ist das Stuttgarter Konzept bereits rechtskräftig. Beiden Konzepten ist gemeinsam, dass ein drei-

zoniges System abgeleitet wurde: eine zentrenrelevante Zone, dezentrale Erweiterungsstandorte und Ausnahme von dezentraler Standorterweiterung für großflächigen Einzelhandel. Dabei geht es um neue Ansiedlungen über 700 bis 800 m² Verkaufsfläche (für die vorhandenen großflächigen Einzelhandelsmärkte gibt es Bestandsschutz).

Das Donau-Iller-Konzept hat noch eine besondere Hürde zu nehmen, da die Auffassungen über die Verbindlichkeit und Festlegung in Baden-Württemberg und Bayern unterschiedlich sind und ein Kompromiss gefunden werden muss. Immerhin übt das bestehende Konzept bereits eine gewisse Wirkung aus. Zum einen ist Vertrauen zwischen den Gemeinden gewachsen, da mehr Transparenz gegeben ist, zum anderen werden Neuanträge an dem Konzept gemessen und damit wird Meinungsbildung beeinflusst.

Die Region Stuttgart hingegen muss ihr Konzept durchsetzen bzw. erhalten. Grundlage der Standortsteuerung sind: Konzentrationsgebot (Zuordnung zum Zentrum), Kongruenzgebot (Größe muss dem Einzugsgebiet angemessen sein), Beeinträchtigungsverbot (Beeinträchtigung von Nachbarn) und Integrationsgebot (integrierte Standorte).

Volker Wille

Mitgliederversammlung der LAG Baden-Württemberg

Im Rahmen der Mitgliederversammlung der LAG Baden-Württemberg am 10. März 2006 in Ulm wurde der Nachfolger von Dr. Volker Wille, Dr. Gerhard Overbeck, vorgestellt, der die LAG von Seiten des ARL-Sekretariats als Mitglied der Lenkungsgruppe betreuen wird. Wille geht nach 29 Jahren LAG-BW-Betreuung in den Ruhestand. Er wurde am Abend des 9. März von den beiden LAG-Leitern Stefan Köhler (BW) und Christian Breu (Bayern) und den fast komplett anwesenden LAG-Mitgliedern mit herzlichem Dank für sein großes Engagement verabschiedet.

Die Arbeitsgruppe „Infrastruktur in einer mobilen Gesellschaft“ wird in Kürze ihre Arbeiten abschließen und die Arbeitsgruppe „Strategien zukünftiger Raumentwicklung in Baden-Württemberg“ hat zum ersten Mal getagt. Die Arbeitsgruppe „Grenzüberschreitende Fragen der Raumentwicklung Deutschland - Schweiz“ arbeitet an einem Konzept für ein Arbeitsprogramm. Angeregt wurde, in geeigneter Weise das Thema „Landesentwicklungsbericht Baden-Württemberg“ aufzugreifen.

Termine der nächsten LAG-Mitgliederversammlungen sind:

26./28. Oktober 2006 in Mannheim zum Thema „Energiekonzepte“

22./23. März 2007 voraussichtlich im Baseler Raum

8./9. November 2007 im Ostteil des Landes

Gerhard Overbeck, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 22
E-Mail: Overbeck@ARL-net.de

LAG Bayern

Neue Lenkungsgruppe

Die Landesarbeitsgemeinschaft Bayern kam am 10. März 2006 zur ersten Mitgliederversammlung in diesem Jahr in Ulm zusammen – im Anschluss an die gemeinsam mit der LAG Baden-Württemberg veranstaltete Tagung zu den Themen „Großräumige Verkehrsentwicklung“ und „Märktekonzepte“ (siehe eigenen Beitrag in diesem Heft). Die Versammlung fand in den Räumen der Industrie- und Handelskammer Ulm statt und hatte vor allem Neuwahlen zum Gegenstand.

Zunächst wählte die Mitgliederversammlung fünf neue Mitglieder hinzu: Dr. Christa Standecker, Nürnberg; Christiane Herrmann, Bayreuth; Julian Osswald, Ulm; Hans-Dieter Schulz, München, und Prof. Dr. Alain Thierstein, München. Damit umfasst die LAG Bayern derzeit 46 Mitglieder. Anschließend wurden Prof. Dr. Hubert Job, München (Leiter), Dr. Peter Lintner, Augsburg (stellvertretender Leiter), Dr. Jürgen Weber, Landshut (stellvertretender Leiter) und Dr. Andreas Klee vom Sekretariat der ARL für die Lenkungsgruppe vorgeschlagen. Die Geschäftsführung übernimmt Dr. Reinhard Paesler, München. Das Präsidium hat inzwischen die Lenkungsgruppe bestätigt und die neuen von der LAG vorgeschlagenen Mitglieder berufen. Den ausscheidenden Mitgliedern der Lenkungsgruppe, Christian Breu, München, Dr. Ludwig Fugmann, Ansbach, und Dr. Volker Wille vom Sekretariat in Hannover, dankten die Anwesenden sehr herzlich für das jahrelange Engagement und für das erfolgreiche Wirken.

Nach den Wahlen blieb noch etwas Zeit, um über den Stand der aktuellen Arbeitsgruppen zu sprechen. Die Arbeitsgruppen „Flächenmanagement“ unter der Leitung von Prof. Dr. Hubert Job und „Erneuerbare Energien als Gegenstand von Festlegungen in Raumordnungsplänen“ unter der Leitung von Prof. Dr. Franz Karl haben ihre Arbeiten abgeschlossen. Die Ergebnisse liegen als „Arbeitsmaterialien der ARL“ inzwischen vor (siehe unter „ARL-Neuerscheinungen“ in diesem Heft). Dr. Raymond Saller berichtete über den Stand der Arbeitsgruppe „Innovative Regionalentwicklung“ und insbesondere über die Diskussionen zum Thema der Metropolregionen am Beispiel München und Nürnberg. Prof. Dr. Gabi Troeger-Weiß erläuterte den Stand des Vorhabens „Sprint Regions – Slow Regions“ und vor allem die dabei zugrunde liegenden Fallstudien im Raum Coburg und in Oberösterreich.

Beim nächsten Treffen Ende Juni in Landshut kann eine neue Arbeitsgruppe eingesetzt werden, wofür derzeit mögliche Themen angedacht werden. Darüber hinaus beabsichtigt die LAG, eine Stellungnahme zur bayerischen Clusterpolitik zu erarbeiten und als „Positionspapier aus der ARL“ zu veröffentlichen. Mit der Vorlage der Ergebnisse ist voraussichtlich noch vor der Sommerpause zu rechnen.

Andreas Klee, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 39
E-Mail: Klee@ARL-net.de

LAG Baden-Württemberg

AG „Infrastruktur in einer mobilen Gesellschaft“

Am 10. März 2006 traf sich die Arbeitsgruppe zu ihrer 9. und abschließenden Sitzung in Ulm. Mobilität ist in modernen Gesellschaften durch eine enorme Beschleunigung und zunehmend sich ausweitende Aktionsräume von Individuen wie auch durch wachsende Transportdistanzen von Waren und Gütern gekennzeichnet. Infolge zunehmenden Ineinandergreifens von physischer und virtueller Mobilität entstehen neue Mobilitätsmuster, die es zu erkennen gilt.

Bei diesem weit gefassten und ausgesprochen komplexen Themenfeld war es von vornherein klar, dass nicht das gesamte Spektrum der Fragen erschöpfend behandelt werden konnte. Schwerpunkt der Betrachtung waren die Auswirkungen der Verbesserungen und Veränderungen in der Mobilität (als unabhängige Variable) und auf die Infrastruktur (als abhängige Variable). Es geht dabei darum, die mobile Gesellschaft hinsichtlich ihrer Konsequenzen für die Infrastruktur und für die Standortentwicklung sowie die strukturellen Veränderungen beim Infrastrukturdargebot zu prüfen, und zwar anhand ausgewählter Themenfelder: großflächiger Einzelhandel als wesentlicher Bestandteil der Versorgungsinfrastruktur, Tourismus und Nutzungsformen touristischer Infrastruktur sowie große, stadtentwicklungsprägende Verkehrsinfrastruktureinrichtungen am Beispiel der Bahnhöfe.



v.l.: Volker Wille, Stefan Köhler, Dirk Vallée, Barbara Lenz, Barbara Zibell

Damit gliedert sich der Ergebnisbericht wie folgt:

1. Einleitung – Infrastruktur in einer mobilen Gesellschaft
2. Entwicklung der Telekommunikationsinfrastruktur in einer mobilen Gesellschaft
3. Entwicklung der Einzelhandelsstandorte und deren Steuerung in einer mobilen Gesellschaft
4. Die mobile Freizeitgesellschaft – Konsequenzen für die Infrastrukturplanung
5. Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur in einer mobilen Gesellschaft – dargestellt am verkehrsfunktionalen und städtebaulichen Bedeutungswandel der Bahnhöfe
6. Zusammenfassung und Ausblick

Der Abschluss der Arbeiten ist für Mai vorgesehen.

Volker Wille

Gemeinsame Frühjahrstagung der beiden ostdeutschen LAGs

Am 23./24. März 2006 fand in der Thüringer Landesvertretung in Berlin die alle zwei Jahre veranstaltete gemeinsame Sitzung der beiden ostdeutschen Landesarbeitsgemeinschaften statt. Die Vorsitzenden der beiden LAGs, Ministerialdirigent Dr. Bernhard Heinrichs, Schwerin, und Prof. Dr. Martin T.W. Rosenfeld, Halle/Saale, konnten über 60 Teilnehmer begrüßen. Mit dem Thema „Strukturwandel in den

Regionen Ostdeutschlands“ sollte nicht nur eine Bilanz der bisherigen regionalökonomischen Entwicklung in Ostdeutschland seit der Wende 1989 gezogen, sondern auch aufgezeigt werden, welche entwicklungspolitischen Aufgaben und weiterhin bestehenden Probleme in Ostdeutschland zu bewältigen sind. Der erste Sitzungstag wurde von ARL-Generalsekretär Prof. Dr.-Ing. Dietmar Scholich moderiert.



Plenum

Regionen Ostdeutschlands“ sollte nicht nur eine Bilanz der bisherigen regionalökonomischen Entwicklung in Ostdeutschland seit der Wende 1989 gezogen, sondern auch aufgezeigt werden, welche entwicklungspolitischen Aufgaben und weiterhin bestehenden Probleme in Ostdeutschland zu bewältigen sind. Der erste Sitzungstag wurde von ARL-Generalsekretär Prof. Dr.-Ing. Dietmar Scholich moderiert.

Aufbau Ost weiterhin zentrale politische Aufgabe

Nach der Begrüßung durch den Dienststellenleiter der Thüringer Landesvertretung, Ministerialdirigent Dr. Axel Hartmann, führte der ARL-Vizepräsident Prof. Dr. Heinrich Mäding, Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin, in das Tagungsthema ein. Dabei hob er hervor, dass der Aufbau Ost weiterhin die zentrale regionalpolitische Aufgabe in Deutschland bleiben werde, wobei sich dieser Sachverhalt schon in der Verlängerung des Solidarpakts bis 2019 widerspiegele. Was jedoch bis heute fehle, sei eine systematische Aufbereitung aller bisher partiell gesammelten Erkenntnisse zur Entwicklung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Verhältnisse in Ostdeutschland, um diese dann für die Politik zu Verfügung zu stellen und nutzbar zu machen.

16 Jahre Aufbau Ost

Mit einer regionalökonomischen Analyse unter dem Thema „Perspektiven Ostdeutschlands nach 16 Jahren Aufbau Ost: Mezzogiorno oder blühende Landschaften?“ trug Prof. Dr. Helmut Karl, Ruhr-Universität Bochum, das erste Hauptreferat vor. Seine Kernaussage war, dass zwar ein großer Transfor-

Kapital- und die Infrastrukturausstattung als auch auf die Verbreiterung von innovativen und wissensbasierten Produktion hin umzugestalten.

Das Beispiel des Landkreises Stendal

Mit seinem Vortrag „Strukturwandel in Ostdeutschland aus regionaler Sicht – Das Beispiel des Landkreises Stendal“ thematisierte Landrat Jörg Hellmuth, Landkreis Stendal, die spezifische Situation einer Region im strukturschwachen ländlichen Raum. Er zeigte an einigen konkreten Beispielen auf, dass zwar der Strukturwandel insgesamt bewältigt worden sei, aber dennoch, trotz guter flächendeckender Infrastrukturausstattung, nur kleine Hoffnungsschimmer für die ökonomische Entwicklung der Region zu entdecken seien. Diese gelte es allerdings weiterhin nachdrücklich zu unterstützen und zu fördern, um sie im internationalen Wettbewerb um die Produktionsstandorte in der Region zu halten.

Zukünftige Aufgaben aus der Sicht des BMVBS

Die überregionale Perspektive zum Aufbau Ost wurde von Jens-Uwe Staats, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Berlin, vorgetragen. Unter dem Thema „Strukturwandel in den ostdeutschen Regionen: Stand und zukünftige Aufgaben aus der Sicht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung“ referierte er über die neuen Leitbilder der Raumentwicklung des Bundes und ihre neue konzeptionelle Ausrichtung, durch die eine Antwort auf die neuen Herausforderungen für die Raumentwicklungspolitik gegeben werden solle. Zwar bleibe Gleichwertigkeit als

Ziel der Raumordnung weiterhin gültig, müsse aber spezifisch regionale Ausprägungen und Lösungen zulassen. Dies beinhalte regionale Handlungsstrategien, die vor allem auf sog. Wachstumsbündnisse, räumliche Verantwortungsgemeinschaften und Kooperationen abstellten, die stärker als bisher auf die Metropolregionen als Zentren der Entwicklung ausgerichtet seien. Daher müsse auch das Zentrale-Orte-Konzept an die neuen raumstrukturellen Entwicklungen angepasst werden.

Strukturwandel bewältigen – Kerne zu Zentren entwickeln

Unter diesem Themas stellte RA Klaus-Michael Rothe, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer zu Schwerin, die Sicht und die Anforderungen der Wirtschaftsunternehmen an die Landesentwicklungspolitik dar. Mithilfe von sieben Thesen plädierte er für eine Konzentration der wirtschaftspolitischen Mittel auf die Entwicklungskerne, die ein stärkeres Wachstum versprächen. Dies gelte nicht nur für die eigentliche Wirtschaftsförderung, sondern auch für alle anderen raumbedeutsamen Politikbereiche wie z. B. die Verkehrspolitik, die Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Bildung, Ausbildung und Gesundheitswesen, aber auch in den immer wichtiger werdenden Bereichen der Forschung

und Entwicklung und der kulturellen und sozialen Einrichtungen usw. Hier sei eine übergeordnete Koordination erforderlich.

Mit dem Besuch des Info-Centers zum Wiederaufbau des Berliner Schlosses und einem gemeinsamen Abendessen wurde der erste Tag beendet.

Stand der Arbeit in den beiden LAGs

Der zweite Tag der Veranstaltung war der Arbeit in den beiden LAGs gewidmet. Kurzvorträge und Diskussionen zum Stand der Arbeit in den laufenden Arbeitsgruppen sowie zu den geplanten nächsten LAG-Sitzungen zeigten, dass auch weiterhin spezifische ostdeutsche Themen gemeinsam von beiden LAGs aufgegriffen werden müssen. Den Abschluss der Veranstaltung bildete die Verabschiedung des langjährigen Betreuers der beiden LAGs aus dem Sekretariat der ARL, Dr. Hans Pohle. Dabei wurden auch die beiden Nachfolgerinnen, Dr. Evelyn Gustedt für die LAG Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern und Ass. Jur. Jana Kenzler für die LAG Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen, vorgestellt.

Hans Pohle

Demographischer Wandel in Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland

Wie bereits berichtet, widmet sich die LAG Hessen / Rheinland-Pfalz / Saarland in ihrer Arbeitsperiode 2005/2006 in besonderer Weise dem Thema „Demographischer Wandel“. Während in den bisherigen Sitzungen eher grundlegende Fragen der regionalen Entwicklung, der raumplanerischen Einschätzung und ausgewählte sektorale Beispiele bzw. Fallstudien im Mittelpunkt der Betrachtungen standen, lag der Schwerpunkt in der jüngsten Sitzung auf Beiträgen aus ökonomischer Sicht bzw. aus der Perspektive eines Wirtschaftsunternehmens. Dabei konnte der LAG-Leiter, Ltd. Min-Rat Gerd-Rainer Damm, Saarbrücken, zu dieser Sitzung im Ernst-Bloch-Zentrum in Ludwigshafen (einem erfolgreich umgewidmeten Altindustriekomplex) wiederum zahlreiche Gäste aus der Region begrüßen.

Auswirkungen auf Gemeindefinanzen

Prof. Dr. Martin Junkernheinrich, Trier, legte wichtige finanzwissenschaftliche Grundlagen dar mit seinem Referat „Demographischer Wandel, Gemeindefinanzen und Kostenremanenz – am Beispiel altindustrieller Problemkommunen“. Seine Ausführungen basierten auf Ergebnissen eigener Arbeiten, die er im Ruhrgebiet durchgeführt hat, wobei er hier besonderes Augenmerk auf die generalisierbaren Aspekte legte. Junkernheinrich hat die kommunalen Haushalte nach

insgesamt ca. 400 Einzelarten von Kosten darauf untersucht, inwieweit diese einen Bevölkerungsbezug haben, inwieweit die Ausgaben zumindest theoretisch zurückgefahren werden können und inwieweit eine eventuelle Reduzierung politisch durchsetzbar ist. Letzteres regelt sich nach außen hin gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern und nach innen hin gegenüber den Strukturen der Verwaltung. Bei einer Betrachtung der Einnahmen-Ausgaben-Situation in den kreisfreien Städten im Ruhrgebiet hat sich gezeigt, dass bei einem Rückgang der Bevölkerung um 6 % die Ausgaben absolut gleich geblieben sind. Das heißt, die Ausgaben pro Kopf haben sich bei verschlechterter Einnahmesituation deutlich erhöht und zu einer beträchtlichen Erhöhung der jeweiligen Haushaltsdefizite beigetragen. Diese Tatsache erklärt sich damit, dass typischerweise in kommunalen Haushalten Kosten enthalten sind, die nicht beliebig zurückgefahren werden und/oder allenfalls in großen Sprüngen variiert werden können.

Wie könnten Lösungswege aussehen? Junkernheinrich stellte drei theoretisch denkbare Überlegungen vor. Erstens eine erhöhte Zuweisung vom Land: Diese Variante dürfte angesichts der Finanzknappheit sämtlicher Länder unrealistisch sein. Zweitens eine Erhöhung der demographischen „Wertschöpfung“: Diese Variante greift – eine substanzielle Bevölkerungspolitik, etwa wie in Frankreich, vorausgesetzt – frühestens nach 30–50 Jahren. Drittens eine Erhöhung der Zuwan-

derung. Dieser Weg ergibt nur dann Sinn, wenn gleichzeitig eine Erhöhung der ökonomischen Wertschöpfung stattfindet (d. h. Arbeitsplätze entstehen). Junkernheinrich zählte diverse Förderprogramme im Ruhrgebiet aus den vergangenen 20 Jahren auf und verwies darauf, dass der Erfolg jeweils entweder fraglich oder nicht messbar war. Aus rein fiskalpolitischer Sicht ergeben sich s. E. nur zwei Möglichkeiten. Entweder eine Rückführung in der Menge, solange das Niveau schlicht nicht haltbar ist und/oder eine Durchbrechung der Politikblockaden in den Kommunen selber.

Gebietsreformen?

Über „Anpassungsstrategien an den demographischen Wandel: ökonomische Effekte von Einkreisungen und Eingemeindungen“ referierte Dr. Lorenz Blume, Kassel. Er knüpfte an Überlegungen aus dem skandinavischen Raum an. Beispielsweise ist in Schweden die Zahl der Regionen von einstmal 21 auf 7 reduziert worden, ohne dass es eine nennenswerte Reduzierung des öffentlichen Leistungsangebots gegeben hätte. Die in einer solchen Reduzierung liegenden Einsparungseffekte sollten nach Einschätzung des Referenten auch in Deutschland zu vermuten sein und nach Möglichkeit nutzbar gemacht werden. In seinen eher theoretischen Überlegungen konzentrierte Blume sich auf die Situation in Westdeutschland und auf monozentristische Regionen. Dabei legte er die These zu Grunde, dass jedes öffentliche Gut eine andere Nutzerkreis-Größe hat, wenn man eine optimale räumliche Allokation der Ressourcen anstrebt.

Wenngleich eine Annäherung an die optimale Raumgröße theoretisch auch über funktionale Kooperation erfolgen könnte, sind nach Blumes Einschätzung formale Zusammenlegungen tendenziell Erfolg versprechender. Auf der Basis einer Reihe von Regressionsanalysen ist er in seinen Fallstudien zu dem Ergebnis gekommen, dass im Falle von Einkreisungen wie auch von Eingemeindungen ca. 5 % Kosteneinsparung realisierbar sind. Beides würde positive ökonomische Effekte zeitigen, die über die Effekte einer funktionalen Kooperation hinaus gingen. Bei den reinen Overhead-Kosten kann nach seiner Einschätzung das Einsparpotenzial sogar noch höher sein und bis zu 20 % betragen. Bevor allzu große Euphorie über solche Botschaften aufkommt, muss allerdings in Erinnerung gerufen werden, dass die Ergebnisse vor dem Hintergrund der eingangs beschriebenen – durchaus restriktiven – Bedingungen zu würdigen sind, einmal abgesehen von den politischen und sozialen Restriktionen, die in diesem Kontext nicht aus den Augen verloren werden sollten.

Auswirkungen auf Wohnungsunternehmen

Aus der Perspektive eines großen lokalen Wohnungsunternehmens beleuchtete Matthias Hensel, Ludwigshafen, mit seinem Vortrag „Demographischer Wandel als Herausforderung und Chance für die Wohnungswirtschaft“ jüngere Erfahrungen und Einschätzungen der spezifischen regionalen Situation. Hensel zeigte die Schwierigkeiten auf, den veränderten und sich weiterhin verändernden Wohnbedürfnissen gerecht zu werden, z. B.: hoher Anteil von Single-Haushalten, Trend zu Patchwork-Familien – die zwar vergleichsweise langfristig angelegt, dennoch vielfach zeitlich begrenzt sind –,

altengerechtes Wohnen (das mehr bedeutet als nur „barrierefrei“ u. ä.).

Vor dem Hintergrund zunehmender Kosten von Mobilität und einer schrittweisen Ausdünnung von Infrastruktur im ländlichen Raum machte Hensel einen Trend in die Stadt aus (und bestätigte damit eine These, die bereits in früheren LAG-Tagungen anklang). Dies betreffe insbesondere die Generation „50 plus“ und beziehe sich auf wohl durchdachte und qualitativ hochwertige Angebote. Freilich wurde auch deutlich, dass der spezifische Hintergrund dieses Unternehmens die Freiheit erlaubt, sich manches soziale Problem fernzuhalten, unter dem andere Quartiere/Wohnungsunternehmen leiden: Es wird relativ genau auf eine bestimmte und erwünschte soziale Mischung der Mieter geachtet. Das kann auch bedeuten, Wohnungen über einen längeren Zeitraum lieber leer stehen zu lassen, als sie an eine unerwünschte soziale Gruppe zu vermieten. Dass sich dadurch soziale Probleme woanders dann zwingend verschärfen, ficht das einzelne Unternehmen offenbar nicht an. Dafür gibt es dann die von der Allgemeinheit bestens alimentierte, starke öffentliche Hand der Kommune ...

Fazit

Es wurde deutlich, dass aus der Sicht eines Wohnungsunternehmens, das das Produkt „Wohnen“ verkauft, mit dem Thema „Demographischer Wandel“ noch weit mehr als nur die Ausprägungen Alterung und „Kinderlosigkeit“ verbunden sind. Die mannigfachen Veränderungen in der Lebensgestaltung ergeben zusammen mit den sich verändernden absoluten Zahlen ein in hohem Maße unübersichtliches Bild mit einer vielfach entsprechend unübersichtlichen Gesamtsituation am Wohnungsmarkt. Hierfür generelle Empfehlungen zu geben ist nahezu ausgeschlossen. Vielmehr führt an einer präzisen Analyse der spezifischen kleinräumigen und lokalen Situation des Einzelfalles kein Weg vorbei, wenn Investitionen mit mittel- und langfristiger Perspektive getätigt werden sollen.

Insgesamt konnte mit dieser Sitzung das Bild des demographischen Wandels in Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland in entscheidenden Punkten weiter abgerundet werden. Wenn auch im Hinblick auf finanzielle und wirtschaftliche Grundlagen nur ausgewählte Aspekte erhellt werden konnten, so sind diese doch weitgehend paradigmatisch für zentrale und unverzichtbare Stellgrößen einer langfristig und damit nachhaltig orientierten Anpassung und Entwicklung der Raum- und Siedlungsstruktur. Daran kann bei eventuellen weiteren Veränderungen in den Rahmendaten ebenso angeknüpft werden wie bei der konkreten „Feinjustierung“ für die einzelnen Region.

Burkhard Lange, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 28
E-Mail: Lange@ARL-net.de

Arbeitsgruppe „Monitoring“

Das Monitoring von Plänen und Programmen ist eine Aufgabe, die seit Neuestem auf allen Ebenen der räumlichen Planung grundsätzlich zu erfüllen ist. Die Landesarbeitsgemeinschaft Hessen / Rheinland-Pfalz / Saarland hat deshalb eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die sich mit der Frage beschäftigen soll, was unter Monitoring inhaltlich im Einzelnen zu verstehen ist und wie diese Aufgabe konkret und möglichst effizient bewältigt werden kann. In dieser Arbeitsgruppe unter der Leitung von Theophil Weick (Kaiserslautern) arbeiten Ivo Gerhards (Gießen), Stefan Germer (Kaiserslautern), Joachim Gerstner (Saarbrücken), Dennis Graf (Gießen), Brigitte Jülch-Schumann (Saarbrücken) und Kristin Schröder (Frankfurt am Main) mit.

Die EU-Mitgliedsstaaten haben nach der Plan-UP-Richtlinie (SUP-RL) die Aufgabe, die erheblichen Auswirkungen der Durchführung von Plänen und Programmen auf die Umwelt zu überwachen. Dieses Monitoring soll dem Zweck dienen, frühzeitig unvorhergesehene negative Auswirkungen auf die Umwelt zu ermitteln, um dann in der Lage zu sein, geeignete Abhilfemaßnahmen in die Wege zu leiten. Da die EU-RL ausdrücklich erlaubt, bereits vorhandene Überwachungsmaßnahmen und bestehende Mechanismen zur Vermeidung von Doppelarbeit zu nutzen, strebt die Arbeitsgruppe an, das notwendige Umweltmonitoring in eine umfassende Raum- und Umweltbeobachtung möglichst zu integrieren. Darin wird auch ein Beitrag zu einer nachhaltigen Raum- und Siedlungsentwicklung gesehen.

Die Arbeitsgruppe konzentriert sich in ihren Arbeiten im Wesentlichen auf die Anforderungen der SUP-RL und legt besonderen Wert auf das Effizienzmerkmal („schlanke“ Planung). Nach einer grundsätzlichen Klärung von Aufgabe und Funktion des Monitoring im Prozess der räumlichen Planung unter besonderer Beachtung der Anforderungen, die sich aus der SUP-RL ergeben, ist die AG dabei, eine synoptische Übersicht bisheriger Überlegungen und Ansätze zum Monitoring in den Ländern Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland zusammenzutragen. Dabei wird besonderes Augenmerk auf eventuelle Konsequenzen für die planungspraktische Umsetzung der SUP-RL gelegt. Auf dieser Grundlage wird die Entwicklung von Vorschlägen zur Gestaltung eines Monitoringkonzepts unter besonderer Beachtung von Anforderungen aus der Planungspraxis angestrebt. Dabei geht es zum einen um die Entwicklung von Indikatoren zur Überwachung der erheblichen negativen Auswirkungen der raumordnerischen Festlegungen auf die Umwelt, die Prüfgegenstand der SUP sind (Monitoring im engeren Sinne). Hierbei wird sowohl das Maß der Umweltauswirkungen als auch die Art dieser Auswirkungen betrachtet. Zum anderen sollen im Hinblick auf ein Monitoring im weiteren Sinne Indikatoren zur Überwachung von unvorhergesehenen negativen Auswirkungen auf die Umwelt unter Einbeziehung weiterer raumordnerischer Festlegungen entwickelt werden.

Es wird angestrebt, als Ergebnis handlungsorientierte Empfehlungen zur Implementierung und möglicherweise auch weitergehende Empfehlungen beispielsweise in Richtung eines allgemeinen Planungscontrollings abzuleiten.

Die Arbeitsgruppe zeichnet sich durch ein konsistentes Arbeitsprogramm aus. Eine Reihe von Zwischenergebnissen liegt vor, die teilweise bereits weit gediehen sind. Es kann deshalb davon ausgegangen werden, dass die Endergebnisse noch in diesem Jahr vorliegen werden.

Burkhard Lange, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 28
E-Mail: Lange@ARL-net.de

LAG Nordrhein-Westfalen

Thema „Planung und Recht“

Auf ihrer Sitzung am 8. März 2006 im Schloss zu Münster haben sich die Mitglieder der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Nordrhein-Westfalen unter der Leitung ihres Vorsitzenden, Prof. Dr. Rainer Danielzyk, Direktor des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen, Dortmund, mit dem Schwerpunkt „Planung und Recht“ beschäftigt. Anschließend wurde über das künftige Arbeitsprogramm der LAG und die Einrichtung neuer Arbeitsgruppen diskutiert.

Im Mittelpunkt des Fachgesprächs standen planungsrechtliche Aspekte der zieladäquaten Steuerung der Standortwahl des großflächigen Einzelhandels. Einleitend referierte Carsten Heemeyer vom Zentralinstitut für Raumplanung (ZIR), Münster, zum Thema „Ziele und Grundsätze der Raumordnung“. Als zentrales Abgrenzungsmerkmal nannte er den unterschiedlichen Verbindlichkeitsanspruch. Während dieser bei Zielen sehr strikt sei und die Ausnahmefälle mitbestimme oder mitbestimmbar mache, bestehe bei Grundsätzen kein strikter Verbindlichkeitsanspruch, vielmehr bestimme hier der Planadressat die Ausnahmefälle durch Abwägung selbst. Die Unterschiede zwischen beiden Rechtskategorien und die daraus resultierenden Konsequenzen für Planungsentscheidungen und -prozesse wurden in einer Aussprache vertieft.

Hieran schlossen sich drei Impulsstatements zur Fortentwicklung der Ziele der Raumordnung und Landesplanung vor dem Hintergrund der aktuellen Rechtsprechung an. In dem ersten behandelte Prof. Dr. Werner Hoppe, Münster, Einzelhandelsgroßprojekte im Spannungsfeld zwischen zentralörtlicher Gliederung und Nachhaltigkeit. Er zeigte anhand eines Überblicks über die neueren siedlungsstrukturellen und sozialräumlichen Entwicklungen, dass das Zentrale-Orte-Konzept – insbesondere in großen polyzentrischen Verdichtungsräumen, aber auch darüber hinaus – beträchtlich an Steuerungskraft verloren habe. Umso vorsichtiger seien zentralörtliche Zielbestimmungen zu formulieren. Die hiermit zusammenhängenden Probleme wurden am Beispiel der Geschossflächenenerweiterung des CentrO Oberhausen dargestellt.

Im zweiten Impulsreferat schilderte Ministerialrätin Sabine Klabmann-Voß vom Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie (MWME NRW) die Reaktionen der Landesregierung auf die aktuelle Rechtsprechung zum großflächigen Einzelhandel. Vor allem aufgrund des CentrO-Urteils, aber auch anderer Urteile, überarbeite die Landesregierung zurzeit die Grundlagen zur Steuerung der Einzelhandelsent-

wicklung. Hierbei werde weiterhin an einer Steuerung des Einzelhandels festgehalten, wobei die Wirksamkeit des Zentrale-Orte-Konzepts jedoch abnehme. Als neu einzuführende Ansätze würden von den Kommunen festzulegende zentrale Versorgungsbereiche (nach dem Baugesetzbuch) und Zentrenversorgungskonzepte diskutiert. Hierbei könne die Landesregierung die von den Kommunen zu Grunde zu legenden Kriterien vorgeben. Zudem solle an der Unterscheidung zwischen Zentren- und Nicht-Zentrenrelevanz sowie am Kongruenz- und Integrationsgebot festgehalten und die Wohnfunktion in den zentralen Versorgungsbereichen im Sinne einer mobilitätsmindernden Nutzungsmischung gestärkt werden.

Abteilungsleiter Heinz Konze, Düsseldorf, skizzierte im dritten Impulsstatement zukünftige Ansätze zur Steuerung des großflächigen Einzelhandels aus Sicht der Regionalplanung. Hinsichtlich der Steuerungswirkung regionaler Einzelhandelskonzepte hob er die grundlegende Bedeutung einer vom Konsens aller beteiligten Kommunen getragenen Umsetzung hervor. Gerade hieran sei das regionale Einzelhandelskonzept, zu dem Oberhausen mit dem CentrO gehört, gescheitert. Darüber hinaus habe das Oberverwaltungsgericht Münster bei seiner Urteilsfindung im Prozess um die CentrO-Erweiterung das vorliegende regionale Einzelhandelskonzept gar nicht berücksichtigt.

In der anschließenden Diskussion wurde dafür plädiert, das Zentrale-Orte-Konzept als dreistufiges Steuerungsinstrument beizubehalten. Große Hoffnungen wurden in regionale Einzelhandelskonzepte gesetzt, wie sie etwa in den Regionen Hannover und Stuttgart erfolgreich angewendet werden. Sie seien als Modell für die „Steuerung“ der Einzelhandelsentwicklung auch in Nordrhein-Westfalen geeignet und würden von Seiten der Landesregierung angestrebt. Das Hauptproblem stelle allerdings die Verbindlichkeit der Konzepte dar. Es gebe kaum wirksame Sanktionsmöglichkeiten, falls einzelne Gemeinden ausscherten.

Neue Themen

Da die Untersuchungen der drei Arbeitsgruppen „Novellierung des Landesplanungsrechts in NRW“, „Wasserwirtschaft und Raumplanung“ sowie „Demographischer Wandel in ausgewählten Regionstypen – Herausforderungen und Chancen für regionale Politik in NRW“ (siehe hierzu den Bericht in den Nachrichten der ARL 4/2005, S. 35) abgeschlossen werden konnten, wurden am Ende der Sitzung noch Themen für neue Arbeitsgruppen der LAG diskutiert. Die höchste Priorität erhielten die Themen „Neue Regionalisierungsansätze/neue Raumkategorien in Nordrhein-Westfalen unter besonderer Berücksichtigung der Europäischen Metropolregion Rhein-Ruhr“ und „Entwicklungen in den ländlichen Räumen in Nordrhein-Westfalen“. Zu beiden Themen hat das Präsidium der ARL die Einrichtung von Arbeitsgruppen sehr begrüßt. Weitere Themen werden im Rahmen von Sitzungen der LAG oder von PlanerInnenkonferenzen behandelt.

Gerd Tönnies, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 23
E-Mail: Toennies@ARL-net.de

Neuer Arbeitskreis zum Zusammenhang von Risikoversorgung und Raumplanung

Fragen des Umgangs mit Risiken tauchen in der allgemeinen Öffentlichkeit erfahrungsgemäß ebenso plötzlich – und dann oft heftig – auf, wie sie nach mehr oder weniger kurzer Zeit wieder in der buchstäblichen Versenkung verschwinden. Das ist zwar in der Fachöffentlichkeit nicht ganz so ausgeprägt, dennoch ist es auch hier nicht ganz einfach, auf ein hinreichendes Interesse zu stoßen. Diese Erfahrung musste auch die ARL nach ihrer Wissenschaftlichen Plenarsitzung 2003 machen, die – aufbauend auf den Ergebnissen des seinerzeitigen Arbeitskreises „Raumorientiertes Risikomanagement in Technik und Umwelt“ – der Thematik „Vorsorge durch Raumplanung“ gewidmet war (vgl. den gleichnamigen FuS, Bd. 223). Gleichwohl hat die ARL keinen Zweifel, dass der Umgang mit Risiken auch unter räumlichen Aspekten von zunehmender Bedeutung ist.

Es war von vornherein klar, dass mit dem damaligen Arbeitskreis und der Jahrestagung zwar grundlegende Erkenntnisse zusammengetragen worden sind, dies jedoch einen Zwischenstand darstellte und wichtige Fragen aus raumwissenschaftlicher Sicht nach wie vor offen sind. Nach einer entsprechenden Diskussion im Wissenschaftlichen Beirat hat deshalb das Präsidium der ARL in einem Fachgespräch im kleinen Kreis die Frage prüfen lassen, ob die ARL sich dem Themenbereich Risiko erneut widmen soll und, falls ja, welche Arbeitsfelder empfohlen werden. An dem Fachgespräch haben teilgenommen: Dr. Jörn Birkmann (Bonn), PD Dr. Stefan Greiving (Dortmund), Dipl.-Vw. Burkhard Lange (Hannover), Prof. Dr. Jürgen Pohl (Bonn), Dr. Karl-Heinz Rother (Mainz), Prof. Dr. Gerhard Steinebach (Kaiserslautern) und Dipl.-Geogr. Roland Wernig (Trier).

Es kristallisierte sich heraus, dass auf der Grundlage der bisherigen Arbeiten und nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der jüngeren Erfahrungen aus räumlicher Sicht es sich anbietet, generell nach der Verwundbarkeit von Räumen (Vulnerabilität) sowie nach den Synergien des Schadenpotenzials zu fragen. Das Zusammenwirken von Fachplanung und Raumordnung – und damit grundsätzlich das Verhältnis beider Planungsebenen – kann dann besonders in den Vordergrund des Interesses treten, wobei die Raumordnung ihre spezifische Kompetenz im Hinblick auf die räumlichen Bestimmungsgrößen einbringen kann (wenn sie über die Gefährdungspotenziale informiert ist). Das betrifft zunächst die klassischen raumordnerischen Felder der Bestimmung von Funktionen, der Trennung und/oder Kombination von Funktionen, der Abwägung von Standortvarianten etc. Es sollte aber auch hinführen zur Definition und Beschreibung von Abwägungsspielräumen unterschiedlicher Risiken (multi risk assessment). Stichworte hierzu sind: Zusammenführung der unterschiedlichen Risiken, Bestimmung von Risikoeignungsgebieten u. ä., gemeindeübergreifende Abwägung beispielsweise bei gemeinsamen Gewerbegebieten etc. Eventuell sind darin auch regionalökonomische Tatbestände der Regionalentwicklung mit enthalten. Darüber hinaus kann die Raumplanung im Zusammenwirken mit der Fachplanung bei der Kommunikation von Risiken eine komplementäre Funktion übernehmen (Stichwort:

Gefahrengemeinschaft). Im Hinblick auf beide genannten Bereiche sind massive Wissensdefizite vorhanden und liegt ein weites Feld denkbarer Untersuchungen für die raumwissenschaftliche Forschung.

Die jüngeren Ereignisse auch in Deutschland – bis hin zum aktuellen Fall der Vogelgrippe – haben gezeigt, dass das Wissen um Möglichkeiten der Vorsorge und später dann des Managements des Ereignisses alles andere als sachlich durchdrungen und endgültig geklärt ist. Es bestand in der Runde die einhellige Einschätzung, dass der ARL dringend empfohlen wird, sich der Risikoforschung erneut zu widmen. In inhaltlicher Hinsicht wurde eine Reihe von Aspekten und Fragen angesprochen, die zu bedenken empfohlen wird. Es wurde festgestellt, dass der Titel des seinerzeitigen Arbeitskreises das Untersuchungsfeld nach wie vor zutreffend beschreibt. Insofern sollte daran angeknüpft und eine Nutzer-Orientierung grundsätzlich im Auge behalten werden (Risikoabschätzung und -management als Aufgabe der Raumplanung). Unter anderem wurde beispielhaft darauf hingewiesen,

- dass in beiden Risikobereichen (Umwelt wie Technik) die raumbedeutsamen und die raumplanungsbedeutsamen Risiken von Belang und dabei auch die schleichenden Risiken ausdrücklich mit zu berücksichtigen sind (z. B. Feinstaub),
- dass möglichst ein integrierter Ansatz gewählt werden sollte, da Synergien von zunehmender Bedeutung sind und es insofern ausdrücklich auch um die wechselseitigen Auswirkungen der unterschiedlichen Bereiche aufeinander sowie um die Wechselwirkungen mit den Nutzern gehen sollte,
- dass angestrebt werden sollte, möglichst konkrete planerische „Prüfbausteine“ zu erarbeiten, mit denen Raumbedeutsamkeit und Risiko abgeschätzt werden können und dabei im Bereich Technik eher das Verursacherprinzip und im Bereich Umwelt eher ein versicherungswirtschaftlicher Ansatz Leitlinie des Denkens sein sollte,
- dass als Nutzer die raumplanerische Praxis auf allen Ebenen planerischen Handelns anzusehen ist und sie im Idealfall befähigt werden sollte, eine Abschätzung und ggf. Vernetzung von unterschiedlichen Risiken vorzunehmen (Verwundbarkeitsmessung, Risikoverrechnung, Risikominderungsplanung u. ä., ggf. auch unabhängig von einem vorhandenen Plan),
- dass im Ergebnis die raumplanerische Praxis im Umgang mit Bodennutzungskonkurrenzen eine deutlich angehobene Qualitätsstufe erreichen und das Vorhandensein einer tatsächlichen Gefahrengemeinschaft dann qualitativ und quantitativ transparent gemacht werden kann,
- dass bereits vorhandene instrumentelle Ansätze aufzugreifen und weiter voranzubringen sind (z. B. Seveso II-Richtlinie, SUP).

Der skizzierte Fragenkatalog hat nur exemplarischen Charakter. Näheres wird ein neuer Arbeitskreis zu prüfen haben, den das Präsidium nach Vorliegen der Ergebnisse des Expertengesprächs beschlossen hat. Unter der Leitung von Prof. Dr. Jürgen Pohl, Bonn, wird in Kürze zunächst eine kleine Kerngruppe die Arbeit aufnehmen.

Burkhard Lange, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 28
E-Mail: Lange@ARL-net.de

Kooperation ARL – Verband Deutscher Schulgeographen

Thema „Kulturlandschaften“

Am 3. Mai 2006 trafen sich im Sekretariat der ARL in Hannover Dr. Frank M. Czapek, Dr. Reinhard Kurz und Dr. Markus Pries vom Verband Deutscher Schulgeographen e.V. (VDSG) zu einem Arbeitstreffen mit Vertretern der ARL (Generalsekretär Prof. Dr.-Ing. Dietmar Scholich, Referatsleiter Dr. Gerhard Overbeck).

Nach der Veröffentlichung der Handreichung „Raumplanung heute“ in der Reihe des Verbandes Deutscher Schulgeographen im Jahr 2005 (siehe NACHRICHTEN 4/2005, S. 38/39 u. 58) soll die Zusammenarbeit nun unter dem Themenschwerpunkt „Kulturlandschaften“ fortgeführt werden. Das Thema ist für den Schulunterricht von besonderer Bedeutung, da sich über die Beschäftigung mit Kulturlandschaften der Bogen von der historischen Entwicklung von Landschaft hin zur heutigen Dynamik verschiedener Landschaftstypen und zu den aktuellen Herausforderungen der Raumentwicklung spannen lässt. Gleichzeitig wird so die aktive Beschäftigung von Schülern mit dem eigenen Umfeld gefördert. Da sich Jugendliche heute immer mehr in einer durch die Globalisierung geprägten und oft auch virtuellen Umwelt bewegen, scheint dies wichtiger denn je.

In den nächsten Wochen sollen konkrete Projektansätze entwickelt werden. Daneben wird die Zusammenarbeit bei Veranstaltungen fortgeführt. So wird der Generalsekretär der ARL beim 30. Deutschen Schulgeographentag in Bremen am 25. September 2006 einen Workshop zum Thema „Der Nordwesten startet durch! – Metropolregion Bremen/Oldenburg als Verantwortungsgemeinschaft“ leiten und dort vortragen. Weitere Referenten sind die Mitglieder der nordwestdeutschen LAG der ARL, SenRat Dr. Ralph Baumheier, Bremen, Caroline Privat, Syke, und Ulrich Kinder, Delmenhorst.

Gerhard Overbeck, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 22
E-Mail: Overbeck@ARL-net.de

Bundesparlamentarier erneut im Dialog mit der ARL

Das diesjährige Parlamentarische Arbeitsgespräch des Präsidiums der ARL am 30. März befasste sich mit der Gesetzgebungskompetenz zur Raumplanung sowie mit der Versorgung mit und den räumlichen Effekten von Verkehrsinfrastruktur vor dem Hintergrund der Föderalismusreform. Staatssekretär a.D. Dr. Ernst-Hasso Ritter, Meerbusch, und Dr. Markus Hesse, Berlin, trafen als fachkompetente Vertreter der ARL auf Parlamentarier eines in großen Teilen neu zusammengesetzten Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

Einsehbare Argumente, aber ...

Trotz der von Ritter geschilderten zu erwartenden Probleme angesichts sich verändernder Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern – genannt seien Überforderungen von Planfeststellungsverfahren, Verfassungswidrigkeiten und Vorprogrammierung von Konfliktfällen – herrschte weitgehend Konsens auf Seiten der Parlamentarier, dass die Diskussion um die Föderalismusreform nicht neu entfacht werden sollte. Den Argumenten der ARL könne in der Sache durchaus gefolgt werden. Allerdings kann das Paket nicht wieder aufgeschnürt werden.

Die Wahl zwischen Schlaglöchern oder Stau

Hesse verdeutlichte, dass die Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur sich erheblich verändert hätten. Maßgeblich trügen dazu die Umweltgesetzgebung (z. B. Luftqualitätsrahmenrichtlinie der EU), die Misere der öffentlichen Haushalte, die EU-Osterweiterung und nicht zuletzt auch der demographische Wandel bei. Vollversorgung im bisherigen Maßstab sei nicht mehr überall möglich, wohingegen in bestimmten Regionen weiterer Ausbau notwendig sei, weil „Nadelöhre“ nordwärts wandern (Rheinschiene, deutsch-schweizerischer Grenzverkehr).

Nicht ohne Skepsis wurden auch seitens der Parlamentarier Ansätze zur Nutzung von privatem Kapital und die Erhebung von Nutzungsentgelten gesehen. Viele solcher Betreibermodelle würden sich vor dem Hintergrund der Gemeinwohlverpflichtung des Staates nicht rechnen. Auf keinen Fall sei in ihnen die Lösung anstehender und zu erwartender Probleme zu sehen, zumal Privatfinanzierung staatliche Handlungsspielräume einschränke.

Abschließend dankten die Parlamentarier dem Präsidium für die wichtigen Anstöße und Entscheidungshilfen, die auch mit diesem Treffen wieder gegeben worden sind. ARL-Präsident Prof. Dr.-Ing. Klaus Borchard sicherte die Fortsetzung dieses traditionellen Austausches zu.

*Evelyn Gustedt, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 29
E-Mail: Gustedt@ARL-net.de*

Regionalplanertagung Baden-Württemberg 2006

Leitbilddiskussion und SUP-Anforderungen konkret

Vom 5. – 7. April 2006 trafen sich zahlreiche Regionalplanerinnen und -planer zu ihrer 17. Tagung traditionsgemäß in Überlingen. Sie waren der Einladung des Wirtschaftsministeriums, der Arbeitsgemeinschaft der Regionalverbände und der ARL gefolgt. Wie in den vorausgegangenen Jahren umfasste das Programm drei Teile: am ersten Abend einen informellen Austausch, am 6. und 7. April Referate und Diskussionen zu den Themenbereichen „Leitbild, Metropolregion und grenzübergreifende Zusammenarbeit“ sowie „Aspekte der SUP“ und zum Ausklang Informationen und Diskussionen zu aktuellen Fragen der Landesplanung Baden-Württembergs.

In seiner Begrüßung ermunterte Viktor Grasselli, Vorsitzender der AG der Regionalverbände, die Regionalplaner, bei der Zukunftsgestaltung nicht nachzulassen, mehr von der Zukunftsverwaltung abzulassen und den Dialog zu führen. Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Zimmermann, Vizepräsident der ARL, skizzierte

einige Aktivitäten der ARL in Bezug auf die Föderalismusdiskussion, zu Fragen des Raumordnungsverfahrens sowie zur Umsetzung von EU-Richtlinien und wies auf die bundesweite Regionalplanertagung 2007 in Gera hin.

Zukunftsaufgabe Raumordnung und Landesplanung

In seinem Referat „Die Kraft des regionalen Unterschieds“ ging Zimmermann auf den wachsenden Konflikt zwischen Wachstumsräumen und Räumen des regionalen Ausgleichs ein. Die Darstellung der Zielgebiete der EU lässt auch die modernisierten „Gebietsregionen“ hervortreten, die nicht ausschließlich von Metropolregionen gebildet werden. Die „Kraft der Unterschiede“ sieht Zimmermann in drei Kategorien, die miteinander verzahnt sind und zugleich differenziert zu betrachten und zu steuern sind: 1. moderne Agglomerationen,

2. ländlich-peripher strukturschwache Regionen und 3. eine Gruppe der „mittleren“ Räume. Aus Zielkonflikten und den Ausgleichserfordernissen leitet sich die Folgerung ab: Raumplanung tut Not.

MinDgt Manfred Sinz, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, berichtete in seinem Vortrag „Neue Leitbilder für die Raumentwicklung in Deutschland“, dass auf



v.l.: Karl GreiBing, Manfred Sinz, Horst Zimmermann

Grund der gegebenen Rahmenbedingungen (Globalisierung, demographische Entwicklung, Nutzungsanforderungen und Ressourcenverknappung sowie Wiedervereinigung) die Raumordnungspolitik neue Leitbilder ableitet, die bereits seit einiger Zeit diskutiert und kontinuierlich weiterentwickelt werden und nun Mitte 2006 in der Ministerkonferenz für Raumordnung abschließend beraten werden sollen. Neben der räumlichen Diskussion von Nachhaltigkeit spielen vor allem die Wissens- und Innovationsregionen eine wichtige Rolle für die zukünftige Entwicklung. Bei der Konkretisierung treten auch die grenznahen europäischen Verflechtungsräume immer stärker ins Blickfeld.

MinDgt Karl GreiBing, Leiter der Abteilung Strukturpolitik, Landesentwicklung und Vermessungswesen, Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, sprach über „Handlungsstrategien der Landesentwicklung in Baden-Württemberg“. Er führte aus, dass Baden-Württemberg gegenwärtig eine stabile Entwicklung aufweist und gut strukturiert ist. Dennoch sieht er für die Zukunft Herausforderungen und Aufgaben. Dazu gehöre insbesondere auch, die räumliche Planung im Rahmen der Föderalismusreform stabil zu positionieren. Hier müssten sich die Länder auf Mindeststandards einigen, um ein „Planungsdumping“ zu vermeiden. Das Ministerium habe hierzu ein Gutachten in Auftrag gegeben, dessen Ergebnisse in der Jahresmitte in der MKRO diskutiert werden sollen.

Verflechtungsräume mit besonderen Entwicklungsaufgaben

Zu diesem Thema wurden drei Referate vorgetragen:

- Metropolitane Verflechtungsräume am Oberrhein und Bodensee (Dr. Dieter Karlin, RV Südlicher Oberrhein, und Dr. Stefan Köhler, RV Bodensee-Oberschwaben)
- Verflechtungsraum Schweiz – Perspektive der trinationalen Agglomeration Basel (Hans-Georg Bächtold, Kanton Basel Landschaft)
- Verflechtungsraum DACH+ – grenzüberschreitende Raumkonzeption im deutsch-österreichisch-schweizerisch-liechtensteinischen Grenzraum – INTERREG-Werkstatt (Karl-

Heinz Hoffmann-Bohner, Regionalverband Hochrhein-Bodensee, und Ergänzungen durch Werner Mettler, Planungs- und Naturschutzamt, Kanton Schaffhausen)

Bächtold, Hoffmann-Bohner, Karlin und Köhler verwiesen auf bisherige Erfolge der Zusammenarbeit, berichteten über laufende Projekte und machten deutlich, dass die Räume beidseitig von Staatsgrenzen behutsam und konsequent zusammenarbeiten müssten, damit Verflechtungsräume europäischer Dimension zum Vorteil der Grenzümgebungen sich entwickeln und nach außen positionieren können. Nähere Informationen geben z. B. die Internetseiten www.bodensee-oberschwaben.de, www.dachplus.org, www.oberrheinkonferenz.org und www.tab-atb.org.

Strategische Umweltprüfung in der Landes- und Regionalplanung

Der zweite Themenkomplex wurde durch Fallbeispiele sehr konkret und detailliert dargestellt. Nachdem die SUP per Gesetz europaweit einheitlich geregelt wird, ist sie möglichst „schlank“ und „effektiv“ umzusetzen.

Prof. Dr. Christian Jacoby, Universität der Bundeswehr München, gab in seinem Vortrag „Anforderungen, Chancen und Risiken eines neuen Planungsinstruments zur Umweltvorsorge“ einen Überblick über die Anforderungen und notwendigen Einzelschritte zu Fragen des Umweltberichts und thematisierte z. B. Datenfragen und die Überwachung. Einerseits müssen förmliche Anforderungen erfüllt werden, andererseits muss Bündelung, Transparenz und Begründungsqualität gewährleistet sein.

Prof. Dr. Catrin Schmidt, Fachhochschule Erfurt („Die Strategische Umweltprüfung bei der Gesamtfortschreibung von Regionalplänen – Fallbeispiele“), und Dr. Dirk Vallée, Verband Region Stuttgart („Konzeption der SUP für die Gesamt-



v.l.: Catrin Schmidt, Dirk Vallée, Christian Jacoby

fortschreibung des Regionalplans der Region Stuttgart“), stellten Beispiele vor, wie im Rahmen von Regionalplanung die SUP-Aufgaben aufgegriffen und gelöst werden und damit eine gewisse Vorreiterfunktion haben können.

Die räumliche Planung muss auch die Chancen sehen und nutzen, die in den neuen Anforderungen liegen. Kritisch wurde angemerkt, dass neue zusätzliche Aufgaben der Planung auferlegt werden, die die ohnehin stark geforderten Arbeitsinsätze und knappen Mittel weiter unter Druck setzen. Diese ergänzende Pflichtaufgabe der SUP bedeutet eine Herausforderung an die Ressourcen der Planungsverbände.

Volker Wille

Kooperation als Erfolgsfaktor für Regionen im Wandel

Planerforum Hessen / Rheinland-Pfalz / Saarland 2006

Falls es noch eines Belegs für die Sinnhaftigkeit enger Zusammenarbeit bedurft haben sollte, so dürfte er mit dieser Tagung erbracht worden sein: konnte doch der LAG-Leiter Ltd. MinRat Gerd-Rainer Damm, Saarbrücken, bei dieser Gemeinschaftsveranstaltung des Saarländischen Ministeriums für Umwelt und der LAG Hessen / Rheinland-Pfalz / Saarland der ARL Anfang April 2006 über 70 Fachleute aus Planung und Politik, Wirtschaft und Verbänden bis hin zum Saarländischen Umweltminister Stefan Mörsdorf begrüßen.

Die Thematik wurde anhand von zwei großen Blöcken beleuchtet. Während am ersten Tag eher grundsätzliche Aspekte und konkrete Ausgestaltungen von großräumig bedeutsamen Beispielen aus Metropolregionen und peripheren Räumen auf der Tagesordnung standen, war der zweite Tag einer eingehenden Deklination kooperativer Momente anhand des Beispiels „Regionalpark“ vorbehalten. Damit stellte der zweite Tag gleichzeitig das 2. Regionalpark-Forum „SAUL“ dar. Hinter dieser deutschen Variante des neutestamentlichen Christenhäschers verbirgt sich das EU-Förderprojekt „Sustainable and Accessible Urban Landscapes“ (Interreg III B).

... nur bei wechselseitigem Verlangen

Den großen Bogen spannte eingangs Prof. Dr. Alain Thierstein, München, mit seinem grundlegenden Vortrag „Raumentwicklung in Deutschland: Kooperationen und darüber hinaus“. Er ging davon aus, dass sich Kooperation nicht von selbst ergibt (sondern in aller Regel erarbeitet sein will) und fragte nach dem sachlichen und räumlichen Maßstab hierfür. In diesen Kontext stellte er den Standortwettbewerb um Sachkapital, Arbeitskräfte, Investitionen der öffentlichen Hand etc. und identifizierte diesen als einen wesentlichen Motor für Kooperationen. Dies gelte insbesondere vor dem Hintergrund zunehmender Tendenzen zur Wissensgesellschaft, denen er eine immanente Dynamik zur räumlichen Re-Konzentration – vornehmlich in Richtung der Metropolregionen – unterstellte. Auf der Grundlage eigener empirischer Arbeiten kam Thierstein zu dem Schluss, dass die Standortverflechtungen der wissensintensiven Dienstleistungen zu funk-

tionalen polyzentralen Metropolregionen führen, wobei dieser Trend und der Wunsch zu morphologischer Polyzentralität leider auseinander driften.

Da sich Kooperation noch am ehesten bewerkstelligen lässt, wenn sie auf der Basis von Win-win-Situationen erfolgt (und/oder bedeutende Akteure im Raum davon überzeugt sind), sollten entsprechende konkrete Handlungsfelder gesucht werden – und seien sie auch nur bescheiden. Das könnten einzelne Finanzflüsse sein oder einzelne Elemente der regionalen Infrastruktur, Kultur, ÖPNV, Gesundheit, Naherholung o. ä. Im Ergebnis könne Kooperation dann als Entwicklung einer Wertschöpfungskette verstanden werden, mit der das (hohe) Maß an Erkenntnis und das (faktisch niedrige) Maß an tatsächlichen Veränderungen einander angenähert werden



Foto: Carsten Simon

Plenum (stehend: Roland Wernig; v.r.: Andrea Hartz)

könnten. Wenn das gelingt, sollte gleichzeitig ein verstärkender Effekt durch eine entsprechende Förderung und Bildung von gemeinsamem Bewusstsein in der Wahrnehmung anstehender Fragen erwartet werden können.

Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main

Die in diesen grundlegenden Aspekten teilweise deutlich angeklungene Skepsis wurde im Folgenden sozusagen empirisch bestätigt. Erster Beig. Jens Scheller vom Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main berichtete über jün-

gere Erfahrung mit der Zusammenarbeit in diesem Raum. Er konnte zunächst anknüpfen an die langjährige Tradition mit interkommunaler Kooperation des seinerzeitigen UVF (Umlandverband Frankfurt), in dessen Arbeit sich selbst vergleichsweise starke Gemeinden eingebracht hatten (z. B. Eschborn, Bad Homburg), um eine wechselseitige Abstimmung der Flächennutzungsplanung vorzunehmen. Mit der Auflösung des UVF und der anschließenden Gründung des Planungsverbandes Frankfurt/Rhein-Main hat sich die Situation in diesem Ballungsraum erheblich gewandelt.



v.l.: Alain Thierstein, Gerd-Rainer Damm, Jens Peter Scheller, Jochen Dahm

Neben dem Planungsverband gibt es einen „Rat der Regionen“ und eine offene (nicht formalisierte) Zusammenarbeit zwischen den Kommunen. Das hat im Ergebnis zu einem jetzt kaum noch überschaubaren Bild geführt, sodass durchaus von einer administrativ-funktionalen und auch planerischen Zersplitterung gesprochen werden muss. Beispielhaft sei darüber hinaus erwähnt, dass – nach der jetzigen Gesetzeslage – bewusst die Planung von der Koordination und von der Umsetzung getrennt worden ist. Eine Verknüpfung von Standortmarketing und Flächenentwicklung findet ebenso wenig statt wie ein innerregionaler Lastenausgleich. Insofern können die Ergebnisse von wirtschaftlicher und soziokultureller Entwicklung im Raum nur zufällig sein: eine Verschwendung von spezifischen raumstrukturellen Ressourcen?

Trotz dieser wenig euphorischen Skizze zog Scheller keineswegs ein resignatives Fazit. Vielmehr machte er deutlich, dass allein aufgrund vielfältiger objektiver Problemlagen zur Kooperation und der Suche nach Abstimmung keine Alternative in Sicht sei.

Metropolregion Rhein-Neckar

Der zweite Ballungsraum, der unter dem spezifischen Blickwinkel der Bedeutung von Kooperationen vorgestellt wurde, war die Metropolregion Rhein-Neckar. Ltd. Dir. Hans Jürgen Seimetz, Mannheim, skizzierte zunächst das in diesem Raum seit langem bestehende zweistufige System der Planung mit den einzelnen Regionalverbänden und dem grenzüberschreitenden Raumordnungsverband. Dieses System ist seit 1970 auf der Basis eines Staatsvertrages kontinuierlich weiterent-

wickelt worden, zuletzt durch einen neuen Staatsvertrag Ende 2005 (auf der Grundlage einer vorherigen eingehenden gutachterlichen Expertise). Wie es scheint, ist hier trotz der Ländergrenzen und trotz keineswegs gleicher politischer Couleur ein vergleichsweise ausgeprägtes Bewusstsein für die gemeinsamen Problemlagen anzutreffen, wenngleich der nach dem neuen Staatsvertrag vorgesehene neue Verband bislang noch nicht konstituiert werden konnte. (Diese Aussage galt zur Zeit der Tagung. Inzwischen hat sich der Verband konstituiert.) Auch wenn die natürlichen Konkurrenzen um Standorte für Siedlungsflächen, Einzelhandel, Gewerbe etc. selbstverständlich bestehen, ist bei entscheidenden Multiplikatoren gleichzeitig die Einsicht anzutreffen, nur gemeinsam nach außen hin „Aufmerksamkeit erregen“ zu können. Als ein Beleg mag die Tatsache gelten, dass die Wirtschaft (durch keinen Geringeren als den „Platzhirsch“ BASF) die Zusammenarbeit auf regionaler Ebene sehr fördert und z. B. die neu gegründete „Rhein-Neckar-Metropolregion GmbH“ mit zwei Millionen Euro pro Jahr unterstützt. Wichtige Schritte sind eingeleitet, und schon allein die Tatsache der Anerkennung als Metropolregion dürfte durch den zuvor demonstrativ abgeschlossenen Staatsvertrag spürbar befördert worden sein.

... und der „arme Rest“

Während in den großen Ballungsräumen und Metropolregionen Kooperation offenbar ein wichtiger Ansatz ist, wenn eine Sensibilität für die großräumige Konkurrenzsituation vorhanden ist, stellt sich die Lage in peripheren und vielfach strukturschwachen Räumen erheblich anders da. Hier geht es in aller Regel darum, Rückgang und Schrumpfung auf den unterschiedlichsten Gebieten „aufzufangen“, d. h. interkommunale Zusammenarbeit im Hinblick auf genau diese Problemkreise zu initiieren (z. B. Bürgerbüros, gemeinsame Sozialstationen, Jugendarbeit, gemeinsames E-Government und Marketing im Internet). Immerhin sind dann die Folgen von demografischem Wandel und Schrumpfung für die einzelne Gemeinde nicht mehr so gravierend. Darüber hinaus gibt es in Einzelfällen sogar Erfolg versprechende Ansätze der Zusammenarbeit in Form eines Zweckverbandes für „harte“ Faktoren wie die gewerbliche Entwicklung oder den Stadtumbau. So konnten Henning Schwartau von der HA Hessen Agentur GmbH, Wiesbaden, und Barbara Vay (nova-Institut, Offenbach) eine Reihe interessanter Ansätze präsentieren. Dabei konzentrierte sich Vay auf spezielle Kooperationsansätze auf der Grundlage von LEADER, Regionen aktiv und integrierten ländlichen Entwicklungskonzepten (ILEK).



Foto: Carsten Simon

Barbara Vay

Insgesamt wurde deutlich, dass der wechselseitige Blick über den eigenen Tellerrand am ehesten von Erfolg gekrönt ist, wenn Kooperation zunächst mit eher „weichen Faktoren“

begonnen wird und insbesondere dann, wenn es gelingt, Win-win-Situationen herbeizuführen. Aber auch regionale/lokale Promotoren und das Herausfinden möglichst konkreter Vorhaben spielen eine wichtige Rolle. Die räumliche Planung und speziell die Regionalplanung ist aufgerufen, vor dem Hintergrund ihrer hervorragenden Kenntnis des Raumes und seiner Akteure dabei nach Möglichkeit eine ebenso initiiierende wie koordinierende Funktion zu übernehmen.

Regionalparks

Die zweite Hälfte der Tagung stellte gleichzeitig das zweite Regionalparkforum von SAUL dar. In einem Grußwort reflektierte der Saarländische Minister für Umwelt Stefan Mörsdorf die Entwicklung von Städten und Regionen in Zeiten des Wandels grundlegender Paradigmen. Die eher generellen Grundlagen zur Diskussion um Regionalparks beleuchtete Ludger Gailing, Erkner, mit seinem Vortrag „Qualifizierung von Stadtlandschaften: Regionalparke in Deutschland als Kooperationsplattformen“. Er knüpfte an das Leitbild „Ressourcen bewahren – Kulturlandschaften gestalten“ an und skizzierte die Geschichte der Entstehung dieses projektorientierten Instruments vornehmlich in Agglomerationen, mit dem ein landschaftsbezogenes Regionalmanagement angestrebt wird. Dabei findet neben der interkommunalen Zusammenarbeit eine Art Multi-level-Government statt. Dieses reicht vom Projektträger über die Städte, Gemeinden und Regionen bis hinauf zum Bund und zeigt nach Gailings Einschätzung im Ergebnis durchaus Erfolge – sicherlich auch wegen der oft eng umrissenen Aufgabenstellung. Drei Dinge seien besonders hervorgehoben:

- Die möglichst überschaubare und konkrete Aufgabe für jede einzelne Stadtregion will individuell ausgelegt sein, gerade darin liegt aber auch die erhebliche Flexibilität dieses Instrumentes.
- Mit dem Regionalpark ist neben einer Steigerung des Gebrauchswerts in der Regel auch eine nachhaltige Bewirtschaftung verbunden.
- Das Regionalparkmanagement funktioniert dann am besten, wenn es regional und subregional organisiert ist.

Dabei bleibt der komplementäre Charakter festzuhalten. Denn der Regionalpark stellt ein umsetzungsorientiertes Konzept der Landschaftsplanung dar, das keinesfalls formale Planung ersetzt. Vielleicht liegt gerade in der ergänzenden Funktion der besondere Charme, der mit diesem Instrument im Allgemeinen ausgesprochen befriedigende Erfahrungen möglich macht.

Beispiele

Diesen Schluss mag man angesichts der im Einzelnen vorgestellten Beispiele der Regionalparks ziehen. In Frankfurt wurden mit rund hundert Teilprojekten ca. 100 km zusammenhängende Regionalparkroute (Naherholung) im Zuge einer ästhetischen Aufbereitung der Landschaft geschaffen. Dabei haben 30 Städte, der Planungsverband, das Land Hessen, zwei Landkreise und nicht zuletzt der „Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH“ zusammengearbeitet. Im Rhein-Neckar-Raum besteht mit dem neuen Staatsvertrag eine noch bessere Arbeitsgrundlage als bisher, wobei ebenfalls zahlrei-

che Projekte im Hinblick auf Landschaftsstrukturmerkmale, Uferzugänglichkeiten, Wege und das Herstellen von Verbindungen erfolgreich verwirklicht worden sind. Daran kann angeknüpft werden. Noch nicht ganz so weit sind die Regionalparks um Berlin herum, deren künftige Entwicklung zudem möglicherweise angesichts der katastrophalen finanziellen Situation des Landes Brandenburg nicht unbedingt als gesichert angesehen werden kann.

Aus der Reihe der Regionalparks wurde als letzter der Regionalpark „Saar“ von Andrea Hartz vorgestellt; eine Stadtlandschaft im Saarland, bei der versucht wird, mit Hilfe eines Masterplans Visionen für den Raum darzustellen und Grundlagen für eine mittelfristige Entwicklung zu beschreiben. Er bildet eine Plattform für regionale Netzwerke und für ein flexibles und je nach Vorhaben angepasstes Zusammengehen teilweise zahlreicher und durchaus unterschiedlicher Akteure. Das wurde deutlich bei der Vorstellung von drei Projekten, bei denen es um konkrete Folgenutzungen von industrieller Brache bzw. um die Sanierung von sozialer Brache geht. Dabei saßen teilweise sehr unterschiedliche Partner am Tisch, die großenteils bisher noch nicht zusammengearbeitet hatten. Im Ergebnis lassen sich die Anregungen aus dem Masterplan und die einzelnen Vorhaben und Projekte wohl noch am ehesten mit dem Motto zusammenfassen: „Sammeln, regenerieren, gestalten oder einfach nur unverändert lassen“.

Fazit

Damit hat dieses von der Referentin wie auch von den Vertreterinnen und Vertretern der Projekte engagiert dargestellte Beispiel das Gesamtbild der Tagung treffend abgerundet: Ist ein Leidensdruck vorhanden und lassen sich Vorhaben in einer überschaubaren Größenordnung beschreiben, entsteht relativ schnell bei einem entscheidenden Teil von Multiplikatoren die notwendige Sensibilität für die Notwendigkeit eines Zusammengehens und einer Vernetzung, aus der dann ein spürbares Engagement im Sinne einer Kooperation erwächst. Die Erfolgsfaktoren heißen demnach: Gemeinsamkeiten, Niedrigkosten, messbare Einzelschritte, äußerer Zwang, Imagegewinn u. ä. Kooperation ist also weit mehr als die Summe der Egoismen der einzelnen Kommunen (Jens Scheller).

Zu dieser Erkenntnis kann cum grano salis das Fazit des Forums verdichtet werden. Denn die vorgestellten und diskutierten Beiträge ließen eine beachtliche Vielfalt an Problemlagen und an Lösungswegen erkennen. Das bloße Vorhandensein eines Problems reicht in aller Regel noch nicht. Vielmehr muss der Prozess eines kommunikativen Aufeinander-Zugehens zumindest schon begonnen sein. Dem kann zwar auf phantasievolle und kreative Weise zweifellos nachgeholfen werden. Aber ein einzelner Motor allein kann es nicht richten – und sei er noch so kompetent und kreativ.

Auch mit der Kooperation verhält es sich also nicht anders als mit jeder „normalen“ Partnerschaft: Sie muss von beiden Seiten gewollt sein.

Burkhard Lange, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 28
E-Mail: Lange@ARL-net.de

Technische Infrastruktur in der Raumplanung

Probleme der technischen Infrastruktur sind in den letzten Jahren zunehmend in den Blickpunkt der raumplanerischen Fachdiskussion geraten. Die Akademie für Raumforschung und Landesplanung und das Fachgebiet „Ver- und Entsorgungssysteme in der Raumplanung“ (VES) der Fakultät Raumplanung, Universität Dortmund, haben mit dem gemeinsamen Kolloquium „Technische Infrastruktur in der Raumplanung“ am 16. und 17. Februar 2006 dieses Themenfeld aufgegriffen und dabei ausgewählte Ergebnisse ihrer Forschungsarbeit der Fachöffentlichkeit vorgestellt.

Im Bereich der Elektrizitätswirtschaft bestimmt vor allem die notwendige Regulierung des Wettbewerbs im europäischen Energiemarkt die Debatte. Diskussionspunkte für die Raumplanung sind darüber hinausgehend die Wechselbeziehungen zwischen Infrastrukturausbau und Raumentwicklung und die räumliche Versorgungsqualität und Preiswürdigkeit der Versorgung in einem liberalisierten Markt. Im Bereich der Wasserwirtschaft war die Wechselbeziehung zur räumlichen Planung in der Vergangenheit stets deutlich im Bewusstsein der Planungswissenschaft und -praxis verankert. Aber auch hier ergeben sich, insbesondere im Bereich der Abwasserentsorgung, durch den demographischen Wandel sowie durch die Siedlungsentwicklung in hochwassergefährdeten Gebieten direkte Bezüge zu raumplanerischen Kernthemen.

Der Strommarkt bis 2030

Der erste Veranstaltungstag stand unter dem Motto „Der Strommarkt bis 2030 – Ergebnisse eines ARL-Arbeitskreises“. Dabei wurden unter der Moderation von Prof. Dr.-Ing. Hans-Peter Tietz, Fachgebietsleitung Ver- und Entsorgungssysteme in der Raumplanung, Universität Dortmund, zentrale Ergebnisse des kürzlich abgeschlossenen Arbeitskreises „Räumliche Aspekte neuer Entwicklungen der Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland“ vorgestellt und diskutiert.

Als Einführung stellte MinRat Peter Franke, Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, mit seinem Referat „Auswirkungen der Reform des Strommarktes auf das Energieland Nordrhein-Westfalen“ die Veränderungen der rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft der letzten Jahre dar, die gerade für das Energieland Nordrhein-Westfalen eine besondere Bedeutung haben.

Dem schloss sich die Vorstellung von Ergebnissen des ARL-Arbeitskreises an:

- Wandel der Stromversorgung und räumliche Politik – Überblick über den ARL-Arbeitskreis (Prof. Dr. Dieter Gust, Direktor des Regionalverbandes Neckar-Alb, Mössingen)
- Großtechnische Systeme der Infrastrukturversorgung: Übergreifende Merkmale, räumliche Ausbreitung und räumlicher Wandel (Dr. Jochen Monstadt, Eidgenössische Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz, Luzern)

- Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung in netzgebundenen Infrastruktursektoren (Prof. Dr. rer. pol. Ulrich Scheele, Arbeitsgruppe für Regionale Struktur- und Umweltforschung, Universität Oldenburg)
- Mengenbezogene Veränderungen der Stromversorgung im Zusammenhang mit der Liberalisierung und dem Kernenergieausstieg (Prof. Dr.-Ing. Georg Förster, Studiengang Energie- und Recycling-Management, Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen)
- Räumliche Verteilungswirkungen – die technische Infrastruktur der Stromversorgung (Dr.-Ing. Jörg Fromme, Fachgebiet Ver- und Entsorgungssysteme in der Raumplanung, Universität Dortmund)

Die Abschlussdiskussion zeigte, dass noch eine Reihe von Fragen für die raumbezogene Wissenschaft zu bearbeiten sind, insbesondere die raumbezogenen Folgen einer künftigen Energieversorgung, die stärker als bisher auf nachwachsende Rohstoffe als Energielieferant abstellt. Auch die Netzwirkungen des eventuell notwendig werdenden Ausbaus der Windenergiegewinnung sind noch nicht hinreichend erforscht.

Wasserwirtschaft und Raum

Am zweiten Veranstaltungstag präsentierte das VES unter dem Motto „Wasserwirtschaft und Raum“ aktuelle Forschungsarbeiten rund um die Themenfelder Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Dabei wurden internationale und deutsche Projekte vorgestellt, die landschaftsgestalterische und siedlungsökologische Aspekte wie auch die Wechselwirkungen zwischen Siedlungs- bzw. Bevölkerungsentwicklung und Infrastrukturfolgekosten thematisieren:

- Dezentrale Abwasserbewirtschaftung (Dipl.-Ing. Julia Genshoff)
- Union des Terres de Rivières – Requalifizierung von Flusslandschaften (Dipl.-Ing. Tanja Hühner)
- Einfluss von Siedlungsstruktur und Siedlungsentwicklung auf Infrastrukturkosten. Dargestellt am Beispiel der Abwasserentsorgung (Dipl.-Ing. Till Jenssen u. Dipl.-Ing. Ercan Karakoyun)
- Dezentrale Abwasserentsorgung im urbanen Raum – Ermittlung und Analyse von Eignungsgebieten in Hagen und Magdeburg (Dipl.-Ing. Silke Rendigs u. Dipl.-Ing. Ina Trau)
- Sustainable Criteria for Urban Water Management – Case Study on National Indoor Stadium of Olympic Games 2008 (Dipl.-Ing. Helen Langenhorst)

In der anschließenden Diskussion ging es vor allem um die Netzaspekte der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung. Hier seien ebenfalls noch erhebliche Forschungsnotwendigkeiten erkennbar.

Nationale Nachhaltigkeitsstrategien

Den Abschluss bildete ein Vortrag, der sich mit den Nachhaltigkeitsstrategien in Deutschland, Österreich, Großbritannien und den Niederlanden (unter anderem) am Beispiel des Klimaschutzes befasste:

- Nationale Nachhaltigkeitsstrategien: Reformmotoren oder wirkungslose Symbolpolitik? (PD Dr. habil. Susanne Stark, Fachgebiet Ver- und Entsorgungssysteme in der Raumplanung, Universität Dortmund)

Mit einem Dank an Referenten und Vortragende schloss der Moderator Prof. Tietz die Veranstaltung.

Hans Pohle

Neue Orientierungen nationaler Stadtpolitik

Am 11. und 12. Mai 2006 veranstalteten DASL, ARL und BBR in Berlin erneut ein gemeinsames Wissenschaftliches Kolloquium, dieses Mal zum Thema „Neue Orientierungen nationaler Stadtpolitik“. Hintergrund und Anlass der Veranstaltung war, dass auf der Ebene des Bundes und auch bei

Diese konzeptionellen Fragen wurden durch Vorträge und Podien aufbereitet und mit den Teilnehmern diskutiert.

Städte in Deutschland – Städte in Europa: Was leisten, was erwarten und was fordern sie?

Nach der Begrüßung durch Florian Mausbach, Präsident des BBR, Berlin, wurde im Startpodium des ersten Tages unter der Moderation von Prof. Dr. Heinrich Mäding, Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik und Vizepräsident der ARL, Berlin, die Erwartungen und Forderungen der Städte an eine solche neue nationale Stadtpolitik diskutiert. Mäding wies in seiner Einführung insbesondere auf die veränderten Rahmenbedingungen hin, denen sich die Städte inzwischen gegenübersehen. Er zählte dazu insbesondere den demografischen Wandel, die Intensivierung des internationalen Standortwettbewerbs und die sozialen Veränderungen in der Gesellschaft, aber auch die neue Rolle, die die großen Städte als Kerne der Metropolregionen im neuen Leitbild der Raumordnung auf Bundesebene spielen.

Die beiden Teilnehmerinnen Prof. Christiane Thalgot, Stadtbaurätin der Landeshauptstadt München und Präsidentin der DASL, und Dr. Rosemarie Wilcken, Bürgermeisterin der Hansestadt Wismar, machten in ihren Statements deutlich, dass die bisherige Unterstützung der Städte durch Einzelprogramme der Städtebauförderung nicht ausreiche, um den Zukunftsaufgaben, die sich aus den o. a. Veränderungen ergeben haben, gerecht zu werden. Sie betonten besonders, dass die Stadt ihre Probleme nur gemeinsam mit dem Umland, d. h. im stadt-regionalen Kontext lösen könne. Das setze aber eine Neuregelung der Stadt-Umland-Beziehungen und der Kooperationsmöglichkeiten zwischen beiden voraus. Thalgot und Wilcken forderten, dass innerhalb der inzwischen begonnenen Reformen des föderativen Systems in Deutschland dem Subsidiaritätsprinzip und dem Konnexitätsprinzip stärker Rechnung getragen werden müsse. Zudem sei allen Gesetzesvorhaben der Ebene des Bundes und der Länder eine Stadtfolgenabschätzung hinzuzufügen, die die konkreten Wirkungen insbesondere auf die Haushalte der Städte beinhalte. Zu fordern sei zudem, den Städten ein verbindliches Anhörungsrecht, am besten mit Vetomacht, bei diesen Gesetzesvorhaben einzuräumen, um eine direkte Beziehung zwischen der Ebene des Bundes und den Kommunen zu installieren.



den Institutionen der Europäischen Union die Städte und Stadtregionen mehr denn je im Brennpunkt der Diskussion stehen. Sie sind Motoren wirtschaftlicher Entwicklung und gleichzeitig Zentren bürgerlichen Engagements und kulturellen Lebens. Dabei übersteigt das ihnen zugedachte Aufgabenbündel nicht nur angesichts krisenhafter Haushaltslagen häufig das stadtregionale Leistungsvermögen.

Chancen wie Risiken bieten somit Anlass für Neuorientierung und Qualifizierung nationaler Stadtpolitik. Zwar sind die erforderlichen Bausteine großteils vorhanden, nicht aber eine konsistente programmatische Gesamtstrategie, die Stadt und Stadtregion in den Mittelpunkt stellt und nationale Interessen im europäischen Rahmen vertritt. Wie könnten diese neuen Ziele und Inhalte gesamtstaatlicher Politik für Städte und Stadtregionen aussehen, wie Strategien zu ihrer Umsetzung? Was sollen Bund, Länder und auch die immer stärker rahmensetzende europäische Ebene leisten? Was erwarten Kommunen und Unternehmen, was werden sie selbst beitragen? Welche Beiträge bietet hierzu die überörtliche Raumplanung an?

Konkret wurde des Weiteren aufgezeigt, dass auch auf EU-Ebene konkrete fachpolitische Forderungen zu stellen seien; insbesondere müsse das vorgeschriebene Ausschreibungsverfahren für Dienstleistungen, das die Kooperation zwischen

Die empirische Entwicklung und das räumliche Pattern des deutschen Siedlungssystems mit ihren Städten als Wachstumszentren und als Anker des sie umgebenden Raums stellte Dr. Peter Gatzweiler, BBR, Bonn, in seinem Vortrag „Herausforderungen deutscher Städte und Stadtregionen – Anforderungen an eine nationale Stadtpolitik“ dar. Er betonte, dass Wachstum und Schrumpfung von Städten keinem durchgängig regionalen Muster folgen, sondern in allen Bundesländern vorkommen. Auch seien die Kernstädte nicht immer die Verlierer des demografischen Wandels, sondern es sei durchaus schon zu beobachten, dass der Trend der Suburbanisierung in einigen Großstadtregionen gebrochen sei. Problematisch sei jedoch in allen Städten, dass die demografischen Veränderungen zu einer Erhöhung des



v.l.: Christiane Thalgot, Heinrich Mading, Rosemarie Wilcken

benachbarten Kommunen inzwischen fast unmöglich machen, geändert werden. Auch die Bildungspolitik sollte gesamthaft und integrativ im Zusammenspiel von Bund, Ländern und Gemeinden neu geregelt werden, da gerade in den Schulen und bei der Ausbildung die wesentliche Integrationsleistung bei den Städten liege. Daher müsse auch über eine Verbesserung der Einnahmemöglichkeiten der Kommunen und die Reform der vertikalen Finanzbeziehungen nachgedacht werden. Bei der Wohnungspolitik sei insbesondere davor zu warnen, die kommunalen Bestände an Wohnungen zur Deckung von Haushaltslöchern zu verwenden. Damit würde eine der wesentlichen siedlungsstrukturellen Steuerungsmöglichkeiten der Kommunen aus der Hand gegeben.

Die Positionen der Podiumsteilnehmerinnen wurden in der anschließenden Diskussion im Wesentlichen bestärkt.

Zentrale Forderungen und konzeptionelle Überlegungen

Mit einer Zusammenfassung der zentralen Aussagen des ersten Tages durch Prof. Dr.-Ing. Klaus Borchard, Präsident der ARL, Bonn, begann der zweite Tag. Borchard hob hervor, dass es für die Städte gelte, die Gunst der Stunde, d. h. die weitergehende Föderalismusreform und die Neuformulierung der raumordnerischen Leitbilder, zu nutzen, um ihren entwicklungspolitischen Belangen und Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen. Allerdings müsse auch darauf hingewiesen werden, dass einige der Probleme, die die Städte beklagen, bereits heute durch eine gute Raumordnung auf der stadt-regionalen Ebene, z. B. im Bereich der Suburbanisierung von Bevölkerung und Wirtschaft, gelöst werden könnten.



Klaus Borchard

Anteils älterer Menschen führen werde und ebenso die sozial-räumliche Polarisierung und Segregation gerade in den Großstädten weiter voranschreite. Hier liege der zentrale Handlungsbedarf, um den Städten eine positive Zukunft zu sichern.

Im Verlaufe der weiteren Veranstaltung wurden die empirischen Befunde, die darauf aufbauenden konzeptionellen Überlegungen und zentralen Forderungen des ersten Tages in weiteren Podien vertieft:

- Podium II: Raumordnung für die Entwicklung von Stadt und Region – Bedeutung und Beitrag der Raumordnung zur Stärkung nationaler und europäischer Netze (Moderation: Prof. Dr. Hans H. Blotevogel, Universität Dortmund)
- Podium III: Chancen nationaler Stadtpolitik im europäischen Kontext – Föderale Struktur und Kompetenz auf dem Prüfstand (Moderation: Prof. Dr. Wendelin Strubelt, BBR, Bonn)
- Podium IV: Wie kann Politik und Planung für Städte und Stadtregionen vorangebracht werden? – Erwartungen an die zukünftige Gestaltung nationaler Stadtpolitik (Moderation: Prof. Dr. Michael Krautzberger, Bonn)



Peter Gatzweiler

Künftige Stadtpolitik auf Bundesebene

Den Abschluss bildete ein Vortrag von Staatssekretär Dr.-Ing. Engelbert Lütke Daldrup, BMVBS, Berlin, zum Thema „Stadtentwicklung als gesamtstaatliche Aufgabe – Zur Rolle des Bundes in einem Europa der Städte und Regionen“.

Lütke Daldrup konstatierte zunächst, dass mit den neuen Leitbildern die Raumordnung auf Bundesebene die früher gepflegte „Stadtfeindlichkeit“ abgelegt habe und die Rolle gerade der großen Städte für die Entwicklung des ganzen Bundesgebiets anerkenne und auch fördere. Es finde inzwi-

schen eine Refokussierung der raumbezogenen Entwicklungspolitik auf die Städte statt, um sowohl ihre Motorenfunktion im Wachstumsprozess als auch ihre Ankerfunktion für ihr



Engelbert Lütke Daldrup

engeres und weiteres Umland zu stärken. Neben der Fortführung bisheriger Programme wie z. B. des Stadtumbaus, des Programms Soziale Stadt und der Städtebauförderung stünden auf Bundesebene insbesondere die Novellierung des Raumordnungsgesetzes und die europäischen Aktivitäten zur Deutschen

Ratspräsidentschaft im Vordergrund. Hier gelte es, gegenüber der EU aus der bisherigen eher reaktiven Haltung herauszukommen und deutsche Vorstellungen zur Entwicklung einer stadtbezogenen Raumentwicklungspolitik offensiv einzubringen. Dabei käme der zu entwickelnden „Territorialen Agenda“ und der „Leipzig-Charta“ eine herausragende Rolle zu. In diese Prozesse sollen sowohl die raum- und stadtbezogenen Forschung als auch die Städte und Kommunen in Deutschland direkt eingebunden werden.

In ihrem Schlusswort fasste Prof. Thalgott die Veranstaltungsergebnisse zusammen. Sie resümierte, dass es ohne eine stärkere Einbindung der Städte in die sie berührenden Gesetzgebungsverfahren nicht gehe und dazu eine realistische Gesetzesfolgenabschätzung für Städte (Kommunalverträglichkeitsprüfung) eingeführt werden müsse. Auch gegenüber der EU sei eine breitere Partizipation mit besserem Informationsfluss und Transparenz zu fordern, damit die berechtigten Forderungen der Städte nicht zwischen Bundesländern, Nationalstaat und Brüssel zerrieben werden. Dabei gelte es aber auch, die Chancen zu nutzen, die auf der EU-Ebene mit dem Konzept der Stärkung der Metropolregionen eröffnet worden seien. Mit einem Dank an die Referenten, die Podiumsteilnehmer und die Teilnehmer schloss sie die Veranstaltung.

Hans Pohle

SUP-Workshop

Terminänderung

Nach der sehr guten Resonanz auf den Workshop „Umweltprüfung von Regionalplänen – Diskussion von Lösungsansätzen aus der Planungspraxis“, im Januar 2006 gemeinsam veranstaltet von der ARL, dem Niedersächsischen Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Abteilung Landesplanung, und der Region Hannover (siehe Bericht in den NACHRICHTEN 1/2006, S. 39 f.), wurde beschlossen, eine zweite Veranstaltung zu diesem Thema durchzuführen.

Der Workshop wird am 29.01.2007 in Mannheim stattfinden. Das genaue Programm und nähere Informationen werden in den nächsten NACHRICHTEN sowie auf der Homepage der ARL bekannt gegeben.

Gerhard Overbeck, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 22
E-Mail: Overbeck@ARL-net.de

RAUMFORSCHUNG UND RAUMORDNUNG

2/2006

Wissenschaftliche Beiträge

■ Vicente Royuela, Juan Carlos Duque, Jordi Suriñach

Regional Science in Germany During the Nineties – are German Publication Patterns different?

■ Marcel Schmitt, Irmi Seidl

Der Einfluss des Bodenpreisniveaus auf die Bebauungsdichte von Wohnareal. Eine empirische Untersuchung in den Kantonen Basel-Landschaft und Zürich

■ Markus Bleck, Michael Wagner

Stadt-Umland-Wanderung in Nordrhein-Westfalen – eine Meta-Analyse

Berichte aus Forschung und Praxis

■ Michael Bongartz

Rechtliche Absicherung oberflächennaher Rohstoffgewinnung. Regionalplanerische Sicherung und Genehmigungsverfahren in Nordrhein-Westfalen

■ Mathias Kaiser

Dezentrale Regenwasserbewirtschaftung als Baustein einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung

■ G. Wolfgang Heinze

Kurskorrektur – Eine Ortsbestimmung der Raumordnung aus Verkehrssicht

ISSN 0034-0111

Bestellungen an

Carl Heymanns Verlag KG
Luxemburger Str. 449, 50939 Köln
Tel.: (02 21) 94 37 30, Fax: (02 21) 94 37 39 01
E-Mail: vertrieb@heymanns.com
Internet: www.heymanns.com

Erneuerbare Energien als Gegenstand von Festlegungen in Raumordnungsplänen

Franz Karl (Hrsg.)

Arbeitsmaterial
der Akademie für Raumforschung und Landesplanung
Hannover 2006, Nr. 319, 86 S.
ISBN 3-88838-319-6

Windkraftanlagen beeinträchtigen das Landschaftsbild zwangsläufig und ziehen damit automatisch die Aufmerksamkeit auf sich. Andere erneuerbare Energiequellen sind gewöhnlich nicht mit dieser Problematik so stark behaftet und kommen nicht mit dem § 35 BauGB (Privilegierung im Außenbereich) in Konflikt. Zur Steuerung der Windkraftnutzung muss auf regionalplanerische Instrumente (Vorbehalts-, Vorrang- oder Ausschlussgebiet) zurückgegriffen werden. Infolge der rechtlichen Beurteilung der raumplanerischen Konzepte zur Windenergienutzung wird diesen auf regionaler Ebene ein breiter Raum eingeräumt.

Dieser Untersuchungsschwerpunkt wird im Hinblick auf die Energieversorgung und auf erneuerbare Energie eingangs in einen Gesamtzusammenhang gestellt, wie auch deren regionalwirtschaftliche Aspekte. Auch auf den rechtlichen Rahmen regionalplanerischer Konzepte und deren rechtliche Folgerungen bei der Nutzung von Windenergieanlagen im Außenbereich wird eingegangen.

- | | | |
|--|---|--|
| Franz Karl | 1 | Einführung: Aufgaben, Ziele und methodisches Vorgehen |
| Franz Karl | 2 | Energieversorgung und erneuerbare Energien |
| Jörg Maier | 3 | Zur regionalwirtschaftlichen Bedeutung erneuerbarer Energien |
| Franz Karl | 4 | Regelungen zu erneuerbaren Energien in bayerischen Raumordnungsplänen |
| Franz Karl | 5 | Ist neben der Windenergie eine raumordnerische Steuerung auch anderer erneuerbarer Energien notwendig und machbar? |
| Bernd Arnal
Franz Karl
Muna Kopfmüller | 6 | Darstellung der Windkraftnutzungskonzepte in den bayerischen Regionalplänen |
| Gerrit Manssen | 7 | Rechtliche Beurteilung der regionalplanerischen Konzepte zur Windenergienutzung |
| Richard Bartlsperger | 8 | Rechtliche Aspekte bei erneuerbaren Energien. Folgerungen zu einem vorhabenspezifischen Anwendungsbereich; Raumplanung zur Außenbereichsnutzung durch Windenergieanlagen |
| Franz Karl | 9 | Zusammenfassung |

Kurzfassungen/Abstracts

Chancen der EU-Osterweiterung für Ostdeutschland

Karl Martin Born, Timo Fichtner,
Stefan Krätke (Hrsg.)

Arbeitsmaterial
der Akademie für Raumforschung und Landesplanung
Hannover 2006, Nr. 321, 314 S.
ISBN 3-88838-321-8

Die am 1. Mai 2004 vollzogene Osterweiterung der Europäischen Union wird als Meilenstein im Prozess der Überwindung der Spaltung Europas und als bedeutsamer Schritt auf dem Weg der politisch-institutionellen und wirtschaftlichen Integration der Länder Europas betrachtet. Für die Raumentwicklung in Ostdeutschland bringt die EU-Osterweiterung damit sowohl neue Herausforderungen auf verschiedenen fachpolitischen Ebenen in grenzüberschreitenden Zusammenhängen als auch neue Entwicklungsbedingungen für die Regionen an den Grenzen der „alten“ EU und der neuen EU-Mitgliedsländer, ebenso wie für Regionen im „Inneren“ der alten und neuen Mitgliedsstaaten.

Mit Bezug auf die regionale Entwicklung in Ostdeutschland, die außerhalb der wenigen Wachstumsinseln von Strukturschwäche, Arbeitsmarktkrise und Bevölkerungsabwanderung geprägt ist, wurde die EU-Osterweiterung in den letzten Jahren vor allem als ein zusätzlicher Risikofaktor der Entwicklung betrachtet, während die Chancen für die regionale Entwicklung in Ostdeutschland meist vernachlässigt worden sind.

Diese neuen Entwicklungschancen stehen dagegen bei diesem Band im Mittelpunkt der Analyse. Der Fokus der Arbeiten liegt auf den Bereichen der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes, der Agrarstrukturen und des ländlichen Raums, der Zusammenarbeit in der raumbezogenen Planung und im Verkehr. Zwar konzentriert sich die Analyse auf die neuen Entwicklungsbedingungen an den Grenzen der „alten“ EU und der neuen EU-Mitgliedsländer, d. h. insbesondere auf die grenznahen Regionen Ostdeutschlands, aber auch große urbane Zentren wie Berlin und Dresden werden in die Betrachtung mit einbezogen.

Stefan Krätke Vorwort und Einführung

I Sozio-ökonomische Entwicklungsbedingungen von ost-deutschen Regionen im Kontext der EU-Osterweiterung

- | | |
|----------------------------------|--|
| Gerhard Heimpold
Rupert Kawka | Grenzregionen als Unternehmensstandorte – Entwicklungsstand, regionale Einflussfaktoren und Unternehmensnetzwerke |
| Peter Jurczek | Wirtschaftliche Struktur und Entwicklung im sächsisch-böhmischen Grenzgebiet – Unternehmerische Einschätzungen, Handlungsbedarfe und Aktivitäten |
| Sabine Zillmer | Perspektiven der EU-Förderung in den neuen Mitgliedsländern und Ostdeutschland auf der Grundlage |

	der regionalen Humankapitalausstattung
<i>Stefan Krätke</i>	Die deutsch-polnischen Unternehmensbeziehungen als Entwicklungsfaktor für die Metropolregion Berlin
<i>Karl Martin Born</i>	Agrarstrukturen im ländlichen Raum und mögliche Auswirkungen der EU-Erweiterung auf periphere ländliche Räume
<i>Timo Fichtner</i>	Entwicklungstendenzen in peripheren Regionen Ostdeutschlands – Ostbrandenburg und die Erweiterung der Europäischen Union

II Institutionelle Bedingungen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und planerische Initiativen im Kontext der EU-Osterweiterung

<i>Robert Knippschild</i>	Rahmenbedingungen und Beispiele zur Koordination der Raum- und Siedlungsentwicklung im deutsch-polnischen Grenzraum
<i>Isolde Roch Matthias Matthey</i>	Grundlagen und Perspektiven grenzüberschreitender Raumentwicklung für den deutsch-tschechischen Grenzraum
<i>Markus Leibenath</i>	Vernetzung von Natura-2000-Gebieten zwischen Polen, der Tschechischen Republik und Deutschland und daraus resultierende Chancen für die ostdeutschen Grenzregionen
<i>Gerold Janssen</i>	Rechtliche Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Tschechien im Bereich der umweltbezogenen Planung
<i>Thomas Fabian Wolfgang Stoll Brigitte Kubica</i>	Grenzüberschreitende Planungsverfahren zwischen Deutschland und Polen
<i>Peter Dehne Waldemar Okon</i>	Deutsch-polnische Zusammenarbeit und Abstimmung in der Regionalentwicklung Vorpommerns
<i>Edgar Trawnicek Gerhard Platzer</i>	Neue Chancen für die Regionen entlang der ehemaligen EU-Außengrenze durch Verbesserung der Erreichbarkeit
<i>Peter Heinrich</i>	Grenzüberschreitende Verkehrsverbindungen zwischen dem Freistaat Sachsen und den Wojewodschaften Niederschlesien und Lebusen Land
<i>G. Wolfgang Heinze Ulrich Rabe</i>	Leitvorstellungen für ein deutsch-polnisches Verkehrsprojekt – Das Integrierte Verkehrskonzept Usedom-Wollin

III Zusammenfassung: Politische Konsequenzen und offene Forschungsfragen

<i>Stefan Krätke</i>	Ergebnisse der AG „Chancen der EU-Osterweiterung für Ostdeutschland“
----------------------	--

Kurzfassungen/Abstracts

Flächenmanagement

Grundlagen für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung mit Fallbeispielen aus Bayern

Hubert Job, Marco Pütz (Hrsg.)

Arbeitsmaterial
der Akademie für Raumforschung und Landesplanung
Hannover 2006, Nr. 322, 224 S.
ISBN 3-88838-322-6

Flächenmanagement tut Not. Es ist nicht nur ein Gebot der Nachhaltigkeit, sondern auch eine politische Zielsetzung, die Inanspruchnahme von „Freiflächen“ für Siedlungs- und Verkehrsanlagen auf 30 ha je Tag zu reduzieren. Untersucht werden die Rahmenbedingungen für ein Flächenmanagement. Das geschieht an Fallbeispielen aus Bayern aus unterschiedlichen Räumen. Aus Theorie und tatsächlicher Flächeninanspruchnahme werden Handlungsempfehlungen abgeleitet, die einen Maßnahmen-Mix vorschlagen aus Monitoring/Controlling, regionaler Verantwortung und Wettbewerbs- und Finanzierungsmodellen für die Innenentwicklung zum Flächensparen.

Vorwort

I Grundlagen und Rahmenbedingungen des Flächenmanagements

<i>Karl Ruppert</i>	Flächennutzung im gesamtgesellschaftlichen Kontext – ein Thesenpapier
<i>Fabian Dosch</i>	Flächeneffizienz statt Zersiedelung – Zwischenbilanz der flächenpolitischen Diskussion vor dem Hintergrund aktueller Trends
<i>Dieter Engelhardt</i>	Rechtsfragen des Flächenmanagements
<i>Bruno Dietrichs</i>	Flächenmanagement in der Regionalplanung
<i>Stefan Siedentop</i>	Regionale Flächeninformationssysteme als Bestandteile des regionalen Flächenmanagements – Entwicklungsstand und Perspektiven
<i>Hubert Job Marco Pütz</i>	Aktuelle Struktur und Entwicklung der Flächennutzung in Bayern
<i>Reinhold Koch</i>	Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Flächeninanspruchnahme in Bayern

II Fallbeispiele zum Flächenmanagement in Bayern

<i>Claus Hensold</i>	Kommunales Flächenmanagement und das „Bündnis zum Flächensparen“ in Bayern
<i>Julian Osswald Tobias Meigel</i>	Der Stadtentwicklungsverband Ulm/Neu-Ulm als Beispiel einer flächenrelevanten interkommunalen Kooperation
<i>Stefanie Mattern Johannes Wälde</i>	Regionales Flächenmanagement am Beispiel der Region Bayerischer Untermain

Michael Besler Claus-Christian Wiegandt Thomas Bläser Hubert Job Reinhard Paesler	Brachflächen- und Baulückenkataster als Instrumente des kommunalen Flächenmanagements in der Praxis Freiflächeninanspruchnahme und Bodenversiegelung – Ausmaß und Gegenmaßnahmen auf kommunaler Ebene, aufgezeigt am Beispiel zweier Gemeinden unterschiedlicher Raumkategorien
Marco Pütz	Steuerung und Koordination der Flächennutzung auf regionaler Ebene am Beispiel der Metropolregion München
Bernd Arnal	Bahnbrachen als Flächenpotenzial am Beispiel der Region Oberfranken-West

III

Fazit

Fabian Dosch Claus Hensold Hubert Job Marco Pütz	„Mehr Wert für die Fläche“: Handlungsempfehlungen für das Flächenmanagement
---	--

Kurzfassungen / Abstracts



Novellierung des Landesplanungsrechts in Nordrhein-Westfalen

Jörn Birkmann, Lothar Finke (Hrsg.)

Arbeitsmaterial
der Akademie für Raumforschung und Landesplanung
Hannover 2006, Nr. 327, 56 S.
ISBN 3-88838-327-7

Wie in den anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland ist in den letzten Jahren auch das Landesplanungsrecht in Nordrhein-Westfalen dem neuen Raumordnungsgesetz (ROG) angepasst worden. Diesen Prozess hat eine Arbeitsgruppe der Landesarbeitsgemeinschaft Nordrhein-Westfalen der ARL beratend begleitet. Nachdem die Mitglieder der Gruppe bereits frühzeitig Empfehlungen zu den kurzfristigen Anpassungserfordernissen gegeben hatten, stand im Mittelpunkt der weiteren Arbeiten der mittelfristig umzusetzende Novellierungsbedarf. Dabei ging es vor allem um die Überprüfung der landesplanerischen Konzepte und Instrumente, die Ausgestaltung der Zielvorgaben, die Zusammenführung von Landesentwicklungsprogramm und Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen, die Vor- und Nachteile regionaler Flächennutzungspläne, Überlegungen zu Fachbeiträgen der raumbezogenen Fachplanungen und die kontinuierliche Berichterstattung (Monitoring) im Rahmen der Neuausrichtung der planerischen Tätigkeit.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe haben die Ergebnisse ihrer Beratungen im Rahmen von Anhörungen, Seminaren und Diskussionsforen breit und direkt in den Novellierungsdiskurs auf Landesebene eingebracht. Darüber hinaus haben sie ausgewählte Ergebnisse ihrer Politikberatungstätigkeit und Gedanken zu offenen Fragen der Novellierung des Rechts der Landesplanung in Nordrhein-Westfalen zur Veröffentlichung aufbereitet.

Vorwort

Lothar Finke	Tätigkeitsbericht des Leiters der Arbeitsgruppe „Novellierung des Landesplanungsrechts in Nordrhein-Westfalen“ der Landesarbeitsgemeinschaft NRW der ARL
Lothar Finke	Fachbeiträge zum Gewässer- und Bodenschutz für die Landes- und Regionalplanung
Stefan Greiving	Regionale Flächennutzungspläne für das Ruhrgebiet – Ein Beitrag zur Lösung der bestehenden Stadt-Umland-Probleme
Albert Schmidt	Anforderungen an freiraum-relevante Inhalte eines neuen Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen (LEP NRW) nach Wegfall des Landesentwicklungsprogramms (LEPro)
Jörn Birkmann	Monitoring im Rahmen der Neuausrichtung planerischer Steuerung vor dem Hintergrund der Novellierung des Landesplanungsrechts in Nordrhein-Westfalen
Bernd Mielke	Aktuelle Entwicklungen in der niederländischen Planung – Anregung für Landesplanungsgesetz und Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen?
Heinz Konze	Planen und Politik beraten – Lust oder Frust?

Kurzfassungen / Abstracts

Räumliche Konsequenzen
des demographischen Wandels
Teil 7

Konsequenzen aus der demographischen Entwicklung für Regionen in Nordwestdeutschland

Hans-Jürgen Back (Hrsg.)

Arbeitsmaterial
der Akademie für Raumforschung und Landesplanung
Hannover 2006, Nr. 328, 68 S.
ISBN 3-88838-328-5

In drei strukturschwachen Kreisen Nordwestdeutschlands – Dithmarschen, Goslar und Lüchow-Dannenberg – werden die demographischen Veränderungen in ihren Auswirkungen auf den Tourismus, die Bildung und die Mobilität analysiert. Auf diesem Hintergrund werden für die regionalen Akteure Handlungsempfehlungen entwickelt. Die Empfehlungen, die den Vertretern der Kreise vorgestellt und von diesen zustimmend zur Kenntnis genommen worden sind, betonen die Notwendigkeit einer tragfähigen Zentrale-Orte-Struktur als Gerüst öffentlicher und privater Einrichtungen der Daseinsvorsorge, die Notwendigkeit interkommunaler und intersektoraler Kooperation zur Sicherung finanzierbarer leistungsfähiger Angebote und die Notwendigkeit überregionaler Partnerschaften von starken und schwachen Teilräumen. Die Empfehlungen verstehen sich auch als Beitrag in der aktuellen Diskussion um die Neubestimmung gleichwertiger Lebensverhältnisse.

Vorwort

I Einführung

- 1 Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels: Forschungsschwerpunkt der ARL
- 2 Stand der Diskussion in Nordwestdeutschland

II Demographischer Wandel in Regionen Nordwestdeutschlands: Der spezifische Ansatz der nordwestdeutschen LAG

- 1 Handlungsorientierung / Praxistauglichkeit
- 2 Beispielräume
- 3 Schwerpunktbereiche

III Handlungsbedarfe und Handlungsempfehlungen für die Beispielräume

- 1 Tourismus, Freizeit, Wellness
- 2 Bildung
- 3 Mobilität

IV Allgemeine Befunde – Konsequenzen für die räumliche Planung

- 1 Grundsätzliche Wirkungsweisen und Handlungsoptionen
- 2 Handlungsempfehlungen für die betrachteten Beispielräume
- 3 Konsequenzen für die räumliche Planung

Literatur

Kurzfassung / Abstract



Neues Positionspapier aus der ARL

Nr. 65

Zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung
(Bereich Raumordnung)

Stellungnahme zu den Verfassungsänderungen
zu Art. 72 Abs. 3 GG (BT-Drs. 16/813)

Positionspapier aus dem Ad-hoc-Arbeitskreis „Planung und Recht“ der ARL. In diesem Heft, s. „Zur Diskussion“.

Die Positionspapiere aus der ARL können als pdf-Datei von der Website der ARL (www.ARL-net.de/News) heruntergeladen werden oder sind über das Sekretariat der ARL (E-Mail: Berswordt@ARL-net.de, Tel. 0511 – 3 48 42 – 13) zu beziehen.

Handwörterbuch der Raumordnung 2005

Leseproben



Das vollständig neu bearbeitete „Handwörterbuch der Raumordnung“ (4. Auflage 2005) bietet einen umfassenden Überblick über alle wesentlichen Bereiche von Raumordnung, Raumforschung und Raumentwicklung. Bereits seit seiner Ankündigung wird es stark nachgefragt. Auf vielfachen Wunsch stellt die ARL jetzt erstmals Leseproben dieses Standardwerkes auf ihrer Website (www.arl-net.de) zur Verfügung.

In der Rubrik „News“ finden Sie einen Link auf die Seite des Handwörterbuchs. Hier liegen drei ausgewählte Beiträge als frei abrufbare pdf-Dokumente vor:

- Bewertungs- und Entscheidungsmethoden
- Konzeptionen der Raumordnung
- Regionale Strukturpolitik

Wissenschaftlicher Beirat tagt in Hannover

Am 17. März 2006 kam der Wissenschaftliche Beirat unter dem Vorsitz von Prof. Dr.-Ing. Gerhard Steinebach, TU Kaiserslautern, zu seiner ersten Sitzung in diesem Jahr zusammen. Im Mittelpunkt der Diskussionen stand das zweite Audit, das der Beirat im Herbst 2005 durchgeführt hat (siehe gesonderten Beitrag in diesem Heft). In seiner Stellungnahme mit den Ergebnissen des Audits hat der Beirat Empfehlungen für Weiterentwicklungen gegeben, die das Präsidium und das Sekretariat bereits aufgegriffen haben. So hat er angeregt, den Prozess der Ideen- und Themensammlung bis zur Umsetzung in konkrete Vorhaben und Projekte künftig noch transparenter zu machen, indem dieser Prozess schriftlich dargelegt wird. Dies ist zwischenzeitlich mit dem Papier „Themenfindung, -auswahl und -präzisierung in der ARL“ geschehen. Ferner ermutigte der Beirat das Präsidium und das Sekretariat, sich für Rezensionen der ARL-Veröffentlichungen einzusetzen, und erklärte seine Bereitschaft zur Mitwirkung. Auch hier sind bereits entsprechende Aktivitäten gestartet worden. Das Kooperationskonzept, das im Sekretariat, einer Anregung aus dem Audit folgend, erstellt wurde, ist vom Beirat begrüßt und intensiv diskutiert worden.

Der Wissenschaftliche Beirat hat nicht nur eine Bewertungsfunktion – die in den letzten Monaten im Vordergrund stand –, sondern ist auch wichtiger Impulsgeber für die strategische Weiterentwicklung der Akademiearbeit. So schlugen Mitglieder des Beirats Themen vor, bei denen die ARL prüfen sollte, ob sie nicht mittelfristig in das Arbeitsprogramm aufgenommen werden könnten. Hierzu zählen beispielsweise Fragen des Standortwettbewerbs von Regionen in Zusammenhang mit den aktuellen Prozessen der Globalisierung („Locational Competition“), die Wettbewerbsfähigkeit der politischen Systeme auf kommunaler und Län-

derebene sowie der Systeme der öffentlichen Verwaltung („New Public Management“) und die Rolle von Unternehmen bei der Standort- und Strukturentwicklung in Regionen. Eine sorgfältige Prüfung der Vorschläge wurde zugesichert.

Weitere Tagesordnungspunkte waren der Entwurf des Programmbudgets 2007, zu dem der Wissenschaftliche Beirat eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen unterbreitete, sowie die geplante Befragung von Nutzerinnen und Nutzern der ARL-Produkte als ein wichtiger Baustein der Qualitätssicherung und der Messung der Zufriedenheit. Schließlich wur-



v.l.: Gerhard Steinebach, Fritz Wegelin, Stefan Schaltegger

den Termine sowie Aufgaben im Vorfeld der anstehenden Evaluierung durch die Leibniz-Gemeinschaft besprochen, wobei der Wissenschaftliche Beirat eine bedeutende Rolle innehat. So soll sich die nächste Sitzung des Beirats vorrangig mit der Vorbereitung der Evaluierung befassen.

Andreas Klee, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 39
E-Mail: Klee@ARL-net.de

Sitzung des Kuratoriums

Das Kuratorium der ARL kam am 5. Mai 2006 zu seiner Frühjahrssitzung in Hannover zusammen. Der Vorsitzende, MinDgt Werner Müller, Wiesbaden, begrüßte die Teilnehmer. Anschließend berichtete ARL-Präsident Prof. Dr.-Ing. Klaus Borchard über die vielfältigen Tätigkeiten der Akademie, über ausgewählte Veranstaltungen und über Ergebnisse von Arbeitsgremien. Insbesondere die Aktivitäten der Politikberatung stießen erwartungsgemäß auf großes Interesse der Kuratoriumsmitglieder, da diese an der Schnittstelle von Planungsverwaltung und raumbezogener Politik tätig sind und die Forschungsergebnisse wertvolle Hinweise für die eigenen Arbeitsgebiete geben können. So fanden die beiden jüngst vorgelegten Positionspapiere zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung im Bereich der Raumordnung und zur Beschleunigung von Planungsprozessen bei Verkehrs-

großprojekten auf der Ebene der Obersten Landesplanungsbehörden sowie beim Bund ein großes Echo. In diesem Zusammenhang wurde der Wert der Akademiearbeit für die Raumordnung in den Ländern und beim Bund besonders deutlich.

Nach dem Bericht des Präsidenten und der anschließenden Diskussion standen verschiedene satzungsgemäß vorgegebene Punkte auf der Tagesordnung. Zum einen nahm das Kuratorium den Rechenschaftsbericht 2005 zur Kenntnis und entlastete auf Basis dieses Berichtes das Präsidium für das zurückliegende Jahr. Zum anderen wurde auch Generalsekretär Prof. Dr.-Ing. Dietmar Scholich aufgrund von Vermerken über die ordnungsgemäße Rechnungsführung für die Jahre 2003 und 2004 entlastet.

Den zweiten Teil der Sitzung bildeten zwei Vorträge. Zunächst berichtete Staatssekretär a.D. Dr. Ernst-Hasso Ritter, Meerbusch, über ausgewählte Ergebnisse des von ihm geleiteten Ad-hoc-Arbeitskreises „Planung und Recht“. Er kommentierte zum einen die aktuellen Gesetzgebungsvorhaben am Beispiel der Initiative Hessens, Zulassungsverfahren für Verkehrsgroßprojekte zu beschleunigen. Zum anderen thematisierte er die bevorstehende Grundgesetzänderung hinsichtlich der die Raumordnung betreffenden Teile. Die Rahmengesetzgebungskompetenz des Bundes im Bereich der Raumordnung wird vermutlich in eine konkurrierende Gesetzgebung überführt, wobei den Ländern uneingeschränkte Abweichungsmöglichkeiten zugebilligt werden. Diese Änderungen wurden hinsichtlich ihrer verfassungsrechtlichen Probleme diskutiert. Im Arbeitskreis setzte sich die Auffassung durch, dass es auch künftig einen verfassungsrechtlich gesicherten Bereich der Raumordnung geben müsse, der von den Abweichungsregelungen nicht tangiert werden kann. Denn im Sinne einer ausgewogenen Raumentwicklung müsse es Koordinationsregeln zwischen den Ländern geben, und diese können sinnvollerweise nur nach Bundesrecht erfolgen. Das Kuratorium zeigte sich beeindruckt von den Arbeiten unter der Leitung von Ritter und betrachtete die Erkenntnisse und

Forderungen als sehr hilfreich, vor allem für die Kommunikation mit den politischen Entscheidungsträgern.

Im Anschluss an den Vortrag von Ritter stellte Dr. Jörg Bogumil, Professor für Vergleichende Stadt- und Regionalpolitik an der Ruhr-Universität Bochum, Ergebnisse des von ihm und Stephan Grohs von der Universität Konstanz erarbeiteten Gutachtens zur Evaluierung des Wissenstransfers der ARL in die Praxis vor. Dabei thematisierte er vor allem die Schwierigkeiten, die sich ergeben, wenn man die Qualität von Produkten – wie beispielsweise die Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Beratungsleistungen der ARL – erfassen will, die man mit herkömmlichen Verfahren nicht messen kann. Er schlug vor, eine Befragung der hauptsächlichen Nutzerinnen und Nutzer der ARL-Produkte durchzuführen, um zu erfahren, wie die Erkenntnisse der Akademie in der Praxis und Wissenschaft ankommen, welche Bedeutung ihnen zugemessen wird, wie sie für die tägliche Arbeit genutzt werden und welche Vorschläge für Verbesserungen der ARL-Produkte bestehen. Diese Befragung soll computer- und internetbasiert im Spätsommer stattfinden.

Andreas Klee, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 39
E-Mail: Klee@ARL-net.de

Grundsatzkommission diskutiert Forschungsperspektiven der ARL

Eine wichtige Aufgabe der von Prof. Dr. Bernd Scholl, Karlsruhe/Zürich, geleiteten Grundsatzkommission (GKOM) ist die Beratung des Präsidiums der ARL im Hinblick auf die Behandlung strategischer Themen, bei denen es von grundlegender Bedeutung ist, frühzeitig über breite und zuverlässige Informationen sowohl zu Forschungs-, Beratungs- und Kooperationsbedarfen als auch zur Leistungsfähigkeit des personellen Netzwerkes der ARL zu verfügen.

Daher führen die Mitglieder der GKOM einen themenbezogenen Strategiediskurs, in dessen Mittelpunkt auf der letzten Sitzung, die am 4. Mai 2006 in Hannover stattfand, die Themen „Perspektiven der Entwicklung ländlicher Räume“, „Risikoversorge in der räumlichen Entwicklung und Planung“ und „Langfristperspektiven der Raum- und Energieentwicklung“ standen.

Bericht des Präsidenten

In seinem Bericht informierte Präsident Prof. Dr.-Ing. Klaus Borchard, Königswinter, über die Tätigkeit der ARL im letzten Halbjahr. Aus der großen Zahl der Aktivitäten hob er das vom Wissenschaftlichen Beirat durchgeführte zweite Audit (2005) hervor. Die Bewertung des fachlichen Outputs sowie der Konzepte, Verfahren und Forschungsperspektiven habe erneut gezeigt, dass die ARL insgesamt und in allen wichtigen Teilbereichen auf einem erfolgreichen Weg ist. Hierauf aufbauend bereitet sich die ARL zurzeit intensiv auf die nächste

Evaluierung durch den Senatsausschuss Evaluierung der Leibniz-Gemeinschaft vor, die voraussichtlich im März 2007 stattfinden wird.

Im Hinblick auf den Wissenstransfer in die Praxis habe der Wissenschaftliche Beirat festgestellt, dass die Produkte der ARL, insbesondere Veröffentlichungen, Veranstaltungen und diverse Beratungsdienstleistungen, an den Bedürfnissen der in Betracht kommenden Nachfragergruppen orientiert seien und der Transfer effizient ablaufe. Trotz dieser guten Noten sei das Präsidium um weitere Qualitätsverbesserungen beim Wissenstransfer bemüht.

Ein weiterer herausgehobener Handlungsschwerpunkt bestehe, so der Präsident, im Bereich der Nachwuchsarbeit. Diese werde seit Jahren vom Förderkreis für Raum- und Umweltforschung (FRU) durch Unterstützung der Treffen des Jungen Forums der ARL gefördert. Darüber hinaus haben ARL und FRU in Zusammenarbeit mit der TU Hamburg-Harburg als neues Vorhaben ein Mentoringprogramm für junge Planerinnen und Wissenschaftlerinnen der Raum- und Umweltpflege aufgelegt. Hauptziele des Programms sind eine Integration junger Absolventinnen ins Berufsfeld der Raumentwicklung, die fachliche Weiterqualifizierung sowie die individuelle und maßgeschneiderte einjährige Beratung und Betreuung von Absolventinnen durch Mentorinnen aus Wissenschaft und Praxis, vorrangig aus dem Kreis der Ordentlichen und Korrespondierenden Mitglieder der ARL.

Seinen Bericht über die Tätigkeit der ARL-Gremien, die Einrichtung neuer Arbeitskreise und Arbeitsgruppen der Landesarbeitsgemeinschaften sowie die Vorbereitung von Veranstaltungen und Workshops beschränkte Präsident Borchard auf wichtige Vorhaben. Zum Abschluss wies er darauf hin, dass eine Reihe von der GKOM initiierten Forschungsinitiativen bereits durchgeführt worden sind oder zurzeit vorbereitet werden. Hierzu gehören beispielsweise die Themen großräumiger Verkehr, Raumplanung in der Wissensgesellschaft, Theoriebedarf der Raumplanung, Raumplanung und Wasserwirtschaft, Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, zukünftige Infrastruktur und Raumentwicklung sowie europäische Planungssysteme im Vergleich.

Perspektiven der Entwicklung ländlicher Räume

In seiner Einleitung wies Scholl am Beispiel des Strukturwandels der Uhrenindustrie im Schweizer Jura darauf hin, dass die generellen Einschätzungen der Entwicklungschancen ländlicher Räume oftmals deren tatsächlicher, viel positiverer Entwicklung widersprächen. Entgegen gängigen Klischees besäßen ländliche Räume häufig gute Entwicklungsaussichten und hätten sich teilweise, wie das Emsland, von Armenhäusern zu Wachstumsregionen entwickelt.

Die weitere Diskussion rankte sich um den „Erklärungsnotstand“, der aus den kaum noch generalisierbaren, sehr unterschiedlichen „Einzelschicksalen“ ländlicher Regionen resultiert. Dies führe zu einer starken Abnahme der Aussagekraft von Typisierungen und Regionalisierungen und zu verkürzten „Gewinner-Verlierer-Schlussfolgerungen“, die fachlich kaum noch vertretbar seien. Zwar gebe es nach wie vor an den Enden des Kontinuums ländlicher Entwicklung die Extremtypen sehr positiver (Wirtschaftswachstum, Bevölkerungszunahme, solide Finanzen, gute Versorgung) und negativer Entwicklung (Abwärtsspirale durch Deindustrialisierung, sozial selektive Abwanderung, starke Alterung, hohe Verschuldung, schlechte Versorgung), das Hauptproblem sei jedoch die Vielzahl der dazwischen liegenden unterschiedlichen Entwicklungstypen.

Als Konsequenz der dargestellten Entwicklung wurde angeregt, in verstärktem Maße Fallstudien durchzuführen. Diese hätten allerdings zahlreiche sektorale Aspekte – von der Agrar- und Naturschutzpolitik über die Infrastruktur- und Sozialpolitik bis hin zur regionalen Wirtschaftspolitik (z. B. GRW) – zu berücksichtigen und ihre Ergebnisse müssten zudem systematisiert und vergleichend ausgewertet werden. Nur so könnten sie als Grundlagen für die Formulierung allgemeinerer Entwicklungsstrategien und Handlungskonzepte dienen.

Im Verlauf der weiteren Diskussion wurde Einigkeit darüber erzielt, die Langfristperspektiven anhand alternativer Szenarien zu den „Zukünften“ ländlicher Räume zu konkretisieren (z. B. Wachstum vs. Absiedlung bzw. passive Sanierung) und die sich hieraus ergebenden unterschiedlichen Aufgabenstellungen in Form von Handlungsempfehlungen zu skizzieren. Darüber hinaus solle das – möglichst harmonisch zu gestaltende und an den jeweiligen komparativen Entwicklungspotenzialen zu orientierende – partnerschaftliche Verhältnis zwischen ländlichen Räumen und Metropol- bzw. Großstadregionen behandelt werden. Hierdurch be-

stehe die Möglichkeit, dass sich raumrelevante Akteure frühzeitig und über bestehende Förderperioden hinaus auf neuartige Anforderungen an ihr Handeln einstellen können.

Risikovororge in der räumlichen Entwicklung und Planung

ARL-Generalsekretär Prof. Dr.-Ing. Dietmar Scholich, Hannover, hob in einer kurzen Einführung hervor, dass die Gefährdungspotenziale in den Risikobereichen Technik und Umwelt in den letzten Jahren in Europa und weltweit weiter zugenommen haben. Breite und Tragweite von Risiken seien deutlich gewachsen. Neben der Risikovororge und -minderung habe auch der Eintrittsfall, d. h. die akute Katastrophenbewältigung eine größere Bedeutung erlangt. Vor diesem Hintergrund habe die ARL geprüft, welche Beiträge Raumplanung und Raumentwicklungspolitik zur Lösung der Probleme im Bereich Risikovororge leisten können und inwieweit ein risikoorientierter Paradigmenwechsel in der Raumplanung anzustreben sei.

In der Diskussion wurde davor gewarnt, einen zu breiten Arbeitsansatz zu wählen. Raumplanung könne keinesfalls alle in Betracht kommenden Risiken integrativ behandeln, sondern müsse ihre Konzepte und Programme auf die raumbedeutsamen Risikoaspekte ausrichten, zu denen sie Problemlösungen anzubieten habe. Hierzu gehöre etwa der Hochwasserschutz mit dem Erfordernis der Freihaltung der Flussauen von Bebauung.

Als generelle Schwierigkeit wurde in diesem Zusammenhang die unbefriedigende Informationssituation der Raumplanung über potenzielle Gefährdungen und künftige Risiken genannt. Daher seien die Beziehungen zu den zuständigen Fachplanungen und -verwaltungen zu intensivieren oder überhaupt erst aufzubauen, wobei im Hinblick auf die Umweltbelange der Landschaftsplanung eine besondere Rolle zukomme. Parallel zur Verbesserung der Kommunikationsprozesse und der Informationslage müsse die Raumplanung ihre Kompetenzen, Zuständigkeiten und Abwägungsspielräume im komplexen Handlungsfeld Risikovororge und -management klären.

Ein Desiderat der Raum- und der Risikoforschung sei schließlich die Entwicklung von Karten, anhand derer die Gefährdungssituation von Räumen und die Notwendigkeit eventueller Umverteilungen von Gefährdungspotenzialen zwischen Räumen sachgerechter beurteilt werden können (Wie viele Belastungen und Gefahrenquellen können Regionen verkraften?). Zu prüfen sei in dieser Hinsicht auch, welche Risiken ggf. durch raumplanerisches Handeln entstehen.

Langfristperspektiven der Raum- und Energieentwicklung

Scholl gab einen kurzen Überblick über die Entwicklungstendenzen im Bereich der Energieentwicklung und ihre räumlichen Auswirkungen. Die Raumwirksamkeit der zu erwartenden Entwicklungen sei generell sehr hoch und reiche von Fragen der Sicherheit und Verfügbarkeit (z. B. Restlaufzeiten von Kernkraftwerken, großer Neubaubedarf von Kraftwerken, off-shore-Windparks als neue Formen der Windenergienutzung, alternative Energieformen) über die Anforderungen

an den Um- und Neubau von Leitungsinfrastrukturen bis hin zu Konflikten mit touristischen Nutzungen, etwa bei der Nutzung der Wasserkraft. Dieser Themenbereich sei in besonderem Maße durch offene Fragen hinsichtlich der Gestaltung der Übergangsperioden, des Bedarfs an neuen Kraftwerkstandorten und Verteilnetzen sowie der Gefährdungen für das Mikroklima gekennzeichnet. Zudem seien die Kenntnisse der Raumplanerinnen und Raumplaner über die räumlichen Konsequenzen und Handlungsanforderungen dieser Entwicklungen bisher noch sehr begrenzt.

Diesen Einschätzungen wurde einvernehmlich zugestimmt. Der Thematik wurde sogar eine ähnlich große und weit tragende Raumrelevanz wie dem demographischen Wandel attestiert. Der mit der Erneuerung des Kraftwerksparks, aber auch mit der Errichtung neuer dezentraler, Kraft-Wärme-gekoppelter Energieerzeugungsanlagen oder der Nutzung neuer Energien, wie Biomasse, verbundene Bedarf an neuen

Bauten, Infrastrukturen und Trassen müsse rechtzeitig im Rahmen von Raum- und Umweltverträglichkeitsprüfungen geklärt bzw. abgeschätzt werden. Anschließend seien regionen- und standortbezogene Entwicklungskonzepte zu erarbeiten und mit den Anforderungen aus der Sicht der Siedlungsentwicklung abzugleichen. Darüber hinaus sei zu prüfen, welche Aufgaben die Raum- und insbesondere die Regionalplanung bei der Moderation von Diskursen zu den räumlichen Effekten der künftigen Energieentwicklung übernehmen könne (Anwalt nachhaltiger Energieerzeugung und -nutzung) und wie das Verhältnis zwischen ökonomischen und raumplanerischen Instrumenten zu gestalten sei. Einen weiteren wichtigen Aspekt stellen die Veränderungen der organisatorischen Strukturen im Bereich der Energiewirtschaft und deren Auswirkungen auf die Struktur der Anlagen dar.

Gerd Tönnies, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 23
E-Mail: Toennies@ARL-net.de

Zweites Audit des Wissenschaftlichen Beirats

Ergebnisse

Der Wissenschaftliche Beirat kam am 28. Oktober 2005 zu einer Sitzung in Hannover zusammen, in deren Mittelpunkt das so genannte Audit, die Bewertung der Forschungs- und Serviceleistungen der Akademie, stand. Hierüber wurde bereits in Heft 4/2005 der ARL-Nachrichten informiert.

Mittlerweile liegt das Ergebnis des Audits vor. Um es gleich vorwegzunehmen: Der Wissenschaftliche Beirat ist zu einem sehr guten Ergebnis gekommen. Die Bewertung erstreckte sich im Wesentlichen auf sechs Kriterien.

1. Der Wissenschaftliche Beirat äußerte seine Überzeugung, dass *die Arbeitsprogramme ein hohes Maß an Kohärenz und Aktualität beinhalten*. Die darin formulierten vier Forschungsschwerpunkte stellen sinnvolle Leitthemen dar und entsprechen den satzungsgemäßen Aufgaben der ARL in vollem Umfang. Die behandelten Themen weisen eine hohe wissenschaftliche und fachpolitische Relevanz auf.
2. Was die *Resonanz und Nutzung der Arbeitsergebnisse* betrifft, so sind die Produkte der Akademie – vor allem Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Beratungsdienstleistungen – an den Bedürfnissen der Zielgruppen orientiert. Der ARL konnte ein effizienter Wissenstransfer bescheinigt werden.
3. Die ARL verfügt über detaillierte Bausteine der *Qualitätssicherung*, die vom Wissenschaftlichen Beirat gewürdigt werden. Er erkennt die großen Bemühungen der ARL zur Sicherung der Qualität der Produkte sowie zur Einhaltung der Regeln guter wissenschaftlicher Praxis vorbehaltlos an.
4. Der Wissenschaftliche Beirat ist überzeugt davon, dass die zur Verfügung stehenden *Mittel aufgabengerecht eingesetzt* wurden und werden. Er hat keinen Anlass gesehen,

ein Vorhaben der Akademie als nicht ihren Aufgaben entsprechend zu kritisieren und die Mittelverwendung zu beanstanden.

5. Was die *Kompetenz des Personals* angeht, so betont der Beirat zu Recht, dass hier das gesamte personelle Netzwerk der ARL zu berücksichtigen ist, nur in gesonderter Betrachtung die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sekretariat. Die hohe Zahl der mitwirkenden Expertinnen und Experten wird gewürdigt. Darüber hinaus bescheinigt der Beirat der ARL effiziente Bemühungen und erkennbare Erfolge bei der Verjüngung des Netzwerks und bei der Einbindung von Frauen sowie von Mitwirkenden aus der Praxis.
6. Der Wissenschaftliche Beirat betont die dauerhafte Vernetzung der ARL in die nationale und internationale Wissenschafts- und Hochschullandschaft. Die *Kooperationen* sind sehr breit angelegt und können angesichts der Kapazitätsgrenzen im Sekretariat als beachtlich eingestuft werden.

Die Bewertung der Forschungs- und Serviceleistungen wurde ergänzt durch eine Reihe von Vorschlägen zur weiteren Entwicklung und Verbesserung der Arbeitsweise und der Produkte. Diese Empfehlungen beziehen sich beispielsweise auf neue Forschungsthemen, auf die Erfassung der Zufriedenheit der Nutzerinnen und Nutzer mit den ARL-Produkten und auf die Erstellung eines Kooperationskonzeptes. Das Präsidium hat sich diese Empfehlungen gern zu Eigen gemacht. Das Audit kann auch als „Generalprobe“ für die anstehende Evaluation im Frühjahr 2007 aufgefasst werden (siehe „ARL 60 Jahre alt“ in diesem Heft). In diesem Sinne sieht sich die ARL auf einem guten Weg.

ARL 60 Jahre alt

Kein Grund zum Ausruhen – Die nächste Evaluierung steht vor der Tür

Der Oberpräsident der Provinz Hannover als zuständige Stelle für Institutionen mit Reichsaufgaben hatte im Herbst 1945 angeordnet, die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG) solle ihre wissenschaftliche Tätigkeit fortführen und damit zum Wiederaufbau und zur Neugestaltung Deutschlands beitragen. Mit Zustimmung des Oberpräsidenten, später der Niedersächsischen Landesregierung, nahm die RAG 1946 die Bezeichnung „Akademie für Raumforschung und Landesplanung“ (ARL) an und entsprach damit einer Forderung der Alliierten Kontrollkommission.

2006 ist also nicht nur das Land Niedersachsen, sondern auch eine seiner Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft, die ARL, 60 Jahre alt geworden.

Mit sechs Jahrzehnten erfolgreicher Arbeit als Serviceeinrichtung für die Forschung, qualitativ hochwertigen Ergebnissen und vielfältigen Angeboten, die in Wissenschaft, Politik und Verwaltung, Wirtschaft und anderen Bereichen anerkannt sind und sich stetig gewachsener Nachfrage erfreuen, und wechselseitig vertrauensvollem Umgang der Akteure des personellen Netzwerkes der ARL müsste man eigentlich nicht hinterm Berg halten, sondern sich zufrieden zurücklehnen und gebührend feiern.

Die ARL kann zweifellos stolz auf das Erreichte sein. Sie ist in den sechzig Jahren aber immer bestrebt gewesen, das Erreichte zu sichern und trotz aller Erfolge weitere Verbesserungen zu erzielen. Daran wird sich auch in der Zukunft nichts ändern. Auch deshalb hat das Präsidium der Akademie beschlossen, auf Jubiläumsveranstaltungen oder andere größere Aktivitäten zu verzichten, zumal das 50-jährige Bestehen der ARL angemessen gefeiert wurde. Im letzten Heft der Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ dieses Jahres werden wir in einem Artikel ausgewählte Etappen der Raumentwicklung in Deutschland und Initiativen der ARL während dieser Phasen skizzieren.

Hinzu kommt, wovon einige Mitglieder und weitere Mitwirkende der ARL bereits Kenntnis haben, dass die Arbeit der ARL Anfang 2007 erneut evaluiert wird. Die letzte externe Bewertung fand im Zeitraum 1999/2000 statt. Für alle, die erst verhältnismäßig kurz im Netzwerk der ARL mitarbeiten, dürften einige allgemeine Informationen zur Evaluierung hilfreich sein. Die Hinweise sollen auch Verständnis dafür wecken, dass zu den Bemühungen des Sekretariats der ARL, das Funktionieren der Arbeit unter dem Dach der Akademie bestmöglich zu gewährleisten, in den kommenden Monaten immer auch parallel die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung auf die Evaluierung gehört.

Die Evaluierung durch den Senatsausschuss der Leibniz-Gemeinschaft bildet neben der Bewertung (Audit) des Wissenschaftlichen Beirates der ARL und der internen Qualitätssicherung den dritten Baustein der regelmäßigen Qualitätskontrolle in der ARL. Die letzte Evaluierung war seinerzeit noch vom Wissenschaftsrat vorgenommen worden.

Die ARL wird evaluiert, weil sie zu den Einrichtungen in Deutschland gehört, die gemeinsam vom Bund und den

Ländern nach der Rahmenvereinbarung Forschungsförderung finanziert wird. Sie ist eine von derzeit 82 Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft. Zu den Kriterien der gemeinsamen Förderung gehört in bestimmten Abständen die Überprüfung aller Einrichtungen daraufhin, ob diese insbesondere nach wie vor von überregionaler Bedeutung und von gesamtstaatlichem wissenschaftspolitischen Interesse sind.

Die Überprüfung der ARL durch den Wissenschaftsrat 1999/2000 endete für die Akademie – wie auch die vorherigen Evaluierungen – mit einem ausgesprochen positiven Ergebnis. Wir haben darüber in Heft 4/2000 der ARL-Nachrichten informiert (S. 44/45). Insgesamt wurde der ARL als einzigartiger Serviceeinrichtung für die Forschung auf ihrem Arbeitsgebiet in Deutschland bescheinigt, dass sie die Kriterien für die gemeinsame Förderung von Bund und Ländern weiterhin erfüllt. Der Wissenschaftsrat empfahl die Fortführung der Förderung.

Gute Noten hat die ARL zwischenzeitlich immer auch bei den Audits des Wissenschaftlichen Beirates der Akademie erhalten, zuletzt nach dem Audit Ende Oktober 2005 (siehe den Bericht in diesem Heft). Unabhängig vom positiven Ausgang der letzten Überprüfung und der Audits sowie der Überzeugung der ARL-Verantwortlichen, auch seither gute Arbeit geleistet zu haben, wird sich die ARL auch auf die Evaluierung Anfang März 2007 wieder mit größter Sorgfalt vorbereiten.

Ein Netzwerk wie die ARL erzeugt in den Bereichen Forschung und Beratung eine Vielzahl von beachtlichen Ergebnissen, die es systematisch aufzuzeigen gilt. Und nach wie vor haben sich Einrichtungen wie die ARL mit Kriterien auseinander zu setzen, die in weiten Teilen wissenschaftszentriert sind und deshalb nur von typischen Forschungsinstituten beantwortet werden können und für die ARL nicht passen, die jedoch von den Begehungskommissionen immer noch zum Maßstab genommen werden. Aus diesem Grunde muss die ARL Kriterien hinzunehmen und unterfüttern, die auf ihre spezifische Struktur, Arbeitsweise und Aufgaben abstellen.

So wird es auch jetzt vor allem darum gehen, die für die ARL entscheidenden Merkmale als Evaluierungskriterien zu betonen. Das sind insbesondere die interdisziplinäre Verbundforschung, die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis, die Forum- und Transferfunktion und die vorbildliche Nachwuchsförderung.

Das Präsidium ist bei seinen Vorbereitungen auf die Unterstützung der ARL-Akteure angewiesen, so wie das bei der letzten Evaluierung hervorragend funktioniert hat. Dann sollte es auch dieses Mal gelingen, die laufenden Arbeiten erfolgreich fortzusetzen, neue Projekte in Gang zu setzen und die Vorbereitung auf die Evaluierung 2007 erfolgreich abzuschließen.

Dietmar Scholich, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 37
E-Mail: Scholich@ARL-net.de



Ausschreibung

Mentoring-Programm 2006/2007



ARL und FRU schreiben ab Herbst erneut ein Mentoring-Programm für junge Planerinnen und Wissenschaftlerinnen der Raum- und Umweltplanung aus. Ziel des Programms ist es, die Nachwuchsförderung zu verbessern und gezielt junge Frauen beim Start ins Berufsleben zu unterstützen. Dies soll dazu beitragen, den Anteil von Frauen in leitenden Funktionen der Raumplanung zu erhöhen. Um möglichen Barrieren in der Karriere junger Planerinnen zu begegnen, soll das Programm die Teilnehmerinnen bei der Planung und Entwicklung ihrer Berufslaufbahn unterstützen und auf künftige Anforderungen der Berufspraxis vorbereiten.

Programm

Für eine Laufzeit von 12 Monaten werden für das Jahr 2007 fünf Plätze ausgeschrieben. Den Teilnehmerinnen stehen Mentorinnen aus der Raumwissenschaft und Planungspraxis als Ansprechpartnerin und Beraterin zum Berufseinstieg und zur beruflichen Weiterentwicklung zur Verfügung. Der Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer zwischen Mentee und erfahrener Mentorin soll die Teilnehmerinnen individuell fördern. Das Mentoring-Programm setzt sich aus folgenden Bausteinen zusammen:

- One-by-one Mentoring einer Mentee mit jeweils einer erfahrenen Planerin oder Raumwissenschaftlerin
- Gemeinsame Veranstaltungen zum Auftakt, zur Halbzeit sowie zum Abschluss als Ergebnispräsentation
- Qualifikationskurse für die Mentees

Das Mentoring-Programm schließt mit einem Zertifikat über die erfolgreiche Teilnahme ab.

One-by-one Mentoring

Kernstück des Mentoring-Programms ist die Mentoring-Partnerschaft zwischen Mentorin und Mentee. Grundlage für die Bildung eines Tandems ist die Übereinstimmung von Zielen und Persönlichkeit der Mentee mit den Unterstützungsmöglichkeiten und der Persönlichkeit der Mentorin. Der Kontakt zwischen Mentee und Mentorin wird über das Sekretariat der ARL als Programm-Geschäftsstelle vermittelt. Diese steht beiden Seiten auch während des gesamten Mentoring-Prozesses bei Fragen zur Verfügung. Über Erwartungen und Ziele der Mentoring-Partnerschaft, Häufigkeit und Form des Kontaktes sowie Vertraulichkeit der Gespräche stimmen sich Mentorin und Mentee zu Beginn des Mentoring ab. Die Teilnehmerinnen des Mentoring-Programms können die zugewiesene Mentorin bzw. die Mentee ablehnen und sich bei Konflikten an die Programm-Geschäftsstelle wenden.

Qualifikationskurse

Innerhalb des Mentoring-Programms wird vom Mentee erwartet, dass sie an zwei Qualifikationskursen (auf eigene Kosten) teilnehmen. Sie können aus folgenden Inhalten wählen: Projektmanagement, Präsentation, Rhetorik, Self-Management, Zeit- und Konfliktmanagement oder Kommunikations- und Bewerbungstraining.

Gemeinsame Veranstaltungen

Um das Kennenlernen der Teilnehmerinnen untereinander und des Programms zu fördern, findet zu Beginn des Mentoring-Programms eine Auftaktveranstaltung statt. Nach etwa einem halben Jahr werden Zwischenergebnisse, auf der Abschlussveranstaltung die Ergebnisse der Mentee-Projekte vorgestellt und Erfahrungen mit dem Mentoring-Programm ausgetauscht.

Vorteile für Mentees

- Vertiefte Kenntnisse über Strukturen, „Spielregeln“ und Verfahrensweisen in Planungspraxis oder Wissenschaft
- Integration in Netzwerke der Raumplanung und Raumwissenschaften
- Förderung von strategischen Kompetenzen und des „Self-Marketings“
- Erweiterte oder konkrete Vorstellungen zur Karriereplanung und höhere Motivation

Vorteile für Mentorinnen

- Erweiterung der Beratungsmöglichkeiten und Erfahrungen im Wissenstransfer
- Anregungen und Motivation sowie erweiterte Kontakte
- Reflexion des eigenen Berufswegs, von Zielen und Erwartungen

Ziele aus Sicht von ARL und FRU

- Qualitätssteigerung in der Nachwuchsförderung
- Sicherung der Leistungsfähigkeit der ARL durch frühzeitige Einbindung von Nachwuchskräften
- Förderung der Gleichstellung in den Raumwissenschaften und ihres Images im Wettbewerb um Talente

Erwartungen an die Teilnehmerinnen

Das Mentoring-Programm von ARL und FRU richtet sich an Absolventinnen der Raumplanung, Stadt- und Regionalplanung, Geographie, Landschafts- und Umweltplanung und

verwandter Studienrichtungen. Bei Interesse an einer Teilnahme sollten Sie bereit sein:

- sich aktiv in die Mentoring-Partnerschaft über den Zeitraum von einem Jahr einzubringen und regelmäßige Treffen wahrzunehmen,
- einen Fachbeitrag aus einem Ihrer Arbeitsbereiche im Zeitraum des Mentoring-Programms zu erarbeiten (Ziel: Veröffentlichung in der Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“),
- zwei Qualifikationskurse zu besuchen,
- Ihren Fachbeitrag auf der Abschlussveranstaltung vorzustellen.

Die Aufnahme in das Mentoring-Programm erfolgt über eine Auswahl schriftlicher Bewerbungen. Ihre Bewerbung sollte ein Anschreiben zu Motivation und Zielen einer Teilnahme am Mentoring-Programm, den Lebenslauf sowie gegebenenfalls eine Kurzdarstellung der aktuellen beruflichen Situation umfassen.

Bewerbungsschluss ist der 31. August 2006.

Beginn des Programmzeitraums ist der 1. Dezember 2006.

Kontakt und Information

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)
Dr. Andreas Klee, Hohenzollernstraße 11, 30161 Hannover, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 39, Fax (+49-511) 3 48 42 - 41, E-Mail: Klee@ARL-net.de

In Kooperation mit der HafenCity Universität Hamburg, Institut für Stadt-, Regional- und Umweltplanung

Austausch mit der Landesplanung in Niedersachsen

Gespräche mit den Verantwortlichen für Raumordnung und Landesentwicklung des Sitzlandes mit dem Ziel, sich auszutauschen, zu informieren und Handlungsbedarfe auszuloten, haben Tradition und sind für die ARL eminent wichtig. Sie geben Anstöße für neue Forschungs- und Politikberatungsinitiativen der ARL, nicht nur mit Blick auf das Land Niedersachsen.

So trafen sich ARL-Präsident Prof. Dr.-Ing. Klaus Borchard und Generalsekretär Prof. Dr.-Ing. Dietmar Scholich am 25. April 2006 mit Staatssekretär Friedrich-Otto Ripke und Abteilungsleiter Henning Binnewies vom Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (ML). Mit dem Gespräch konnte an den Austausch mit Minister Hans-Heinrich Ehlen vom April des Vorjahres angeknüpft werden.

Die ARL und die niedersächsische Landesplanung haben in der Vergangenheit regelmäßig kooperiert und dabei eine ganze Reihe gemeinsamer Vorhaben erfolgreich durchgeführt,

zuletzt fand am 24.11.2005 im alten Rathaus in Hannover der Fachkongress „Leitlinien der niedersächsischen Landesentwicklungspolitik“ aus Anlass der Novellierung des Landes-Raumordnungsprogramms statt (siehe ARL-Nachrichten 1/2006, S. 42/43).

Präsident Borchard stellte ausgewählte derzeitige Arbeitsthemen vor (Metropolregionen in Deutschland, Verhältnis Raumordnung – Wasserwirtschaft, räumliche Auswirkungen des demographischen Wandels, insbesondere auch mit Blick auf die netzgebundenen Infrastrukturen, neue Rahmenbedingungen, Herausforderungen und Strategien für die großräumige Verkehrsentwicklung sowie Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen). Speziell mit Blick auf die Beratung von Politik und Verwaltung ging er auf kürzlich veröffentlichte Positionspapiere ein, die auch in den ARL-Nachrichten abgedruckt worden sind („Zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung (Bereich Raumordnung)“ (Nr. 65), „Zur Vereinfachung und Beschleunigung von Zulassungsverfahren für Verkehrsprojekte“ (Nr. 64) und „Die regionale Ebene zukunftsfähig machen. Zu den Verwaltungsreformen in den Ländern“ (Nr. 63)). Schließlich stellten die ARL-Vertreter die derzeitigen Themen der LAG Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein vor (AG Metropolregionen in Nordwestdeutschland, AG Nachhaltige Tourismusentwicklung an Nord- und Ostsee sowie Projektgruppe Ressourcenmanagement).

Die Vertreter des Landes Niedersachsen gingen anschließend auf Themen ein, bei denen sie eine Zusammenarbeit mit der ARL, insbesondere auf der Ebene der LAG, begrüßen würden. Staatssekretär Ripke nannte hier u. a. die Unterstützung in Form wissenschaftlicher Zuarbeit und Begleitung bei der Novellierung des niedersächsischen Landesplanungsgesetzes. Weitere Themen könnten die raumplanerischen Instrumente einer integrierten Regionalentwicklung einerseits und der Sicherung der Daseinsvorsorge andererseits sowie die räumlichen Aspekte innovativer Ansätze im ökonomischen Bereich (z. B. Bio-Energienutzung) sein. Anschließend gingen die Landesvertreter auf das auch außerhalb des Landes viel beachtete Regionalmonitoring, den Regionalreport 2005 ein, der jährlich fortgeschrieben werden soll.

Beide Seiten bekräftigten, die bislang so erfolgreiche Zusammenarbeit zu ganz konkreten Fragestellungen der Landes- und Regionalentwicklungspolitik fortzusetzen. So wird sich das niedersächsische ML an der 100. Sitzung der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein der ARL am 5. Oktober 2006 in Hannover beteiligen. Minister Ehlen hat ein Grußwort anlässlich des Jubiläums und Staatssekretär Ripke ein Statement zu den Perspektiven der niedersächsischen Landesentwicklungspolitik zugesagt.

Anlässlich der 100. Sitzung führt die LAG dann am 6. Oktober 2006 ein wissenschaftliches Kolloquium zum Thema „Leitbilder für die Raumentwicklung in Norddeutschland“ durch. Mit dem Kolloquium will die LAG die Diskussion über Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland vor dem Hintergrund jüngster Arbeiten der LAG reflektieren.

Dietmar Scholich, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 37
E-Mail: Scholich@ARL-net.de

Generationswechsel im Sekretariat der ARL

Dr. **Volker Wille**, Leiter des Wissenschaftlichen Referats „Natürliche Grundlagen, Informationssysteme“ im Sekretariat der ARL, verabschiedete sich am 31. März 2006 aus dem aktiven Berufsleben. Er trat im April 1972 als wissenschaftlicher Mitarbeiter in das Sekretariat ein, hat hier also 34 Jahre verbracht und die Geschicke der ARL mitbestimmt. In den mehr als drei Jahrzehnten war er im Sekretariat für alles zuständig, was thematisch mit Natur, natürlichen Grundlagen, Kulturlandschaften und Ökologie zusammenhängt. Sein zweites thematisches „Standbein“ waren Informationssysteme wie GIS oder kartographische Grundlagen. So betreute Volker Wille in den 1970er und 1980er Jahren die legendären Planungsatlanten zu den damaligen westdeutschen Ländern.



Volker Wille

In seinem Referat hat er eine Vielzahl von Gremien, Veranstaltungen und anderen Projekten betreut, auf die hier nicht eingegangen werden kann. Entsprechendes gilt für die Veröffentlichungen, die dabei entstanden und an denen Volker Wille selbst als Autor mitwirkte. Über viele Jahre hinweg hat er die beiden süddeutschen LAGs betreut. Diese haben ihm am 10. März 2006 anlässlich einer gemeinsamen Sitzung einen schönen Abschied bereitet.

Und nicht vergessen werden sollte, dass Volker Wille von Beginn an das Junge Forum der ARL betreut hat. Bei seiner Verabschiedung in dem Kreis im letzten Jahr in Gelsenkirchen ist deutlich geworden: Er war im Jungen Forum so etwas wie die gute Seele, der ruhende Pol, der väterliche Freund der jungen Leute.



Hans Pohle

Auch Dr. **Hans Pohle** hat das Sekretariat der ARL verlassen. Für ihn hat am 1. Juni 2006 die Phase zwei der Altersteilzeit begonnen. Er stieß im Januar 1982 als wissenschaftlicher Mitarbeiter zum Sekretariat und leitete hier das Referat „Wirtschaft und Verkehr“. Wie Volker Wille betreute er auf den ihm zugeordneten Gebieten eine Vielzahl von Gremien, Veranstaltungen, Veröffentlichungen und sonstigen Aktivitäten. Auch Hans Pohle hatte zwei LAGs in seinem Referat angesiedelt, und zwar die

beiden ostdeutschen Netzwerke; die nordöstliche LAG bereits seit 1992, die südöstliche LAG ab 1998.

Ohne sein persönliches Engagement hätte eine Reihe von LAG-Arbeitsgruppen nicht die Ergebnisse geschafft, die sie dann auf den Tisch gelegt haben. Auch Hans Pohle ist kürzlich in Berlin anlässlich einer gemeinsamen Sitzung der ostdeutschen LAGs gebührend verabschiedet worden. Besonders am Herzen lag ihm stets der IIK Braunkohlenplanung. Wie beim IIK Regionalplanung hat sich hier ein einmaliges Netzwerk in Deutschland fest etabliert.

Nicht nur das Sekretariat, sondern die ARL insgesamt hat Hans Pohle und Volker Wille für die langjährige gute Arbeit und das umfangreiche Engagement für den Erhalt und die Fortentwicklung der Akademie zu danken und wünscht beiden für den neuen Lebensabschnitt alles Gute.

Das altersbedingte Ausscheiden von zwei wissenschaftlichen Mitarbeitern hat der Generalsekretär der ARL einerseits für Umstrukturierungen bei den Wissenschaftlichen Referaten im Sekretariat genutzt. Im Ergebnis hat das zur inhaltlichen Harmonisierung der Forschungsschwerpunkte der ARL und der Wissenschaftlichen Referate im Sekretariat geführt. Neu ist, dass jetzt durch ein Referat „Rechtsgrundlagen der Raumentwicklung“ auch rechtliche Kompetenz im Sekretariat vertreten ist.

Mit dem doppelten Stabwechsel im Sekretariat findet andererseits ein Generationswechsel, eine deutliche Verjüngung des wissenschaftlichen Personals statt. Die in der ARL seit vielen Jahren intensiv betriebene Nachwuchsförderung kommt nun auch sozusagen im eigenen Haus zum Tragen.

Dr. **Gerhard Overbeck** und Ass. Jur. **Jana Kenzler** schließen die Lücken. Gerhard Overbeck ist seit Anfang April und Jana Kenzler seit Anfang Juni im Sekretariat.

Dr. **Gerhard Overbeck**

leitet das Wissenschaftliche Referat „Natürliche Ressourcen, Umwelt, Ökologie“. Er war vorher Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Vegetationsökologie der Technischen Universität München, Freising-Weihenstephan. Dort hat er auch sein Studium der Landschaftsarchitektur und Landschaftsplanung absolviert und wurde 2005



Gerhard Overbeck

mit einer Arbeit zum Thema „Effect of fire on vegetation dynamics and plant types in subtropical grasslands in southern Brazil“ promoviert. Mit der in das Kooperationsprojekt „Schutz und Management naturnaher Vegetation in der

Region von Porto Alegre auf der Basis von Untersuchungen zu Verteilung und Dynamik der Vegetation“ eingebundenen Promotion waren mehrere längere Forschungsaufenthalte in Brasilien verbunden.

Im Rahmen seiner Tätigkeit an der TU München beschäftigte sich Gerhard Overbeck in der Forschung schwerpunktmäßig mit vegetations- und landschaftsökologischen Themen und war in der Lehre zudem im Bereich Landschafts- und Umweltplanung tätig. Eine auf den Erhalt von Biodiversität und natürlichen Ressourcen ausgerichtete räumliche Planung stellt für ihn die vorrangige Herausforderung raum- und umweltplanerischen Handelns dar. Darüber hinaus steht die zukunfts-gerechte Entwicklung der Kulturlandschaft seit längerem im Mittelpunkt seiner Interessen.

Das neu geschaffene Wissenschaftliche Referat „Rechtsgrundlagen der Raumentwicklung“ leitet **Jana Kenzler**. Sie hat das Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Rostock absolviert und beide Staatsexamen abgelegt. Ihr Referendariat führte sie unter anderem zur Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, zum Landgericht Hannover und zum Oberlandesgericht Celle. Zwischen Januar 2003 und Mai 2006 arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Öffentliches Recht der Universität Rostock, wo sie sich mit Fragen des Umwelt- und Raumplanungsrechts intensiv befasste. Ihre Promotion über die Verordnung über die Umweltbetriebsprüfung und das Umweltmanagement (EMAS) bei Professor Erbguth an der Universität Rostock steht kurz vor dem Abschluss.



Jana Kenzler

Erfahrungen im raumbezogenen Forschungsmanagement konnte sie unter anderem im Rahmen eines Projektes zum Thema der umweltrechtlichen Überwachungsaufgaben von Unternehmen sammeln, das sie in Kooperation mit dem Umweltministerium Mecklenburg-Vorpommern durchführte. Darüber hinaus gelten ihre fachlichen Interessen auch dem Seerecht und dem Meeresumweltrecht.

Ein weiteres Ergebnis der Umstrukturierung im Sekretariat ist, dass die Betreuung der wichtigen ARL-Standbeine, der LAGs, nun auf mehr Schultern verteilt worden ist. Einiges ist geblieben. Neu ist, dass sich Dr.-Ing. Evelyn Gustedt der Nordost- und Jana Kenzler der Südost-LAG widmet; Dr. Andreas Klee betreut die LAG Bayern und Dr. Gerhard Overbeck die LAG Baden-Württemberg.

Besucher im Sekretariat

Am 28. April 2006 besuchten vier Studierende des Fachgebiets Raumordnung und Landesplanung der Universität Dortmund das Sekretariat der ARL. Sie arbeiten mit weiteren Studentinnen und Studenten im zweisemestrigen Studienprojekt „MetroPOLitik – Entwicklungsprozesse in den neuen Metropolregionen Deutschlands“ zusammen. Das Hauptstudienprojekt befasst sich mit politischen Prozessen in den neuen Metropolregionen Hannover–Braunschweig–Göttingen und Nürnberg.

Die Studierenden tauschten sich in einem ausführlichen Gespräch mit dem Generalsekretär der ARL, Prof. Dr.-Ing. Dietmar Scholich, aus. In seiner Funktion ist Prof. Scholich Akteur in der Metropolregion Hannover–Braunschweig–Göttingen. Darüber hinaus ist das Thema Metropolregionen eines der aktuellen Verbundforschungsprojekte der ARL mit einem übergreifenden Arbeitskreis und verschiedenen LAG-Arbeitsgruppen, so auch zu den Metropolregionen in Nordwestdeutschland. Ferner ist die ARL Mitglied des Kompetenzzentrums für Raumforschung und Regionalentwicklung in der Region Hannover, das sich ebenfalls ausführlich mit der Metropolregion Hannover–Braunschweig–Göttingen beschäftigt.

Personalien

OM Prof. Dr. **Klaus R. Kunzmann**, Fachgebiet Europäische Raumplanung der Fakultät Raumplanung an der Universität Dortmund, verabschiedet sich mit der internationalen Konferenz „Which Future for Europe? The Implications of the Rise of China as a Global Economic Power for Cities and Regions in Europe“ am 29./30. September 2006 an der Universität Dortmund in den Ruhestand.



KM Dr.-Ing. **Jan Hilligardt** wurde vom Fachbereich Bauingenieurwesen und Geodäsie der Technischen Universität Darmstadt für das Fach „Stadt- und Regionalentwicklung / Raumplanung“ habilitiert und ihm wurde die akademische Bezeichnung „Privatdozent“ verliehen. Die Habilitationsschrift trägt den Titel „Regionale Kooperation der Landkreise, Städte und Gemeinden / Stand – Potenziale – Perspektiven“.



Prof. Dr. **Martin Junkernheinrich**, KM der ARL, bisher Universität Trier und Brandenburgische Technische Universität Cottbus, hat zum 1. Februar 2006 einen Ruf an die Westfälische Wilhelms-Universität Münster auf die Professur für Kommunal- und Regionalpolitik unter besonderer Berücksichtigung finanz- und wirtschaftspolitischer Aspekte angenommen.



KM Prof. Dr. **Kenji Yamamoto**, Faculty of Economics der Hosei University in Tokio, hat einen Ruf an die Faculty of Economics an einer der traditionsreichsten staatlichen Hochschulen in Japan, die Kyushu University in Fukuoka, angenommen.



13 der insgesamt 34 **Mitglieder des Beirats für Raumordnung des BMVBS** sind **Mitglieder der ARL**. Der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), Wolf-

gang Tiefensee, hat den Vizepräsidenten der ARL, Prof. em. Dr. Dr. h.c. Horst Zimmermann, die Ordentlichen Mitglieder Prof. Dr.-Ing. Klaus Beckmann, Prof. Dr. Rainer Danielzyk, Prof. Dr. Marek Dutkowski, Prof. Dr. Heiderose Kilper, Dr. Michael Schädlich, Dr. Holger Schmitz sowie die Korrespondierenden Mitglieder Ass. jur. Folkert Kiepe, Dr.-Ing. Stefan Köhler, Dr. Robert Kragt, Dipl.-Ing. Jaques Robert, Prof. Dr. Walter Siebel und Dr.-Ing. Irene Wiese-von Ofen für die 16. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages als Mitglieder des Beirats berufen.



Norbert Kloten

Das Korrespondierende Mitglied der ARL, Professor Dr. Drs. h.c. Norbert Kloten, Tübingen, ist am 5. April 2006 im Alter von 80 Jahren verstorben. Er hat sich über viele Jahre hinweg aktiv in die Landesarbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg eingebracht und an verschiedenen anderen Vorhaben der Akademie engagiert mitgewirkt. Dabei konnte die ARL immer wieder von seinen besonderen Kompetenzen auf den Gebieten der Wirtschaftspolitik und Finanzwissenschaften profitieren. Norbert Kloten lehrte und forschte von 1959 bis 1976 als ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Tübingen, von 1969 bis 1976 war er zudem Mitglied und zeitweise Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Von 1976 bis zu seiner Pensionierung war Norbert Kloten Präsident der Landeszentralbank Baden-Württemberg, zugleich Mitglied des Zentralbankrates der Deutschen Bundesbank. Trotz dieser bedeutenden Aufgaben im Bankwesen behielt er immer ein lebhaftes Interesse an Fragen der Raumentwicklung, besonders im Südwesten. Durch dieses Forscherinteresse und seine große berufliche Erfahrung hat Norbert Kloten maßgeblich zum Erfolg der Akademiearbeit beigetragen. Bereits im Jahr 1970 hat ihn das Präsidium zum Korrespondierenden Mitglied der Akademie berufen. Die ARL wird ihrem engagierten Mitstreiter ein bleibendes Andenken bewahren.



Gerhard Oberbeck

Im 81. Lebensjahr verstarb am 10. April 2006 Prof. Dr. Gerhard Oberbeck. Am 5. Oktober 1925 in Lehre bei Braunschweig geboren, studierte er Geographie, Geologie, Germanistik, Geschichte und Philosophie in Braunschweig, Göttingen und Paris. Nach der Promotion 1955, dem Staatsexamen 1956 und der Habilitation 1961 folgte Gerhard Oberbeck im gleichen Jahr einem Ruf an die Pädagogische Hochschule Osnabrück. 1964 wechselte er an die Universität Hamburg, wo er als Professor für Geographie und ab 1966 zudem als Direktor des Instituts für Wirtschaftsgeographie tätig war. 1991 wurde er emeritiert. Seine Arbeitsschwerpunkte erstreckten sich auf Siedlungsgeographie, Wirtschafts- und Sozialgeographie sowie Stadt- und Regionalplanung. Dabei standen verschiedene regionale Schwerpunkte im Zentrum seines Interesses, beispielsweise der Großraum Hamburg, Nordwestdeutschland, Skandinavien und die USA, und hier vor allem Kalifornien.

Mit der Akademie war Gerhard Oberbeck rund 35 Jahre verbunden. Er war Mitglied in einer Reihe von Arbeitskreisen, so z. B. im AK „Behördliche Raumorganisation seit 1800“ und im AK „Räumliche Auswirkungen der Waldschäden“, die beide in den 1980er Jahren aktiv waren. Darüber hinaus wirkte er jahrzehntelang erfolgreich in der Landesarbeitsgemeinschaft Bremen/Hamburg/Niedersachsen/Schleswig-Holstein mit und bekleidete Ende der 1970er Jahre das Amt des Leiters. Er leitete auch die damalige Sektion II (Bevölkerung, Siedlungs- und Infrastruktur) und war Mitglied der Sektion IV (Siedlungsräume). Zudem wirkte er bei vielen Veranstaltungen der ARL mit. Dieses tat-

kräftige Schaffen fand seinen Niederschlag in einer ganzen Reihe von Beiträgen in Publikationen der ARL.

Durch seine verbindliche Art, seine Zielstrebigkeit und seine breite berufliche Erfahrung hat Gerhard Oberbeck maßgeblich zum Erfolg der Akademiearbeit beigetragen. Das Wirken des Verstorbenen in der ARL ist nicht zuletzt auch durch die Berufung 1971 zum Korrespondierenden Mitglied und durch die Wahl zum Ordentlichen Mitglied 1974 anerkannt worden. Ausdruck des besonderen Vertrauens, das Gerhard Oberbeck entgegengebracht wurde, war die Wahl in das Präsidium der ARL, zunächst als Vizepräsident 1979/1980, dann als Präsident in den Jahren 1981 und 1982. Zwischen 1981 und 1986 war er zudem Mitglied im damaligen Wissenschaftlichen Rat, die ersten beiden Jahre hatte er dort den Vorsitz inne.

Erwähnt werden soll zudem, dass sich Gerhard Oberbeck neben der ehrenamtlichen Mitwirkung in der ARL auch in einer Reihe weiterer Gesellschaften und Akademien einbrachte. Stellvertretend für eine Fülle von Engagements seien hier nur die Historische Kommission für Niedersachsen, der Wissenschaftliche Beirat des Bundesbauministeriums und die Geographische Gesellschaft Hamburg genannt.

Gerhard Oberbeck hinterlässt in der Akademie eine schmerzlich empfundene Lücke. Wir verlieren eine bemerkenswerte Persönlichkeit, einen engagierten Mitstreiter für eine verantwortungsvolle, in die Zukunft gerichtete Entwicklung unserer Dörfer, Städte und Regionen, einen langjährigen Freund und Weggefährten. Die Akademie wird Gerhard Oberbeck ein ehrendes Andenken bewahren.



Helmut Schaefer

Am 28. April 2006 ist Professor Dr.-Ing. Helmut Schaefer, Korrespondierendes Mitglied der ARL, im Alter von 80 Jahren gestorben. Von 1969 bis zu seiner Emeritierung war Helmut Schaefer ordentlicher Professor und Inhaber des Lehrstuhls für Energiewirtschaft und Kraftwerkstechnik der Technischen Universität München. Zugleich war er wissenschaftlicher Leiter der Forschungsstelle für Energiewirtschaft in München.

Helmut Schaefer war über viele Jahre hinweg mit der Akademie verbunden und hat sich durch bemerkenswerte wissenschaftliche Beiträge und wichtige Erfahrungen aus Forschung und Praxis im Bereich der Energiewirtschaft und -technik ausgezeichnet. Bereits Anfang der 1970er Jahre war er Mitglied im Forschungsausschuss „Raum und Energie“, später wirkte er im Arbeitskreis „Standorte und Trassen für Energieanlagen“ erfolgreich mit. Von seinem ehrenamtlichen Engagement hat aber nicht nur die Akademie profitiert. So war er Mitglied in verschiedenen Fachausschüssen und Arbeitskreisen bei Bundes- und Länderministerien, z. B. in der Enquetekommission „Zukünftige Energiepolitik“ des Abgeordnetenhauses von Berlin. Diesen reichhaltigen Erfahrungsschatz hat Helmut Schaefer immer wieder in die ARL eingebracht. Bereits im Jahr 1973 hat ihn das Präsidium in Anerkennung seiner fachlichen Leistungen zum Korrespondierenden Mitglied der ARL berufen. Die Akademie wird dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.



Förderkreis für Raum- und Umweltforschung e.V.

Werner-Ernst-Preis 2007

In Kürze Start des Wettbewerbs

Der Werner-Ernst-Preis des Förderkreises für Raum- und Umweltforschung e.V. (FRU) wird in Kürze für das Jahr 2007 ausgeschrieben. Das vorläufige Arbeitsthema lautet:

Metropolregionen und territoriale Kohäsion

Der FRU nimmt für seinen Wettbewerb erneut das Thema der Wissenschaftlichen Plenarsitzung der ARL des Jahres auf, die 2007 in Hamburg stattfinden wird. So kann die Preisverleihung in eine größere, bundesweit beachtete öffentliche Veranstaltung integriert werden. Herausragende Ergebnisse des Wettbewerbs werden damit zum Bestandteil der Veranstaltung in Hamburg.

Wettbewerbsbeiträge sollen sich unter das Rahmenthema einordnen lassen, müssen jedoch keine umfassende Fragestellung aufgreifen, sondern können sich einer spezielleren Teilproblematik widmen. Relevante Themen können aus Sicht unterschiedlicher betroffener Fachgebiete behandelt werden. Analytische Beiträge, theoretische Betrachtungen und Praxisberichte sind ebenso willkommen wie begriffliche und methodische Weiterentwicklungen.

Die ausführliche Ausschreibung des Werner-Ernst-Preises 2007 wird ab Herbst 2006 zur Verfügung stehen. Sie wird in den Nachrichten der ARL veröffentlicht, kann über den FRU angefordert und auch auf der Website des FRU (www.fru-online.de) eingesehen werden.

Interessenten können gern beim Förderkreis anfragen, ob sich ein in Aussicht genommenes Thema für den Wettbewerb eignet. Voraussichtlicher Abgabetermin wird im April 2007 sein. Die Preissumme beträgt voraussichtlich erneut 4.500 Euro und wird entsprechend der Juryentscheidung auf drei Wettbewerbsbeiträge aufgeteilt.

Förderkreis für Raum- und Umweltforschung e.V. (FRU)
– Andreas Klee –
Hohenzollernstraße 11
30161 Hannover
Tel. 0511-3 48 42 - 39
Fax 0511-3 48 42 - 41

FRU Infobörse

Unter dieser Rubrik erscheinen Hinweise auf beachtenswerte Diplomarbeiten, Dissertationen und sonstige graue Literatur. Der Förderkreis möchte auf diese Weise auf Leistungen des wissenschaftlichen Nachwuchses aufmerksam machen. Interessenten können die Adressen, an die Anfragen zu den gemeldeten Arbeiten zu richten sind, über den Förderkreis erhalten.

Diese Rubrik steht allen inner- und außerhalb des personalen Netzwerks der ARL zur Verfügung; eine Auswahl ist vorbehalten. Informationen über Arbeiten, die in den folgenden Heften der ARL-Nachrichten veröffentlicht werden können, werden erbeten an:

FRU c/o ARL, Hohenzollernstr. 11, 30161 Hannover, FAX: 0049-(0)511 - 3 48 42 - 41, E-Mail: FRU@ARL-net.de

Diplomarbeiten, Dissertationen etc.

Abgeschlossene und laufende Arbeiten

Universität Dortmund Fakultät Raumplanung

■ **Baltes, Hannah**

Junges Wohnen als Baustein zur Gestaltung des demographischen Wandels in Mittelstädten – das Beispiel Kleve (Diplomarbeit)

■ **Behrens, Daniel**

Ein zielgruppenspezifischer Ansatz zur Identifizierung von Carsharing-Standorten (Diplomarbeit, abgeschl. 03/2006)

■ **Chmielewski, Lukas**

Konzeptionelle und städtebauliche Vorschläge für die Umnutzung des Gewerbegebiets „Breloher Steig“ in Essen-Horst als Strategie gegen Abwanderung (Diplomarbeit)

■ **Corzillas, Friedrich-Wilhelm**

Der Clusteransatz als Strategie zur Branchenentwicklung am Beispiel der Mikrotechnik (Diplomarbeit, abgeschl. 03/2006)

■ **Drobek, Sabine**

Prägung der Stadtstruktur durch Einzelhandelsbautypen – am Beispiel der Innenstadt Essen (Diplomarbeit, abgeschl. 04/2006)

■ **Hackenbroch, Kirsten**

Stadtumbau mit privaten Kleineigentümern in Ostdeutschland – Analyse der Handlungsoptionen und Entwicklung kommunaler Strategien (Diplomarbeit, abgeschl. 03/2006)

■ **Hahn, Christian**

Die Rolle der Kommune im Betrieblichen Mobilitätsmanagement (Diplomarbeit, abgeschl. 04/2006)

■ **Hemprich, Christian**

Umgang mit Naturgefahren in der Raumplanung – Einsatzmöglichkeiten der strategischen Umweltprüfung in der Hochwasserrisikoeinschätzung (Diplomarbeit, abgeschl. 05/2006)

■ **Huber, Martin**

Kinder und Stadtteilplanung in benachteiligten Quartieren (Diplomarbeit, abgeschl. 03/2006)

■ **Kaldasch, Anja**

Handlungsempfehlungen zum Umgang mit innerstädtischen Leerständen im Einzelhandel (Diplomarbeit, abgeschl. 03/2006)

■ **Mammes, Michael**

Die Sicherstellung von Schulstandorten als Beitrag zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Analysen und Konzepte für allgemeinbildende Schulen in Nordrhein-Westfalen (Diplomarbeit, abgeschl. 05/2006)

■ **Melcher, Christina**

Kommunale Strategien zur Begrenzung von Suburbanisierungsprozessen (Diplomarbeit, abgeschl. 03/2006)

■ **Ohliger, Katrin**

Generationsübergreifende Frauenwohnprojekte – zukunfts-fähiges Wohnkonzept? Das Beispiel Beginenhof (Diplomarbeit, abgeschl. 05/2006)

■ **Rendigs, Silke; Tranow, Ina**

Dezentrale Abwasserentsorgung im urbanen Raum. Ermittlung und Analyse von Eignungsgebieten in Hagen und Magdeburg
(Diplomarbeit; abgeschl. 01/2006)

■ **Schüth, Jan Henning**

Raumstrukturplanung in Gent – Ein Modell für die integrierte Entwicklungsplanung in Deutschland?
(Diplomarbeit; abgeschl. 03/2006)

HafenCity Universität Hamburg
Studiengang Stadtplanung

■ **Brauer, Sophie**

Erneuerbare Energien im Planungsrecht: Empfehlungen für Kommunen zur planungsrechtlichen Steuerung von Biogasanlagen
(Diplomarbeit; abgeschl. 03/2006)

■ **Elle, Johannes; Sell, Torben**

Entwicklungsperspektiven für Quartiere des sowjetischen Wohnungsbaus in Lettland am Beispiel des Quartiers Riga-Mezciems
(Diplomarbeit; abgeschl. 09/2005)

■ **Krohn, Inga**

Investoren auf kleinen Büromärkten am Beispiel der Hansestadt Lübeck
(Diplomarbeit; abgeschl. 02/2006)

■ **Otterbach, Friedhelm**

Projektentwicklung und Flächenrecycling: Neue Nutzungen für das Schoch-Areal in Stuttgart-Feuerbach
(Diplomarbeit; abgeschl. 11/2005)

■ **Pastoors, Jan**

Hamburger Raumpioniere: Motoren der Stadtentwicklung und ihre Förderung; das Beispiel Reiherstiegviertel
(Diplomarbeit; abgeschl. 10/2005)

■ **Stinauer, Julius**

Lokale Konsumpraxis in der Hamburger Veringstraße: Handlungsspielräume für die Einzelhändler
(Diplomarbeit; abgeschl. 03/2006)

RAUMFORSCHUNG UND RAUMORDNUNG

3/2006

Wissenschaftliche Beiträge

■ Mark Fleischhauer, Benjamin Bornefeld

.....
Klimawandel und Raumplanung

■ Axel Stein, Ulrike Wolf

.....
Der Umgang mit Verkehr im suburbanen Raum

■ Oliver Farhauer, Nadia Granato

.....
Beschäftigungsentwicklung in Mitteldeutschland

Berichte aus Forschung und Praxis

■ Franz-Josef Kemper

.....
Komponenten des demographischen Wandels

■ Paul Gans

.....
Die regionale Vielfalt des demographischen Wandels in Europa

■ Hansjörg Bucher, Claus Schlömer

.....
Die neue Raumordnungsprognose des BBR

■ Sebastian Tränkner

.....
Begleitforschung zum Bundesmodellvorhaben
Regionen Aktiv

ISSN 0034-0111

Bestellungen an

Carl Heymanns Verlag KG

Luxemburger Str. 449, 50939 Köln

Tel.: (02 21) 94 37 30, Fax: (02 21) 94 37 39 01

E-Mail: vertrieb@heymanns.com

Internet: www.heymanns.com

ISSN 1612-3891 (Printausgabe)
ISSN 1612-3905 (Internetausgabe)
www.ARL-net.de